Nr. 6.

24. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 8. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Preußische Landtagsschmerzen.

Am Dienstag tritt der preußische Landtag nach fast halbjährlicher Pause wieder zusammen. Dadurch wird die an und für sich schon verfahrene politische Situation noch komplizierter. Als der Landtag im Sommer 1906 auseinander ging, herrschte zwischen den konservativen Parteien, dem Zentrum, den Nationalliberalen und der Regierung holde Eintracht, während die Mitglieder der freisinnigen Gruppen den Staatsfeinden gleich erachtet wurden. Die Zeiten haben sich geändert. Heute lächelt dem Freisinn die Sonne der Regierungsgnade, er bildet zusammen mit den Nationalliberalen und den Konservativen die festeste Stütze des Reichskanzlers Fürst Bülow, der gleichzeitig preußischer Ministerpräsident ist; das Zentrum dagegen, das sich eben noch der besonderen Gunst aller preußischen Minister, in erster Linie des immer noch nicht aus dem Amte geschiedenen Ministers für Volksverdummung v. Studt erfreute, ist in Acht und Bann erklärt.

Im preußischen Landtage ist das Zentrum nicht, wie in dem eben aufgelösten Reichstage, die ausschlaggebende Partei. Die beiden konservativen Parteien verfügen zusammen beinahe über die Hälfte aller Sitze im Abgeordnetenhause, die Regierung kann mit Leichtigkeit sowohl eine konservativ-klerikale als eine konservativ-freikonservativ-nationalliberale Mehrheit bilden. Auf die Freisinnigen braucht sie überhaupt keine Rücksicht zu nehmen, da ihre Zahl ebensowenig wie die der Polen ins Gewicht fällt.

Daher kommt es, daß sich die Geschäfte im Landtage seit Jahren im allgemeinen ziemlich glatt abwickeln. Nur selten sind größere Vorlagen der Regierung gescheitert, und dann gerade an dem Widerstande der Parteien, die angeblich die nationale Gesinnung in Erbpacht genommen haben, oder aber an der Ungeschicklichkeit der Regierung selbst. Wer war es denn, der die große Kanalfrage zu Falle brachte, für deren Zustandekommen sogar der König von Preußen sein Wort verpfändet hatte? Die Konservativen, die bei dieser Gelegenheit zeigten, daß Junkerwille vor Königswille geht. Damals allerdings zog die Regierung **nicht** die Konsequenz, an das Volk zu appellieren oder besser gesagt an den Teil des Volkes, der nicht durch das Dreiklassenwahlsystem entrechtet ist. Warum auch? Es handelte sich ja nur um ein Kulturwerk! Wer war es, an dessen Widerstand das erste **Lehrerbesoldungsgesetz** scheiterte? Der **hohe Adel**, die „geborenen" Gesetzgeber im Herrenhause. Auch diese schallende Ohrfeige hat die Regierung damals eingesteckt. Nur in einem einzigen Falle haben sich Zentrum und Freisinnige in den letzten Jahren im Landtage verbündet, um der Regierung Opposition zu machen. Das war aus Anlaß der Novelle zum Vereinsgesetz, der Lex Recke, deren schließliches Scheitern aber nicht auf diese Opposition, sondern auf die Hülflosigkeit des Ministers v. d. Recke zurückzuführen ist, der den Wink der Konservativen und der Nationalliberalen, das Gesetz zu einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie umzugestalten, nicht verstand.

Gerade das **Zentrum** ist im preußischen Landtage seit Jahren **Arm in Arm mit der Regierung gegangen.** Es hat zwar, einer alten Ueberlieferung entsprechend, in jeder Session mehr oder minder ernst gemeinte Kulturkampfreden gehalten, im übrigen aber hat es genau wie die Konservativen stets mit der Regierung gemeinsame Sache gemacht. Bei ihrer rückschrittlichen Mittelstandspolitik, z. B. bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Besteuerung der Warenhäuser, stützte sich die Regierung auf das Zentrum, das Gesetz betr. die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen, das das Dreiklassenwahlsystem zu den Gemeindevertretungen verewigen soll, ist auf das fortgesetzte Drängen des Zentrums zurückzuführen, es ist direkt ein Gesetz zugunsten des Zentrums und zum Schaden der Liberalen im Rheinlande. Bei ihren Angriffen auf die Lehrfreiheit (Lex Arons) und ihre Verpfaffungsbestrebungen hat die Regierung neben den Konservativen die beste Stütze am Zentrum; den Versuchen, die **Landarbeiter durch kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches vollends zu knebeln,** leistete das **Zentrum** hülfreiche Hand. Die reaktionäre Wirtschaftspolitik der Regierung, deren Krönung die das Volk so gewaltig belastende Verteuerung des Fleisches, des Brotes und aller übrigen Lebensmittel bildet, hat von Anfang bis zu Ende die Unterstützung des Zentrums gefunden.

Und nun soll diese Partei auf einmal mit der „vaterlandslosen" Sozialdemokratie in einen Topf geworfen und von derselben Regierung, deren Komplice sie so viele Jahre hindurch in der Schröpfung des Volkes gewesen ist, mit der zusammen sie das Volk zu verdummen trachtete, schmählich verlassen werden?

Die Freisinnigen dagegen, die sich bisher rühmten, die einzige Oppositionspartei im preußischen Landtage gewesen zu sein, die Freisinnigen, die noch in der letzten Session fortwährend schweren Angriffen der Rechten und der Regierung ausgesetzt waren, die man im Landtage bei jeder Gelegenheit schlimmer als die Sozialdemokraten hinstellte, die Partei, die in zahllosen Fragen, z. B. der Schulfrage, in der Frage der Selbstverwaltung, in wirtschaftspolitischen Fragen, in der **Frage des Wahlrechts, in der Beurteilung der meisten Maßnahmen preußischer Verwaltungsbehörden, auf einem grundsätzlich** anderen Boden steht wie die Regierung und die konservativ-klerikal-nationalliberale Mehrheit — diese Partei soll sich auf einmal der zartesten Rücksichtnahme und der wärmsten Fürsorge ihrer bisherigen Gegner von rechts und der Regierung erfreuen?

Fürwahr, es ist schwer, keine Satire zu schreiben! Eine ganz verteufelte Situation für die „nationalen" Parteien. Zu derselben Zeit, wo draußen im Lande die Konservativen, die Nationalliberalen und die Freisinnigen den Wahlkampf **gegen** Zentrum, Polen und Sozialdemokraten führen, werden von der Tribüne des Landtages herab die Konservativen und Nationalliberalen, vielfach mit Hülfe des Zentrums und der Polen, **gegen den Freisinn** zu Felde ziehen. **Oder aber der Freisinn muß seine letzten Prinzipien preisgeben, um nur ja und ja nicht bei seinen hohen Verbündeten Anstoß zu erregen.** Die traurigste Rolle dabei spielt naturgemäß der Freisinn, der auf die Wahlhülfe seiner geschworenen Gegner angewiesen ist und sich ängstlich hüten muß, sie zu erzürnen.

Die bürgerlichen Parteien scheinen auch selbst das Gefühl für das Heikle ihrer Lage zu haben. Daher die Vorschläge ihrer Organe, den Landtag sofort nach der ersten Lesung des Etats bis nach den Stichwahlen zu **vertagen.** Man gibt vor, daß die Mitglieder des Landtages für die praktische Agitation unentbehrlich sind. Doch das ist nur ein **Vorwand,** der wahre Grund der Vertagungsgelüste ist die Furcht, es könnten durch ein unbedachtes Wort in den Debatten des Landtages die „nationalen" Parteien gegen einander aufgebracht werden, worunter natürlich der Kampf gegen die Sozialdemokratie leiden würde. Man weiß nur zu gut, daß das Volk kein Verständnis dafür hat, daß sich gewisse Parteien im Parlament katzbalgen und zu gleicher Zeit außerhalb des Parlaments Kompromisse schließen.

Ebenso scheint auch die Regierung von dem Bestreben beseelt zu sein, jeden Stein des Anstoßes zwischen den Bundesgenossen vom 13. Dezember aus dem Wege zu räumen. Soweit bisher bekannt ist, sollen dem Landtage abgesehen von einer neuen **Polenvorlage keine größeren** Gesetzentwürfe zugehen. Die Regierung wird einige weitere hundert Millionen, vielleicht eine weitere Milliarde zur Bekämpfung der großpolnischen Bestrebungen fordern. Nun hat aber in diesem Kampfe außer Zentrum und Polen bisher auch der **eine Flügel des Freisinns** der Regierung die Mittel **versagt.** Kommt die Vorlage zur Beratung, so muß der Freisinn entweder **umfallen,** oder aber Fürst Bülow wird ihn zu denen werfen, von denen er am 13. Dezember im Reichstage so schön sagte, daß sie die Waffenehre, das Ansehen Deutschlands in der Welt gefährden wollen, um eine verhältnismäßig geringfügige Summe zu ersparen am Ende eines Feldzuges, der uns Hunderte von Millionen gekostet hat. Für die preußische Regierung handelt es sich ja bekanntlich bei dem Feldzuge gegen die Polen genau so um eine „nationale" Aufgabe, wie für die Reichsregierung bei ihrem Feldzuge gegen die Hottentotten.

Gesetzt aber, die Polenvorlage würde erst nach den Reichstagswahlen dem Landtage zugehen, so würde doch schon die Generaldebatte zum Etat genug der Gegensätze zwischen rechts und links aufrollen. Die Freisinnigen können sich nicht der Kritik der innerpreußischen Zustände enthalten, es sei denn, daß sie sich bis **auf die Knochen blamieren wollen, um einige Mandate zu ergattern,** und die Konservativen werden selbstredend auf eine Erwiderung nicht verzichten. So werden schon die bloßen Etatsdebatten jedermann davon überzeugen, in welche Lage die Reichstagsauflösung und das, was ihr voranging, die Regierung und die Parteien gebracht haben.

Dazu kommt, daß die Nationalliberalen in ihrer übergroßen Sucht, gewisse Leute, die nicht alle werden, für sich einzufangen, noch vor der Eröffnung des Landtages eine Reihe von Anträgen eingebracht haben, deren Beratung sofort die Leidenschaften entfesseln muß. Hierzu gehört vor allem ihr Wahlrechtsantrag. Die Nationalliberalen verlangen eine Reform des Dreiklassenwahlrechts, aber sie **sträuben sich mit Händen** und **Füßen** gegen seinen Ersatz durch das **allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht,** die Konservativen und Freikonservativen wollen überhaupt nichts wissen von einer Reform des Dreiklassenwahlrechts, und die Freisinnigen haben in der letzten Session die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Wahlen zum preußischen Landtage gefordert. Also so viel verschiedene Ansichten, wie Gruppen von Bundesgenossen, und das nicht etwa in einer taktischen, sondern in einer prinzipiellen Frage von ganz hervorragender Bedeutung.

So erwartet uns denn im Landtage ein interessantes Schauspiel. Entweder man **vertuscht** und **verkleistert** die Gegensätze und spielt **Komödie,** oder aber man gibt sich, wie man ist, man vertritt, wenigstens mit Worten, seine Prinzipien und wütet gegen einander, während man sich draußen gerührt in den Armen liegt. Von dem einen wie von dem anderen hat den Vorteil die Sozialdemokratie, die die verfahrene Situation für sich ausnutzen wird. Die Sozialdemokratie wird nicht nur die Heuchelei der bürgerlichen Parteien und der Regierung an den Pranger stellen, sie wird zugleich auch an der Hand der Vorgänge im Landtage selbst zeigen, wie tief ein Parlament sinken muß, von dem man dank einem plutokratischen Wahlsystem den größten Teil der Bevölkerung fernhält.

Notleidende Agrarier.

Wir haben verschiedentlich auf die enorme Belastung des Proletariats, d. h. der rund 90 **Prozent** der Gesamtbevölkerung, durch die Politik des **Brot-** und **Fleischwuchers** hingewiesen. Heute wollen wir einmal die Kehrseite der Medaille zeigen.

Genosse Singer führte in der Reichstagssitzung vom 11. Dezember 1901 folgende Liste der „Notleidenden" vor:

Vor mir liegt eine Zusammenstellung, die dem Werke von Conrad „Grundriß zum Studium der politischen Oekonomie" entnommen ist. Obschon die Arbeit aus dem Jahre 1899 stammt, kann ich, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, behaupten, daß der Besitz dieser Familien sich seit jener Zeit nicht verringert hat und daß die Verhältnisse dieser Herrschaften sich nicht verschlechtert haben. Um einen Arbeiterausdruck zu gebrauchen, sage ich, daß die Lohnzulagen, welche die Herren in der Erhöhung ihrer Zivillisten bekommen haben, doch zur Verschlechterung ihrer Wirtschaftslage nicht beigetragen haben können. (Sehr gut! links.)

Ich finde in dieser Zusammenstellung den Besitz und die Erträge des Zolles, den z. B. Friedrich III., Deutscher Kaiser, als Kronprinz bis zu seiner Thronbesteigung gehabt hat. Demnach bezifferte sich der Nutzen für seine Besitzungen, die 10 187 Hektar betrugen, aus dem Getreidezoll von 35 M. auf 85 539 M. pro Jahr, oder, wenn der Monarch jetzt noch leben würde und seinerseits diese Vorlage machend, denselben Besitz noch hätte, dann würde er an seinem Teil mit 128 308 M. an dem Nutzen partizipieren, den die Bundesratsvorlage den Großgrundbesitzern in Aussicht stellt.

Ich habe ferner in der Liste: Heinrich XIV., regierender Fürst von Reuß j. L.; Prinz Friedrich Leopold von Preußen; Ernst, Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha; Ernst Günther zu Schleswig-Holstein; Wilhelm, Herzog von Württemberg; Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen; Friedrich Leopold, Herzog von Anhalt-Dessau; Albert, König von Sachsen; Sophie Adelheid Henriette, verw. Fürstin, Reuß j. L.; Heinrich XIII., Prinz Reuß; Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg; Sophie, Großherzogin von Sachsen-Weimar; Friedrich, Prinz der Niederlande; Marianne, Prinzessin der Niederlande; Diese Herrschaften haben einen Besitz an Land, der sich zwischen 5000 und 35 000 Hektaren bewegt, und ich will noch bemerken, daß in diese Zusammenstellung nur Besitzer von 5000 Hektaren und darüber aufgenommen sind. Den Betrag, den diese Herrschaften infolge des jetzigen Getreidezolles erhalten, beträgt — es sind 15 Herrschaften, die 240 Besitzungen haben — 2 328 621 M. (Hört! hört! links.) Und wenn die Bundesratsvorlage Annahme finden sollte, würden diese Herrschaften 3 492 931 M. durch um den Zollbetrag erhöhte Getreidepreise pro Jahr erzielen. (Hört! hört! links.) M. H., nach meiner Empfindung ist es eine der größten Beleidigungen gegen die deutschen Fürsten, daß der Bundesrat sie in die Lage bringt, im Reichstage bezeichnet werden zu müssen als Landbesitzer, die durch die Belastung und Besteuerung des Hungers so ungeheuere Summen für ihre Privatschatullen profitieren. (Sehr gut! und Heiterkeit links.)

M. H., dieselbe Zusammenstellung beschäftigt sich dann mit Besitzern, die aus dem „hohen Adel" genommen sind. Ich will da nur ganz wenige Namen nennen. Vor allem figuriert darunter Fürst Bismarck, das heißt Bismarck I., und da ich vermute, daß seine Besitztümer auf unseren jetzigen Kollegen übergegangen sind, würde dieser an seine Stelle hier zu treten haben. Hier finden wir: Graf Arnim-Boitzenburg, Prinz Biron von Kurland, Reichsgraf von Brühl, Fürst Carolath-Beuthen, Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg, Graf Henckel von Donnersmarck, Prinz Hohenlohe-Ingelfingen, Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest, Fürst zu Pleß, Prinz zu Schönaich-Carolath, Fürst Turn und Taxis, Graf Philipp v. Eulenburg, v. Waldow und Reitzenstein, Herr v. Thiele-Winkler, Graf v. Mirbach. Und so geht es noch eine ganze Reihe weiter. Es sind Herren darunter, die über 300 000 M. Jahresprofit bei den neuen Zollsätzen haben würden. (Hört! hört!) Zusammen sind es 38 Herren, die 214 Besitzungen haben mit 252 153 Hektar, die eine Jahreseinnahme haben durch den jetzigen Zoll von 2 116 8888 M., eine Summe, die sich nach der Vorlage der Regierungen erhöhen würde auf 3 176 332 M. (Hört! hört! links.)

Dann kommen noch zehn bürgerliche Agrarier, die 75 Besitzungen haben, deren Besitz 82 890 Hektar ausmacht, und die jetzt 665 961 M. jährlich durch den Getreidezoll einnehmen, während sie bei der Vorlage des Bundesrates 1 043 441 M. einnehmen würden. (Hört! hört!) M. H., ich kann Ihnen versichern, daß unter diesen zehn bürgerlichen Besitzern die meisten treue Mitglieder des Bundes der Landwirte sind und sehr bekannte agrarische Namen tragen. (Hört! hört! links.)

Nun, m. H., die Gesamtziffer! Nach meiner Zusammenstellung haben die 15 Mitglieder souveräner Familien 240 Besitzungen mit 277 373 Hektar und davon eine Einnahme bei dem jetzigen Zoll von 2 328 491 M., später bei der Vorlage des Bundesrates von 3 492 931 M. Nicht souveräne Fürsten, Grafen usw.: 89 Besitzer, 1217 Besitzungen, 1 025 647 Hektar. Nach dem jetzigen Zoll Jahreseinnahme von 8 612 631 M., später 11 918 946 M. Nun kommt der gewöhnliche Adel, der kommt aber auch nicht zu kurz. (Heiterkeit.) 38 Besitzer, 214 Besitzungen, 252 153 Hektar, 2 116 888 M. bei dem Zoll in der jetzigen Höhe und 3 176 332 M. später. (Hört! hört! links.) Die Bürgerlichen, die mit 10 Besitzern, 75 Besitzungen und 82 890 Hektar figurieren, haben bei dem jetzigen Zoll 665 961 M. und bei dem demnächstigen 1 043 441 M.

Jahreseinnahme. — M. H., das sind die Leute, deren wirtschaftliche Notlage nach Ansicht der Agrarier zum Himmel schreit. Wir haben nach der Conradschen Arbeit 152 Besitzer, die 1776 Besitzungen mit 1 637 963 Hektar haben. **Diese 152 Besitzer haben allein durch den Getreidezoll beim Verkauf ihres Getreides einen jährlichen Mehrerlös von 13 754 000 M. Nach dem Verlangen des Bundesrates sollen diese Besitzer 20 631 150 M. jährlich durch die Erhöhung der Getreidezölle profitieren.** (Hört! hört! links.) Nun frage ich Sie, m. H., kann man solche Leute zu den Notleidenden in der Landwirtschaft rechnen? Ist das deutsche Volk verpflichtet, zur Füllung des Geldsackes dieser Bevölkerungsklasse zu fronden und Fleiß und Schweiß aufzuwenden? Können Sie, m. H., dem Volke, den Arbeitern zumuten, für eine Vorlage einzutreten, deren Effekt in nichts anderem besteht, als daß die Aermsten zugunsten der Reichsten ausgeplündert werden? (Sehr wahr! links.)

Genosse Singer legte seiner Berechnung für die Großgrundbesitzer im Jahre 1901 die alten Zollsätze zugrunde. Inzwischen sind die Zölle um rund **50 Prozent erhöht** worden. Der Gewinnst der „Notleidenden" hat sich **infolgedessen ebenfalls um 50 Prozent erhöht!**

Wahlkampf.

„Arbeiterkandidaturen"

Das Stöckersche „Reich" konstatiert mit Genugtuung, daß der Ruf an die Oeffentlichkeit wegen der Aufstellung von Arbeiterkandidaturen „nicht ungehört verhallt" ist. Trotz aller Schwierigkeiten, die die Auflösung des Reichstages und die Wahlparole geschaffen habe, hätten verschiedene „nationale Parteien" sich entschlossen, aus der Arbeiterschaft Kandidaten aufzustellen. Das Blatt zählt nun die verschiedenen Parteien samt ihren Arbeiterkandidaturen auf und ruft dann beglückt aus: „Es ist eine Liste da von neun evangelischen Arbeiterkandidaten. Das ist, — besonders im Hinblick auf die Aussichten in einzelnen Kreisen, nur ein karger Anfang — aber es ist doch eben ein Anfang."

Allerdings, und bei diesem „Anfang" wirds auch wohl bleiben. Die nationalen Parteien hüten sich wohlweislich, ihre sicheren Wahlkreise an Arbeiterkandidaten auszuliefern. Sie lassen die Proletarier entweder in völlig aussichtslosen, oder in solchen Wahlkreisen aufstellen, die man einzig mit Arbeiterkandidaten zu halten oder zu gewinnen hofft. Das „Neue Sächsische Kirchenblatt" bekennt offen, daß es sich bei den Arbeiterkandidaturen um ein Wahlmanöver handelt, indem es schreibt:

„Wir haben in Sachsen eine ganze Anzahl von Wahlbezirken, in denen ein Jurist, ein Industrieller, ein Kaufmann keine Aussicht auf die Wahl hat, sei er auch der lauterste Charakter und der wohlwollendste Freund des vierten Standes. Er erhält die den Ausschlag gebenden Stimmen der Arbeiterschaft nicht, so lange ihm ein Arbeiter gegenübersteht. Der Arbeiter wählt am liebsten seinen Standesgenossen."

Und im weiteren Verlauf seiner Darlegungen gesteht das Blatt, das dazu einige Bemerkungen von der „Gleichberechtigung der Arbeiter" fallen läßt:

„Was die praktische Seite angeht, so ist in Sachsen von vielen Kreisen zu erwarten, daß sie sonst wieder einem Sozialdemokraten zufallen."

Nun, die sächsischen Kreise werden auch mit „nationalen" Arbeiterkandidaten der Sozialdemokratie zufallen. Aber davon abgesehen, bleibt das Geständnis interessant, daß die von bürgerlicher Seite aufgestellten Arbeiterkandidaten nicht den Arbeitern zu Liebe, sondern lediglich als Konkurrenzmanöver gegenüber der Sozialdemokratie aufgestellt werden. So ist es auch beim Zentrum, wie folgender Fall beweist:

Den Wahlkreis Borken-Recklinghausen (Westfalen) vertrat bisher der bekannte zünftlerische Scharfmacher Euler. Die katholischen Arbeiter des Wahlkreises sind mit dem Herrn Kunsttischlermeister wegen seiner Angriffe auf die christlichen Gewerkschaften unzufrieden; da außerdem die sozialdemokratische Stimmenzahl schon bei der vorigen Wahl bedrohlich gewachsen ist, so hieß es, bei Zeiten Vorkehrungen treffen. Das Zentrum schob Herrn Euler nach Trier ab, wo er als Kandidat an Stelle des alten Rintelen aufgestellt wurde. Hier ist seine Wahl gesichert und der Scharfmacher Euler bleibt dem Zentrum erhalten. In Borken-Recklinghausen wird ein Arbeiterkandidat, wahrscheinlich der christliche Gewerkschaftsführer Schiffer, aufgestellt. Weshalb dieser Wechsel, lehrt uns die „Triersche Landeszeitung", die die Trierer Kandidatur Eulers mit folgender Bemerkung begleitet:

„Euler vertrat bisher im Reichstage den Wahlkreis Borken-Recklinghausen. Es war Gefahr vorhanden, daß dieser Wahlkreis in die Hände der Sozialdemokratie falle, wenn dort nicht ein Arbeiterkandidat aufgestellt würde. Letzteres ist deshalb geschehen."

Was will man mehr? Wenn Herr Schiffer in den Reichstag kommt, mag er sich bei der Sozialdemokratie bedanken, genau wie die übrigen „Arbeiterabgeordneten" des Zentrums — wenn es dazu kommt — auch.

Die glänzende Lage der Arbeiter

können die „nationalen" Blätter in dieser Zeit der Fleischnot nicht strahlend genug schildern. Wie es in weiten Arbeiterkreisen bisher trotz der eifrigen und erfolgreichen Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in Wirklichkeit aussieht, welch trauriges Elend noch große Arbeiterschichten niederdrückt, davon gibt nachfolgender Bericht der Frankfurter „Volksstimme" über eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer III des Landgerichts Mannheim eine erschütternde Probe:

Angeklagt waren 4 kleine Knirpse, die kaum über die Schranken des Verbrecherbänkleins hinausschauen konnten, vier Volksschüler aus Neulußheim: der 12 Jahre alte Wilhelm Gottfried, der 13 Jahre alte Isaak Hoffmann, der 13 Jahre alte Ant. Willheuer und der 14 Jahre alte Christoph Ballreich. Sie waren beschuldigt, bei Kaufmann Rausch und Eisenhändler Merkel Geldbeträge entwendet und einen Teil für Zuckerwaren „verschleckt" zu haben. Die Sünder waren geständig. Als aber das Gericht feststellen wollte, wie die Tat möglich war, kamen interessante Dinge zur Sprache. Der Bezirksgendarm gab an, in Neulußheim seien infolge der niederen Löhne in der Tabakindustrie in den **meisten Häusern Mann und Frau gezwungen**, in der Fabrik zu arbeiten. Von morgens früh bis abends spät seien die Eltern **beim Zigarrenmachen beschäftigt, und die Kinder im Dorfe seien sich selbst überlassen.** Die Lehrer, die über die Intelligenz und den Charakter ihrer Zöglinge Auskunft geben sollten, konnten Genaues nicht sagen. Der eine Lehrer **trug vor, die Klassen seien derart überfüllt, daß auf Anordnung der Schulbehörde auch diejenigen Schüler, die das Jahrespensum nicht bewältigen konnten, nicht als Repetenten zurückbehalten werden, weil eben kein Platz da sei.**

Das Gericht hat natürlich nach der Schablone die Kinder zu **Gefängnisstrafen** verurteilt, — die Herren nahmen an, daß die armen Jungen die Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung besessen hätten. Die Art, wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wengler, das Verhör leitete, bewies kein sehr großes Verständnis für die traurigen sozialen Verhältnisse, deren Opfer die Kleinen sind.

Der Sozialdemokratie wird von Heuchlern und dummen Kerlen vorgeworfen, daß sie die Familie zerstören wolle. Und hier ist auch für den Blinden klar zu sehen, daß die kapitalistische Weltordnung es ist, welche die Familien auseinanderreißt und den **Kindern die Mutter raubt.** Der Staat aber sorgt dafür, daß in **überfüllten Schulklassen die im Elternhaus versäumte Erziehung nicht nachgeholt werden kann.**

Aufgewacht, Arbeiter! Der 25. Januar ist der Zahltag!

Wahlen im Zeichen der Fleischnot.

Die Fleischpreise steigen wieder! Aus mehreren Städten Süddeutschlands wird neuerliches Steigen der Fleischpreise gemeldet.

Ortskrankenkassen und Reichstagswahl.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse Göppingen hat beschlossen, an die in Frage kommenden Kandidaten nachstehende Fragen zu richten:

1. Werden Sie jeden Reformplan für die Arbeiterversicherung ablehnen, der die Selbstverwaltung der Versicherten, wie sie heute bei den Ortskrankenkassen besteht, beschränken will? Sind Sie für eine Reform, wie sie der Verband der Ortskrankenkassen vorgeschlagen hat?

2. Sind Sie für obligatorische Einführung der Proporzwahl bei den Krankenkassen?

Da werden die bürgerlichen Kandidaten in arge Verlegenheit kommen, denn mit wenigen Ausnahmen möchten sie alle der Selbstverwaltung der Krankenkassen zu Leibe gehen. Der ärgste Hetzer gegen die Selbstverwaltung sitzt bekanntlich in der Freisinnigen Volkspartei und heißt Dr. Mugdan!

Ein freisinniger Antrag.

Die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei hat beschlossen, im Abgeordnetenhause einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zum preußischen Landtage einzubringen.

Wo der Freisinn in den Gemeinden die Macht hat, ist er für das allgemeine, gleiche Wahlrecht nicht zu haben, dort kommt es ihm nicht darauf an, bestehende Zensuswahlrechte durch Erhöhung des Zensus noch zu verschlechtern. Uebrigens wird über den Antrag kaum geredet werden, da der Landtag nach wenigen Tagen wieder vertagt werden dürfte. Sicherlich zur großen Beruhigung des Freisinns, weil auf die Weise das Bündnis mit der Reaktion durch freisinnige Wahlrechtsreden nicht Schaden leiden wird.

Eine amtliche Empfehlung des Lügenbuches des Reichsverbandes.

Die „Leipziger Zeitung", das amtliche Organ der sächsischen Regierung, das Blatt, dessen Defizit die Bürger Sachsens ohne Unterschied der Gesinnung durch ihre Steuergroschen decken dürfen, empfiehlt das Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler seinen allerdings wenigen — Lesern in warmer Weise. Eine amtliche Empfehlung eines Machwerks, dem die wissentlichen Lügen haufenweise nachgewiesen sind! Die sächsische Regierung und ihre journalistischen Trabanten passen allerdings ganz gut zu den Machern im Reichsverband!

Die Wahlsituation im Maingau

ist, wie uns von dort geschrieben wird, für unsere Partei die denkbar günstigste.

In Frankfurt a. M. werden, wie schon gemeldet, dem sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Dr. Quarck, vier bürgerliche Kandidaten gegenüberstehen. Die Liberalen rechnen besonders mit der „Partei der Nichtwähler", die in keiner Großstadt so stark ist wie in Frankfurt; bei der letzten Wahl 1903 haben von 73 000 Wählern im ersten Wahlgange nur 40 000 ihr Wahlrecht ausgeübt und nur rund 20 000 Stimmen entfielen auf die Sozialdemokratie. Bei stärkerer Wahlbeteiligung hoffen die Liberalen, uns das Mandat abnehmen zu können. Die Hoffnung haben sie aber bei jeder Wahl gehabt und sie hat sich nie erfüllt. Die Zahl der Wahlberechtigten ist auf 85 000 gestiegen; der Zuwachs dürfte im wesentlichen uns zugute kommen, und unsere Genossen werden alles daransetzen, das Mandat bereits im ersten Wahlgang wiederzugewinnen.

Ebenso wollen unsere Genossen im Wahlkreis Offenbach-Dieburg die Scharte von 1903 auswetzen und im ersten Wahlgang siegen. Das gleiche gilt von den Genossen im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb, den wir ebenfalls 1903 verloren haben, und auch im Wahlkreis Höchst-Usingen, der uns von 1893 bis 1898 schon einmal gehörte, hoffen wir bereits am 25. Januar das rote Banner aufpflanzen zu können. Selbst wenn es in dem einen oder anderen dieser Kreise den Gegnern gelingen sollte, eine Stichwahl herbeizuführen, werden unserem Kandidaten zum Siege nur so wenige Stimmen fehlen, daß uns der Sieg in der Stichwahl sicher ist. In allen diesen Kreisen sind die Gegner nämlich arg zersplittert, und überall ist ein Stichwahlsieg — von einem Hauptwahlsieg ganz abgesehen — für einen bürgerlichen Kandidaten nur möglich, wenn er ziemlich restlos alle bürgerlichen Hauptwahlstimmen bekommt. Das dürfte aber diesmal wohl ausgeschlossen sein, da Liberalismus und Klerikalismus — die als bürgerliche Hauptgegner in diesen Kreisen in Betracht kommen — sich bis zur Stichwahl kaum soweit versöhnt haben werden, um sich wieder wie 1903 gegenseitig die Mandate zu sichern. Durch diese Wahlkonstellation sind auch im Wahlkreis Wiesbaden-Stadt unsere Aussichten auf einen Stichwahlsieg bedeutend gewachsen, wenn wir nicht gar schon im ersten Wahlgang durchs Ziel gehen sollten, was bei der starken baulichen Entwickelung Wiesbadens und der Industrialisierung der umliegenden Landorte während der letzten Jahre durchaus nicht zu den Unmöglichkeiten gehört. Auch in den vorwiegend ländlichen Kreisen sind unsere Wahlaussichten vorzügliche. In Friedberg-Büdingen dürfte der nationalliberale Graf Oriola einen sehr schweren Stand gegen unseren Genossen Busold haben. Im Wahlkreis Marburg-Kirchhain ist es nicht ausgeschlossen, daß statt des Nationalsozialen v. Gerlach der Sozialdemokrat in Stichwahl kommt und gewählt wird. Ueberhaupt sind in den ländlichen Kreisen Hessen-Nassaus große Ueberraschungen zu erwarten. Jetzt im Winter sind in den vielen Bauarbeiterdörfern, die im Sommer von Männern stark entvölkert sind, alle Wahlberechtigten zu Hause, und daß sie fast ausschließlich für uns wählen, ist sicher. Die Versammlungsagitation ist in den ländlichen Bezirken eine außerordentlich lebhafte. In Orten, wo wir trotz größter Anstrengungen jahrelang keine Lokale bekommen konnten, stehen sie uns jetzt zur Verfügung. In der schwarzen Bischofsstadt Fulda ist es uns sogar gelungen, den 3000 Personen fassenden Stadtsaal zu einer Versammlung, die am Sonntag stattfinden soll, zu bekommen.

Ueberall, selbst in den schwärzesten Winkeln des Taunus, Westerwalds und Vogelsbergs machen wir jetzt riesige Fortschritte. Sowohl bezüglich des Stimmenzuwachses wie bezüglich des Mandatsgewinnes gehört Hessen-Nassau zu denjenigen Landesteilen, auf die unsere Partei am 25. Januar die größten Hoffnungen setzen darf.

Liste der Kandidaturen.

Im westlichen Westfalen kandidieren für die Sozialdemokratie:

Wahlkreis **Dortmund:** Genosse Bömelburg.
„ **Bochum:** Genosse Hue.
„ **Hamm-Soest:** Genosse Expedient Becker-Dortmund.
„ **Recklinghausen:** Genosse Bergarbeiterverbands-Beamter Polornty.
„ **Arnsberg-Meschede:** Genosse Expedient Becker-Dortmund.

Im Großherzogtum Hessen sind die folgenden sozialdemokratischen Kandidaturen zu verzeichnen:

Gießen-Nidda: Eduard Krumm, Stadtverordneter in Gießen.
Friedberg-Büdingen: Heinrich Busold, Schreinermeister in Friedberg.
Alsfeld-Lauterbach: Karl Orbig, Stadtverordneter in Gießen.
Darmstadt-Großgerau: Heinrich Berthold, Landtagsabgeordneter in Darmstadt.
Offenbach-Dieburg: Karl Ulrich, Landtagsabgeordneter in Offenbach.
Erbach-Bensheim: Peter Zahn III, Gemeinderat in Mühlheim am Main.
Worms-Heppenheim: Johann Engelmann, Arbeitersekretär in Worms.
Bingen-Alzey: Peter Reichert, Gastwirt in Finthen bei Mainz.
Mainz-Oppenheim: Dr. David, Landtagsabgeordneter in Mainz.

* * *

Die Wahlbewegung in der Provinz Brandenburg.

Im Wahlkreise Potsdam-Osthavelland sprach am letzten Sonntag der Kandidat Genosse Dr. Karl Liebknecht in Fehrbellin und Linum. Beide Versammlungen waren stark besucht und die Ausführungen des Kandidaten fanden lebhafte Zustimmung. — In Rauen sprach im vollbesetzten Saale des Schützenhauses Genosse Fülle-Berlin. Seine Schlußaufforderung, am 25. Januar den Wahlkreis im ersten Ansturm zu nehmen, fand brausenden Beifall. Vom Reichsverband waren am gleichen Tage ein paar Zentner Makulatur angekommen, darunter die Broschüre des berüchtigten Korbmacher Fischer. Durch Zurufe in der Versammlung gaben die Rauener Wähler deutlich zu erkennen, welchen Gebrauch sie für die ihnen zugedachte „Literatur" des Reichsverbandes haben.

Zwei stark besuchte Versammlungen fanden in Spandau statt. In Tetznows großem Saale referierte Genosse Heilmann. Der Amtsvorsteher von Spandau-Land, v. Rohr, und der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Schurig-Eyin, beteiligten sich an der Diskussion. Genosse Heilmann widerlegte diese Herren gründlich und die Versammlung verlief ausgezeichnet. Bei Köpnick referierte Genossin Ihrer; in Staaken Genosse Drunsel-Berlin; in einer von gewerkschaftlicher Seite einberufenen in Wansdorf der Genosse Schmidt-Velten. Sämtliche Versammlungen nahmen für unsere Partei einen guten Verlauf.

Dernburg kontra Adam Riese.

Die „Nordd. Allg. Ztg." macht in einer Polemik gegen Herrn Erzberger eine neue Kolonialbilanz auf, die so toll in ihren Behauptungen ist und einen solchen „Schmiß" aufweist, daß sie von keinem Geringeren als dem Sanierungsrat Exzellenz **Dernburg selbst** verfaßt sein kann. Ein anderer Sterblicher als der Vater der famosen „Denkschriften" bringt solche Aufmachungen platterdings nicht zuwege.

Die „Nordd. Allg. Ztg." behauptet zunächst, Erzberger habe in seine koloniale Kostenrechnung in Höhe von 850 Millionen auch bereits die Forderung für 1907 sowie die nichtbewilligten Nachtragsforderungen für 1906 mit eingerechnet und dadurch um 152 Millionen zu viel herausbekommen. Es blieben also nur 663 Millionen Ausgaben für 22 Jahre Kolonialbesitz übrig, pro Jahr 30 Millionen. Die Antwort hierauf mag Erzberger selbst geben. Wir wollen hier nur kurz feststellen, daß kürzlich die „Köln. Volksztg." die kolonialen Ausgaben **allein der letzten**

9 Jahre

in durchaus einwandsfreier Weise auf

963 Millionen Mark

berechnet hat. Des weiteren hat bereits vor einiger Zeit die „Leipz. Volksztg." auf Grund einer detaillierten Berechnung festgestellt, daß unsere **gesamten kolonialen Ausgaben** seit 1884 nicht weniger als

rund 1½ Milliarde Mark

betragen haben! Das macht auf das Jahr nicht 30 Millionen, wie die „Nordd. Allg. Ztg." behauptet, sondern

60 Millionen!

Aber diese kleinen Additions- und Divisionsfehler sind noch das Harmloseste an der neuesten kolonialen Münchhausiade, wir wollten sagen Dernburgiade. Das Tollste liegt darin, wie die „Nordd. Allg. Ztg." aus dieser aberwitzigen Kolonialwirtschaft **eine 26prozentige Verzinsung für die deutsche Nationalwirtschaft herausrechnet!** Sie nimmt nämlich an, daß nach Beendigung des Krieges in Südwest der Zuschuß nur noch 30 Millionen betragen werde (die Kolonialarmee für Südwest würde uns allein **80 Millionen** jährlich kosten!), daß dagegen der Handel 80 Millionen darstellen werde. Rechne man auf diesen Handel nur 10 Proz. Gewinnst, also 8 Millionen, so sei das eine 26prozentige Verzinsung der jährlichen 30 Millionen Subvention!

Etwas Aberwitzigeres als diese Berechnung läßt sich nicht denken. Deutschland zahlt jährlich 30 Millionen und profitiert — immer nach der obendrein noch total falschen Berechnung des Dernburgers — jährlich 8 Millionen. Es bleibt also selbst nach der Dernburgschen Berechnung jährlich noch ein **glattes Defizit von 22 Millionen**, aber nicht die Spur eines Tausendstels Prozent Verzinsung!

Was aber noch toller ist: die **ganze freisinnige Presse**, „Voss. Ztg." wie „Berl. Tagebl.", drucken diesen auf den ersten Blick zu durchschauenden Mumpitz, oder um im Börsenjargon zu sprechen, diesen **Stuß** nach, ohne den geringsten Einwand gegen ein solches Attentat auf die vier Spezies zu erheben! Es ist so, wie Ziegler es einmal ausdrückte: die politische Perversität ist dem Freisinn ans Gehirn geschlagen. Wenn ein Sextaner bei seiner Aufnahmeprüfung so heillose Schnitzer machen wollte, würde er ohne Gnade in die Vorschule zurückgeschickt; die freisinnigen Kulis aber bewundern solch' burlesken Blödsinn als das Muster einer kolonialen Rentabilitätsrechnung!

Doch zum Schluß noch einige Zahlen über den wirklichen Handelsverkehr mit unseren herrlichen Kolonien. Die „Nordd. Allg. Ztg." bekommt die Summe von 70 Millionen Handelsverkehr heraus, weil sie auch den Import und Export des Auslandes mitrechnet! Tatsächlich war der Handelsverkehr unserer Kolonien mit Deutschland im Jahre 1905 folgender. Die deutsche **Einfuhr** betrug nach

Deutsch-Ostafrika	8	Millionen Mark
Deutsch-Südwestafrika . .	18,4	„ „
Kamerun	5,1	„ „
Togo	2,9	„ „
Kiautschou	7,9	„ „
Deutsch-Neuguinea . . .	0,9	„ „
Samoa-Inseln	0,4	„ „
In Summa	43,6	Millionen Mark.

Da aber die Ausfuhr nach Südwestafrika 1903 nur 4,3 Millionen betrug, sind von den 43,5 Millionen bei künftigen Berechnungen mindestens 14,1 Millionen zu streichen, so daß nur ein Export von rund **30 Millionen** übrig bleibt. Der deutsche Export überhaupt bezifferte sich aber 1905 auf **5841** Millionen!

Vollends bedeutungslos war die **Ausfuhr der Kolonien** nach Deutschland. Sie betrug im Jahre **1905:**

aus Ostafrika	5,6	Millionen Mark
aus Südwestafrika . . .	0,3	„ „
aus Kamerun	9,0	„ „
aus Togo	1,8	„ „
aus Kiautschou.	0,0	„ „
aus Neuguinea	0,1	„ „
aus den Samoa-Inseln .	0,8	„ „
In Summa	17,6	Millionen Mark

gegenüber der deutschen Gesamteinfuhr von 7436 Mill. M.

Um die völlige Wertlosigkeit der Kolonialpolitik für den deutschen Handel zu beweisen, sei noch erwähnt, daß der deutsche Export nach China im Jahre 1905 83,9 Millionen betrug, gegen 41,9 Millionen im Jahre 1902; ferner der deutsche Export nach Japan 1905 84,6 Millionen Mark gegen 49,8 Millionen Mark im Jahre 1902. Der Handel mit China oder Japan allein ist also für Deutschland unendlich viel bedeutungsvoller als unser Handel mit unseren sämtlichen Kolonien!

Und für solche Kolonien hat das deutsche Volk bereits 1500 Millionen opfern müssen, dafür soll es allein in den nächsten beiden Jahren weitere 300 Millionen opfern!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Januar 1907.

Fürsorge der Regierung für die Postunterbeamten.

Die ganz- und halboffiziöse Presse arbeitet mit den schofelsten Mitteln, um Wähler für den Regierungsblock einzufangen. Während die Regierung sonst für die Erhöhung der im Reichsdienste beschäftigten Unterbeamten, besonders der Postbeamten, nicht zu haben ist und sich gegen alle Gehaltserhöhungsforderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ablehnend verhalten hat, um aus dem postalischen Betriebe möglichst hohe Ueberschüsse für den Militärmoloch herauszuholen, hat sie jetzt plötzlich ihr warmes Herz für die Unterbeamten entdeckt und läßt der erstaunten Welt durch ihre Presse verkünden, daß sie gar zu gern längst die Gehälter der mittleren und der unteren Postbeamten aufgebessert hätte, leider aber durch die bisherige Reichstagsmehrheit, durch welche die Reichsfinanzreform grausam verhunzt worden wäre, an der Ausführung ihrer schönen Pläne verhindert worden sei. So veröffentlicht z. B. die „Köln. Ztg." an der Spitze ihrer Sonnabend-Abendnummer folgende Berliner Notiz:

„Immer kehren die Klagen aus den Kreisen der mittleren Postbeamten wieder, daß ihre Gehaltsverhältnisse in Anbetracht des Umstandes, daß in Deutschland die Lebenshaltung im allgemeinen in den letzten Jahren sehr viel teurer geworden ist, nicht ausreichend sind und dringend der Aufbesserung bedürfen. Eine durch uns an zuständiger Stelle eingezogene Erkundigung hat ergeben, daß im Reichspostamt diese Klagen der mittleren Postbeamten als durchaus berechtigt und der Berücksichtigung wert anerkannt werden. Nur der schlechte Abschluß des Gesamtetats hat verhindert, daß im kommenden Etat für die mittleren Beamten eine Verbesserung ihrer Bezüge besonders auch des Wohnungsgeldzuschusses vorgesehen worden ist. Uns will aber scheinen, daß man Wünschen von Beamten, die an sich für durchaus berechtigt gehalten werden, auf jeden Fall nachzukommen hat und die dazu erforderlichen Mittel auf irgendeine Weise bereitstellen muß. Zuzugeben ist allerdings, daß die Regierung **der bisherigen Reichstagsmehrheit** gegenüber, die die Reichsfinanzreform in einer Weise zurechtstutzte, daß eine ganze Anzahl von Millionen noch zur Deckung des Notwendigsten fehlen, in einer Zwangslage sich befand und daß sie daher auch von ihr als berechtigt anerkannte Wünsche ihrer Beamten **zurückstellen mußte.** Derartige Zurückstellungen treffen dann leider meist eher die mittleren und unteren Beamten, da bei ihnen auch eine nur mäßige Erhöhung der Bezüge, wegen der großen Kopfzahl der diesen Beamtenkategorien zugehörigen Personen, gleich mit vielen Millionen zu Buche schlägt."

Die Darstellung stimmt nicht, denn nicht die zu geringe Höhe der Reichssteuern, sondern die Ueberschußwirtschaft des Reichsfiskus trägt die Schuld an der Notlage der Postbeamten. Dennoch sind wir mit der „Köln. Ztg." völlig darin einverstanden, daß die bisherige Reichstagsmehrheit die Reichsfinanzreform erbärmlich verhunzt hat, und wir haben deshalb auch nicht das geringste dagegen einzuwenden, wenn die Postbeamten aus dieser Tatsache die Konsequenz ziehen, daß eine derartige miserable Reichstagsmehrheit nicht wieder zustande kommen darf. Vor allem dürfen die nationalliberale Partei und die Agrarkonservativen nicht wieder in gleicher Stärke in den Reichstag einziehen, denn sie haben bei der Reichsfinanzreform in erster Reihe dahin gestrebt, durch Erhöhung der Verbrauchssteuern die Kosten der Flotten- und Weltpolitik den ärmeren Klassen der Bevölkerung aufzupacken, während sie für eine wesentliche Erhöhung der Erbschaftssteuer oder eine die Wohlsituierten treffende Reichs-Vermögenssteuer und Reichs-Einkommensteuer nicht zu haben waren. Und obendrein haben diese Parteien der Reichstagsmehrheit durch ihre Agrar- und Zollpolitik das Haushaltungsbudget der unteren Beamten aufs schwerste belastet. Vorwärts gegen die bisherige Reichstagsmehrheit!

Hochkonjunktur für die Kapitalisten — Ueberarbeit und Unterernährung für die Arbeiter!

Der „Deutsche Metallarbeiter", das Blatt des christlichen Metallarbeiterverbandes, bringt in der ersten Nummer seines neuen Jahrganges einen Rückblick über die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Vorgänge des verflossenen Jahres. Darin heißt es:

„Wirtschaftlich ist das Jahr 1906 ein Jahr der Hochkonjunktur gewesen, wie wir wohl kaum eins in früheren Perioden der guten Geschäftslage zu verzeichnen hatten. Ein wahrer Goldstrom hat sich in Gestalt von Millionen und wieder Millionen in den Schoß der Aktionäre und Kapitalisten ergossen. Die Metall- und Hüttenindustrie steht in dieser Beziehung mit an der ersten Stelle. Leider aber haben die Arbeiter sehr wenig von dem Erfolge dieser guten Zeit mitbekommen. Wohl sind hier und da Lohnaufbesserungen zu verzeichnen gewesen, aber auch nur dort, wo die Arbeiter auf Grund der Stärke ihrer Organisationen dazu gedrängt haben. Sonst aber ist das Einkommen der Arbeiter im allgemeinen nur durch planlose Ueberzeitarbeit, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und Nebenschichten etwas erhöht worden. Und das ist hinlänglich wieder ausgeglichen worden durch eine fortwährend anhaltende Teuerung aller Lebensbedürfnisse, die uns das verflossene Jahr in steigendem Maße gebracht hat. Fleisch ist derart im Preise gestiegen, daß es für viele Arbeiterfamilien unerschwinglich, für die meisten aber nur sehr selten zu beschaffen ist. Gemüse ist ebenso im Preise gestiegen und muß 20—30, oft 40 Prozent teurer bezahlt werden wie in früheren Jahren. Dasselbe kann von den Wohnungsmieten gesagt werden und zwar nicht allein in den Großstädten, sondern auch in ländlichen Gegenden mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung. Trotzdem die Viehpreise in den letzten Wochen gefallen sind, werden die Fleischpreise aber auf der früheren Höhe gehalten und Fleisch scheint auch für die Zukunft **ein Leckerbissen in den Arbeiterfamilien bleiben zu sollen."**

Die Regierungspresse hat es als sozialdemokratische Verhetzung bezeichnet, daß im „Vorwärts" von Hungerwahlen die Rede war. Wie man sieht, kommt die christliche Arbeiterpresse, wenn sie auch das Wort vermeidet, zu demselben Ergebnis. Und mehr als das: das christliche Gewerkschaftsblatt gelangt zu einer Verurteilung der ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, indem es feststellt, daß von der wirtschaftlichen Hochkonjunktur die Unternehmer den Millionengoldstrom, die Arbeiter aber noch weniger als nichts: nämlich Ueberarbeit und Unterernährung erhalten haben. Was haben die christlichen Arbeiter für ein Interesse an der Erhaltung einer Gesellschaftsordnung, die allen Begriffen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit Hohn spricht? Aber das ist das Bedauerliche, daß dieselben katholischen Arbeiter, die auf diese Weise die Herrlichkeiten der kapitalistischen Ordnung zu spüren bekommen, derselben Partei Gefolgschaft leisten, die sich als Stütze dieses Systems erweist.

Mit Recht schreibt das christliche Gewerkschaftsblatt:

„In Anbetracht solcher Umstände ist es bedauerlich, daß die Regierung, gestärkt durch Scharfmacher und Reaktionäre, nicht den nötigen Mut fand, das Vertrauen des Arbeiterstandes zu den gesetzgebenden Körperschaften durch eine energische Fortführung der Sozialreform zu stärken. Auf diesem Gebiete war das Jahr 1906 unfruchtbar."

Statt an die Regierung sollten die christlichen Arbeiter ihren Vorwurf vielmehr an die bisher ausschlaggebende Partei im Reichstag, an das Zentrum richten.

Ein „Dementi".

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

„Der „Vorwärts" bringt in seiner Nummer vom gestrigen Tage aus der „Königsberger Volkszeitung", angeblich dem Briefe eines Beamten aus Südwestafrika entnommen, folgende Nachricht:

„Am 2. Dezember wurde in Windhuk bekannt, daß sich 120 Hottentotten ergeben haben. Oberst v. Deimling hält damit den Feldzug für im wesentlichen erledigt, denn er bestellte bereits für den 4. Dezember sein Automobil nach Keetmanshoop, um den Kriegsschauplatz zu verlassen. Am 1. Januar 1907 soll der Krieg als definitiv beendigt erklärt werden."

Demgegenüber wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß die vom Oberst v. Deimling an den Generalstab gerichtete Meldung über die Unterwerfung von Johannes Christian mit dem Stamm der Bondelzwarts, darunter 120 Männer mit 105 Kleinkalibergewehren, am 24. Dezember, 4 Uhr nachmittags, von Keetmannshoop abgegangen, in Berlin am 25. Dezember, 12 Uhr 30 Minuten vormittags eingetroffen ist und alsbald durch Wolffs Bureau veröffentlicht wurde."

Ein eigenartiges Dementi! Das offiziöse Organ bestreitet nicht, daß die Ergebung der Bondelzwarts bereits am 2. Dezember in Windhuk bekannt war, also mindestens schon elf Tage vor der Reichstagsauflösung erfolgt war, sondern es erklärt lediglich, daß Oberst Deimling dem Generalstab erst am 24. Dezember die Mitteilung von dieser Waffenstreckung gemacht habe!

Warum hat die Regierung nicht inzwischen auf telegraphischem Wege feststellen lassen, **wann** die Kapitulation erfolgte?!

Darauf kam es an! Denn wenn die Regierung zugeben muß, daß diese Waffenstreckung bereits **elf Tage** vor dem 13. Dezember in Südwestafrika **bekannt** geworden war, so war unsere Annahme durchaus gerechtfertigt, daß sie bereits **lange vor** der Reichstagsauflösung von dieser Tatsache unterrichtet sein **mußte!**

Feststellen wollen wir übrigens auch noch, daß das offiziöse Organ unserem Beweis, daß die Regierungsvertreter auch über die Pläne der Regierung hinsichtlich der Stärke der nach Beendigung des Aufstandes offiziell für notwendig erachteten Schutztruppe das Parlament **getäuscht** haben, nicht die geringste Ausrede entgegenzusetzen vermag!

• • •

Deutsches Reich.

Prozent-Nationalismus.

Die „nationale Flagge" muß in Deutschland die niedrigste Profitsucht decken. Zu den Nationalsten der Nationalen gehört in Deutschland die Hamburger Kaufmannschaft, die unter dem größten Tamtam die Propaganda für die Weltpolitik betreibt und mit unsäglicher Geringschätzung von der deutschen Arbeiterschaft spricht, weil diese nach ihrer Ansicht nicht das geringste Verständnis für Deutschlands hohe nationalen Aufgaben zu Wasser und zu Lande hat. Dabei hat diese selbe Kaufmannschaft in ihrer Presse mit größter Schärfe den Mittellandkanal bekämpft, als dieser im preußischen Abgeordnetenhause zur Beratung stand — nicht, weil der Kanal dem Handel keine Vorteile zu bieten vermochte, sondern weil er nach ihrer Ansicht Bremens Handel allzusehr gegenüber dem Handel Hamburgs begünstigte. Nur aus diesem Grunde, nur aus dem kleinlichsten Neid auf Bremens Stellung als Export- und Importplatz, ereiferte sich Hamburgs „nationale" Kaufmannschaft gegen das Kolonialprojekt. Sobald ihr Profitinteresse in Frage kam und sich die Besorgnis einstellte, es könnten ihre hohen Gewinne vielleicht geschmälert werden, ging der ganze vielgerühmte Patriotismus der nationalen Herren flöten.

Aber noch immer verfolgen Hamburgs „königliche" Kaufleute den Kanalbau mit neidischen Blicken, und es bereitet ihnen eine hämische Schadenfreude, daß neuerdings auch in den Kreisen der Emdener Kaufmannschaft aus den gleichen kleinlichen Konkurrenzrücksichten eine lebhafte Opposition gegen die Fortführung des Dortmund-Ems-Kanals hervortritt. Mit ersichtlicher Befriedigung schreibt das Hamburger Scherl-Blatt, der „Hamb. Corresp.", unter der höhnischen Stichmarke: „Nochmals der Bremer Kanal":

„Wir haben in der letzten Zeit wiederholt der Stimmen Erwähnung getan, die sich in Emdener Kreisen gegen die Durchführung des sogenannten Bremer Kanalprojektes, d. h. gegen die Verlängerung des Dortmund-Ems-Kanals bis zur Unterweser, aus triftigen Gründen erhoben haben. Ganz anders als in Emden denkt man natürlich aus denselben triftigen Gründen über das Kanalprojekt in Bremen und in den von dem zu erbauenden Kanal durchschnittenen oldenburgischen Gebieten. Man sucht dort neuerdings sogar auch in Hamburger Kreisen für das Kanalprojekt Stimmung zu machen, indem man, wie uns aus Oldenburg geschrieben wird, darauf hinweist, daß eine eventuelle weitere Fortsetzung des Kanals von Vegesack die Hamme hinauf und unter Benutzung der Schwinge bei Brunshausen bis in die Unterelbe Hamburg den Anschluß an den Kanal nach Westfalen und Rheinland bringen würde. Oldenburg wünscht eine Beteiligung Bremens an dem erstterwähnten Kanal, und zwar stellt es diese als Vorbedingung für seine Zustimmung zu der weiteren Vertiefung der Unterweser auf. Diese Vorbedingung ist bis jetzt noch nicht zu erreichen gewesen, da in Bremen die Ansicht vorherrscht, daß man nicht zwei Verbindungen nach Westen brauche. Der Hannover-Rhein-Kanal genüge."

Es ist doch ein gar seltsames Ding um das nationale Empfinden so mancher Nationalen. —

Die freisinnig-agrarische Volksknebelungs-Kohorte.

Die „Freisinnige Zeitung" hält noch immer an ihrer infamen Fälschung fest, Bebel habe in München die Landwirte „beschimpft". Und zwar dadurch „beschimpft", daß er zwar nur von der Rücksichtslosigkeit und Brutalität der „Agrarier" gesprochen, an anderen Stellen seines Vortrages jedoch erklärt habe, daß sich auch ein großer Teil der Landwirte überhaupt von den Agrariern habe einfangen lassen. Damit habe er alle Landwirte beleidigt.

Schön! Aber messen wir einmal den Freisinn mit seinem eigenen Maßstabe. Auch er hat früher, als er sich noch nicht den Agrariern als Schutztruppe verschrieben hatte, mit scharfen Worten gegen die Agrarier gewettert. So heißt es in dem Eugen Richterschen ABC-Buch für das Jahr 1898 S. 12:

„In Wirklichkeit vertreten die Agrarier nur Interessen des Großgrundbesitzes in der denkbar beschränktesten und kurzsichtigsten Art."

Dann heißt es auf derselben Seite von dem fünf Jahre früher gegründeten „Bund der Landwirte":

„Auch der **Bund der Landwirte** sucht durch **rücksichtslose Agitation** und **unbekümmert** um das **Gemeinwohl** die einseitigsten agrarischen Interessen zu verfolgen."

Dem „Bund der Landwirte" gehören bekanntlich auch **Hunderttausende von Bauern** an, keineswegs bloß Junker. Und diese Landwirte hat Eugen Richter Anno 1898 durch den Vorwurf der Rücksichtslosigkeit und des Egoismus „beschimpft"!

Aber nicht nur mit den Agrariern und dem Bund der Landwirte springt Herr Eugen Richter, der Säulenheilige der „Freisinnigen Ztg.", derart um, sondern auch mit der „konservativen Partei", zu der er auch die Freikonservativen oder Reichsparteiler rechnet. In dieser Partei befinden sich **viele hunderttausende Bauern**; trotzdem schrieb Herr Eugen Richter in seinem ABC-Buch auf S. 206:

„In wirtschaftlichen Fragen stimmt die konservative Partei **für alles, was die kleinen Leute einschränkt und von den Arbeitgebern und von den Behörden abhängig macht.**"

Auch hier wird also wieder die konservative Partei als Ganzes der Rücksichtslosigkeit und des brutalen Egoismus bezichtigt. So „beschimpfte" **Eugen Richter** die Landwirte!

Nun, die Eickhoff, Mugdan und Konsorten suchen allerdings heute all diese Sünden durch die schamloseste Umwedelung der Junker und Zollwucherer wett zu machen. Sie schlagen um die Wette mit den Reichsverbändlern auf die Sozialdemokratie los: auf die **einzige Partei**, die wirklich mit äußerster Energie allzeit die von Herrn Eugen Richter so schön gekennzeichnete agrarische Volksauswucherung bekämpft hat! Sie ziehen gegen das ausgewucherte Proletariat ins Feld **Schulter an Schulter mit denselben Junkern**, die seinerzeit Eugen Richter in seinem ABC-Buch durch Bismarck-Zitate folgendermaßen charakterisiert hat:

„Heutzutage hat die **Streberei alles verdrängt**; der eine will **Beförderung in seinem Amte** (man will doch nicht ewig Landrat bleiben!), der andere wünscht eine **höhere Ordensklasse** zu erhalten, der dritte erstrebt auf Wunsch seiner Frau Einladungen zu Hoffestlichkeiten, der vierte möchte dem **Avancement seines Sohnes** sich förderlich erweisen, und so geht es fort . . . Dazu kommt, daß meine Standesgenossen **vielfach recht bequem sind, nicht gern übermäßig arbeiten** . . . usw."

Diese Junker und unser heutiger Freisinn haben sich nunmehr in holder Eintracht zusammengefunden **gegen das aufgeklärte klassenbewußte Proletariat!** Möge die deutsche Arbeiterschaft am 25. Januar dieser Tatsache eingedenk sein! —

Die „Post" für die Propaganda der Tat!

Eine „deutsche Frau" sendet den Externen der Kropper Idiotenanstalt in der Zimmerstraße folgenden Brief:

„Ich möchte Sie bitten, in Ihrer Zeitung immer und immer wieder, und zwar recht nachdrücklich der Regierung ans Herz zu legen, daß nur Strenge und unnachsichtliches, scharfes Vorgehen mit dem Strafgesetze gegen die scham- und zügellosen Hetzereien der Sozialdemokraten und des Zentrums am Platze ist. Unseres verehrten Herrn Reichskanzlers wahre und schöne Antwort an den Vorstand des deutschen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie hat gewiß allerorten den tiefsten Eindruck gemacht. Wäre es nicht zur Auflösung des Reichstages gekommen, ich hätte einmal von der Zuschauertribüne heruntergerufen: „Bebel, wenn Sie denn schon gar kein Schamgefühl und Gewissen mehr haben, trotzdem Sie schon mit einem Fuß im Grabe stehen, so lassen Sie sich gesagt sein, es gibt auch unter uns manche Charlotte Corday. Seien Sie auf Ihrer Hut, Sie alter Sünder!"

Charlotte Corday erdolchte bekanntlich Marat. Und nun kündigt das Kropp-Zeug des biederen Kronsbein Bebel ein ähnliches Attentat an!

Die offenbar ebenfalls aus Kropp entsprungene moderne Charlotte Corday sollte sich samt der „Post"-Redaktion in Kaltwasserbehandlung begeben. System Kuhne!

Nebenregierungen.

Das Geschwätz von der „Nebenregierung" des Zentrums, das sich auf Befehl der Bülow, Dernburg und anderer Regierungsgrößen die Blätter des „nationalen" Sprengblocks leisten, wird allmählich selbst liberalen Blättern zu dumm. Die „Straßb. Ztg." spottet darüber:

„Es heißt, daß durch Bülow und Dernburg eine Nebenregierung aufgedeckt worden sei. Merkwürdig! Es müssen erst jahrelang bestehende, jahrelang bekannte Skandalgeschichten öffentlich bloßgelegt werden, damit der Reichskanzler erfährt, daß eine Nebenregierung existiert, — und nur im Kolonialamt. O nein! Wer sie selbst geschaffen und gefestigt hat, der kennt sie schon lange. Sie besteht in allen Ministerien Preußens. Im Kultusministerium sind die Klerikalen und ihre Gönner fast ausschließlich an der Arbeit, im Ministerium des Innern ist die Erhaltung der nichtultramontanen Kultur in den Rheinlanden vergessen, die „Parität" und „Toleranz" aber Vorschrift. Wer einmal nach Trier geht, der kann erzählen, wie die Regierung mit beiden Ohren nach den Wünschen Korums horcht usw. usw. Der Briefwechsel Bülow-Roeren läßt trotz des grandiosen Abschlusses doch auch auffällige Zwischenspiele erkennen. Das Meisterstück der Schöpfung einer Nebenregierung aber hat Bülow beim Durchdrücken des Zolltarifs geliefert. Hier hat er persönlich ein Nebenparlament ins Leben gerufen und dem deutschen Volke gelehrt, wie man außerhalb der legalen Grenzen regiert. Das Wort „Nebenregierung" wurde damals oft gehört, bei einem bekannten Prozeß machte es den Staatsanwalt so nervös, daß er eine Beleidigungsklage daraus zu konstruieren drohte, heute brauchen es die damals Beleidigten ungeniert."

Es ist auch gar zu albern, im vergrößerten Preußen plötzlich eine „Nebenregierung" zu entdecken — in diesem Lande, das seit zwei Jahrhunderten nur von „Nebenregierungen", teils männlichen, teils weiblichen Geschlechts, regiert worden ist.

Sehr putzig fügt es sich, daß gestern in ihrem Sonntagsblatt die halboffiziöse „Köln. Ztg." unter dem Titel „Die preußische Pompadour" einen langen Artikel veröffentlicht, in dem sie die Rolle der Minchen Enke, der Gattin des Kammerdieners Rietz und späteren Gräfin Lichtenau, der Konkubine Friedrich Wilhelm II., am preußischen Hofe schildert und be-

dieser Gelegenheit auch die gemeinen Versuche des hohen preußischen Hofadels erwähnt, durch Zuführung von adeligen Kebsweibern den König in seinem Sinne zu beeinflussen und die preußische Politik zu ihren Zwecken zu mißbrauchen. Auch auf das Treiben des Wöllnerschen Zirkels wird hingewiesen. Wie es scheint, halten die Nationalliberalen und ihre konservativen Alliierten vom „nationalen" Block in ihrem eigenartigen Patriotismus diese Art „Damen-Nebenregierungen" für berechtigter als die des Zentrums. —

Spotten ihrer selbst . .

In der „Kölnischen Volkszeitung" lesen wir:

Wahlflugblatt!

Kosten der Weltpolitik und Kolonien.

Starr wird so mancher Leser gewesen sein, als er in Nr. 1107 der „Köln. Volksztg." vom 27. Dezember 1906 den — aus hervorragend sachverständiger Feder stammenden! — Artikel las! Die Kosten der Weltpolitik und der Kolonien!

Schwindelnde Zahlen — die „Weltpolitik" verschlang in den neun letzten Jahren eine Summe von 963 000 000 M.! Alljährlich also

über hundert Millionen Mark!!

Diese verblüffenden Ausführungen sind in der Wahlbewegung zur Aufklärung weiter Kreise wirksam zu verwenden. Sie wurden daher in Sonderausgabe als Wahlflugblatt hergestellt.

Die Massenverbreitung empfiehlt sich besonders bei Wahlversammlungen, zur Versendung an schwankende Wähler usw.

Bis jetzt über 511 000 Exemplare versandt.

Bestellungen umgehend erbeten.

Köln, 28. Dezember 1906. J. P. Bachem, Verlagsbuchhandlung.

Das Zentrumsflugblatt sollte nur ja nicht vergessen zu betonen, daß die 963 Millionen von der **Zentrumsfraktion bewilligt** worden sind! —

Der große General und Kolonialkenner.

Die Bonner „Liberalen" hatten sich für eine am Sonntag in Bonn abgehaltene Wählerversammlung als kolonialpolitischen Kronzeugen den General Trotha verschrieben! Der Verfasser des Ausrottungserlasses und der auf die Häupter der Häuptlinge gesetzten **Kopfprämien** sagte unter anderem:

„Die in den Kolonien beobachteten militärischen Grundsätze seien nicht immer richtig gewesen. Auch gegen Wißmanns Gedanken an eine koloniale Landwehr müsse er sich aussprechen. Die Presse habe ihm unrecht getan, ihm die bekannte Proklamation gegen die Hereros vorzuwerfen. Er mußte sie erlassen, um zu zeigen, daß er die Gewalt dazu habe. (!) Nach seiner Ansicht werde Swakopmund niemals zu einem brauchbaren Hafen zu machen sein. Wenn wir die Walfischbai nicht haben könnten, müßten wir die Bahn Lüderitzbucht—Windhuk bauen. Die Industrie habe in den Kolonien ein großes Absatzgebiet zu erwarten. Die Landwirtschaft aber müsse damit rechnen, daß eines Tages von dort Getreide ausgeführt würde. Die Ausbeute an Mineralien würde zweifellos lohnend sein. Die Anlage von Häfen müsse auch die Marineverwaltung beschäftigen, da dort Kohlenstationen für unsere Kreuzer nötig seien. Die Wasserfrage in Südwestafrika sei nur durch systematische Aufforstung und durch Abschaffung alles Kleinviehs zu lösen."

Die militärischen Grundsätze des Ausrottungsstrategen Trotha sind allerdings **selbst von der Regierung mißbilligt** worden — leider erst als es zu spät und das Volk der Hereros bereits zum größten Teil faktisch ausgerottet war!

An die Aeußerungen des Kolonialkenners Trotha ist kein Wort zu verschwenden. Köstlich ist die Idee, nun auch noch das Kleinvieh auszurotten und die Sand- und Steinwüste „aufzuforsten". In einem Lande, wo es vielfach erst alle drei oder vier Jahre einmal regnet! Der wackere Trotha, von Forstwirtschaft **versteht er kein Jota!** —

Das Zentrum und die Agrarpolitik.

Die „Schlesische Volkszeitung" gedenkt in einer Reihe von Artikeln die „Fürsorge des Zentrums für die einzelnen Berufsstände" zu schildern. Die Artikel, so schreibt das Blatt, bieten Material für die Wahlagitation. Zunächst wird geschildert, was das Zentrum für die Landwirtschaft getan habe. Es heißt da, daß in den siebziger Jahren das Zentrum es war, das mit dem Fürsten Bismarck sich an den Schutz der Landwirtschaft machte durch Wiedereinführung der Getreidezölle:

„Alle Erhöhungen der Getreidezölle sind nur möglich gewesen durch die Stellungnahme des Zentrums im Jahre 1879. Der Zoll wurde auf 1 M. festgesetzt, 1885 mit Zustimmung des Zentrums 3 M., 1887 5 M.; ohne das Zentrum wäre der letztere Zoll nie eingeführt worden. 1892 kamen die Handelsverträge mit dem 3,50 Mark-Zoll, für welche das Zentrum, aber auch alle angesehenen Vertreter der Landwirtschaft stimmten. Als 1902 der neue Zolltarif zustande kam, da war es das Zentrum, das die Aufnahme des 5,50 Mark-Zolls erreichte und den 5 Mark-Zoll für Hafer zur Annahme brachte. Die neuen Handelsverträge allesamt enthalten diese Sätze. Ohne das Zentrum also keine Getreidezölle und damit keine ordentlichen Getreidepreise."

Es ist richtig: ohne das Zentrum hätten wir keine hohen Getreidezölle, ohne das Zentrum keine allgemeine Lebensmittelteuerung, ohne das Zentrum keine Fleischnot! Die „Schlesische Volkszeitung" hat recht: ihre Artikel liefern Material für die Wahlagitation!

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Dreihundert Haussuchungen. In Krotoschin haben die streikenden Schulkinder, wie der „Kuryer" berichtet, von irgend jemand als Belohnung Bücher geschenkt erhalten, unter anderem auch „Die Geschichte Polens" von Chociszewski. In diesem Vorgehen habe die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen die Strafgesetze erblickt und die Einziehung der betreffenden Bücher angeordnet. Es hätten demzufolge in etwa 300 Wohnungen Haussuchungen durch Polizeibeamte und Gendarmen stattgefunden, denen hierbei 18 Bücher in die Hände gefallen und von ihnen beschlagnahmt worden seien. Wegen Verteilung dieser Bücher sei gegen Dr. Bolewski, Frau Dr. Bolewski und Vikar Rosochowicz die Untersuchung eingeleitet. — Damit dürfte in der Polenverfolgung wohl der Rekord geschlagen und die Zustände in Rußland weit, weit in den Schatten gestellt sein.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Der Tagelöhner Xaver Reitberger von Schwarzach kam am 11. Dezember v. J. in die Gastwirtschaft in Lengdorf, wo es lustig zuging. Der Beschuldigte, der sich auf der Wanderschaft befand, gebrauchte ohne jeden Anlaß gegen den bayrischen Prinzregenten die unflätigsten Beschimpfungen, die sich auch nicht andeutungsweise wiedergeben lassen. Reitberger, ein vielfach vorbestrafter Mensch, will sich, zur Verantwortung gezogen, an nichts mehr erinnern können, da er am kritischen Tage einen Rausch gehabt habe. Das Landgericht München II verurteilte ihn wegen Beleidigung des Regenten zu vier Monaten Gefängnis.

Nichts gelernt.

Der Ostmarkenverein hat gestern in Posen eine große Heerschau abgehalten. Die von ihm einberufene Versammlung war von weit über tausend Personen besucht und wurde von dem Vorsitzenden des Ostmarkenvereins, Major a. D. von Tiedemann, mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die gesetzliche Festlegung einer Bestimmung folgenden Inhalts gefordert wird: Ebenso wie die Amtssprache ist die Unterrichtssprache deutsch, und in öffentlichen Versammlungen darf nur in deutscher Sprache verhandelt werden.

Die Mißerfolge der Herren haben, wie man sieht, ihren politischen Verstand nicht im geringsten geschärft. —

Prometheus Volk.

Eine Antwort auf Bülows Silvesterscherz.

Aus dem Olympischen ins Irdische übertragen.

Bedecke deine Erde, Macht,
Mit Menschenblut,
Und übe, dem Korsen gleich,
Der Völker köpft'
Und Länder stahl, das Degen zieh'n,
Mußt' mir meine Ziele
Doch lassen stehn,
Und meine Zukunft, die du nicht verstehst,
Und meinen Marx,
Von dessen Geist
Du nichts begreifst.

Ich kenne nichts Aermeres
Unter der Sonn', als euch, Minister!
Ihr stützet jämmerlich
Auf Bajonette
Und Zitate
Eure Majestät!
Und stürztet, wären
(Wie Büchmann bestätigt.)
Die Menschen nicht „beschränkte
Untertanenköpfe."

Da ich ein Kind war,
Nicht wußte, wo aus noch ein,
Kehrt' ich mein vertrauend Auge
Zur Macht, als wenn dahinter wär'
Ein Ohr, zu hören meine Klage,
Ein Herz, wie meins,
Sich des Enterbten zu erbarmen.

Wer half mir
Wider der Ausbeuter Uebermut?
Wer rettete vom Tode mich,
Von Sklaverei?
Habt ihr nicht alles selbst vollendet,
Heilig glühend Herz
Und schwielenharte Hand?
Betrogen, Rettungsdank
Den Niederdrückern droben?
Ich dich ehren? Wofür?
Hast du das Elend gelindert
Je der Entrechteten?
Hast du die Ketten gebrochen
Je der Geknechteten?
Hat nicht drei Millionen geschmiedet
Der Hammer der Not?
Wird die vierte nicht schmieden
Der Tag von Pauli Erkenntnis? —

Wähntest Du etwa,
Ich sollte die Heimat hassen,
Den Staub abschütteln,
Nach Südwust fliehen,
Weil dich meine
Freiheitsträume schrecken?

Hier sitz ich, forme Menschen
Nach meinem Bilde,
Ein Geschlecht, das frei, gleich sei,
Zu lieben den Bruder,
Als Menschen zu freuen sich,
Und dein nicht zu achten
Wie ich!

Ausland.

Frankreich.

Volkszählung.

Paris, 6. Januar. Nach dem heute vom Handelsministerium veröffentlichten Ergebnis der letzten Volkszählung vom 4. März 1906 beziffert sich die Bevölkerung Frankreichs auf 39 252 267 Seelen. Die Zunahme seit der Volkszählung von 1901 beträgt 290 322. In vielen Departements hat die Zahl der Bewohner abgenommen infolge der Anziehung der ländlichen Bevölkerung durch die großen Städte. Von dem gesamten Zuwachs von 290 322 Seelen entfallen auf die über 30 000 Einwohner zählenden Städte 223 072! Im Seinedepartement stieg die Bevölkerung von 3 669 930 Menschen im Jahre 1901 auf 3 848 618 im Jahre 1906. Hiervon entfallen auf Paris allein 2 763 393; das sind 49 325 mehr als im Jahre 1901. —

Paris, 7. Januar. **Desto besser!** Dem „Petit Parisien" zufolge verlautet, daß der Präfekt des Departements Seine-et-Oise bei der Sequestrierung des Theologenseminars nicht bloß 250 000 Fr., sondern Staatspapiere im Betrage von über 6 Millionen Fr. gefunden habe. —

Marokko.

Raisuli hat beim Kampfe um Zinat doch größere Verluste erlitten, als es zuerst den Anschein hatte: Die Anzahl seiner Toten soll sich auf 50 belaufen, die der Regierungstruppen auf 20. Die Stadt Zinat wurde am Sonntag unter der Leitung des algerischen Offiziers Ben-Redina, dem die französische Gesandtschaft zu Tanger die Erlaubnis dazu erteilt, von neuem bombardiert; sie ist zerstört und steht in Flammen. Die Anhänger Raisulis erhielten durch etwa 700 Mann von den Gebirgsstämmen Verstärkung, so daß sie sich noch eine Zeitlang halten konnten. Gefangene wurden am Sonnabend vor Zinat nicht gemacht, indessen fielen 2000 Hammel und anderes Vieh in die Hände der Angreifer.

Am Sonntag fiel die Festung — nach einer amtlichen, durch das Bureau Reuter übermittelten Meldung. Die Agence Havas schildert den Endkampf folgendermaßen:

„Die Artillerie der Mahalla schleuderte im Laufe des Vormittags zwei Granaten in die Feste Raisulis. Als hierauf keine Antwort erfolgte und man daher die Festung verlassen glaubte, rückte ein Teil der Mahalla vorsichtig vor. Sie fand die Tore geöffnet und das Innere der Festung von den Leuten Raisulis verlassen. Es war nur eine Anzahl Verwundete zurückgeblieben, die nicht hatten fliehen können, unter ihnen ein Vetter Raisulis. Man hegt große Befürchtungen wegen des Schicksals von etwa 14 Gefangenen Raisulis, unter denen sich der vor kurzem von Raisulis Leuten gefangen genommene portugiesische Schutzbefohlene Arrar sowie drei seiner Verwandten befinden. Man glaubt, daß Raisuli sie mit sich genommen hat."

Es wird angenommen, daß Raisuli sich zu dem Scheik Beni-Msuar geflüchtet hat. Ob er dort sicher ist, darf als fraglich gelten; denn nach einer Meldung aus Tanger vom Montag hat Kriegsminister Gebbas einen Preis auf Raisulis Kopf gesetzt. Uebrigens traf bereits folgendes Telegramm ein:

Tanger, 7. Januar. (Meldung der „Agence Havas".) In Araberkreisen läuft das Gerücht um, daß Raisuli heute vormittag von seinem Schwager ausgeliefert worden sei. Wenn dem Gerücht auch bisher die amtliche Bestätigung fehlt, so erscheint es doch glaubhaft, da Raisulis Schwager sich bereit erklärt hatte, ihn für eine Geldbelohnung auszuliefern.

Aus Industrie und Handel.

Das Zweischachtsystem im Kalibergbau.

Die schwerwiegenden Gefahren, die das Einschachtsystem im Bergbau für die Arbeiter und schließlich auch für die Unternehmer selbst zeitigt, hat die Regierung nun doch veranlaßt, für den Kalibergbau das Zweischachtsystem vorzuschreiben. Eine Besprechung, die in dieser Angelegenheit am Sonnabend im Handelsministerium stattfand, führte zu dem Beschluß, in der nächsten Zeit die bezüglichen polizeilichen Verordnungen zu erlassen. In welcher Weise bei dem Einschachtsystem die Gesundheit der Arbeiter gefährdet ist, erhellt aus folgender Tatsache. Die Regierung konnte feststellen, daß in einem fiskalischen, mit zwei Schächten arbeitenden Kaliwerke die Temperatur um 4—5 Proz. niedriger ist als in einem benachbarten privaten und annähernd gleichen bergbaulichen Verhältnissen, aber nur mit einem Schachte ausgerüsteten Kaliwerke. — Leider ist aber auf eine baldige Einführung des Zweischachtsystems nicht zu rechnen. Die „berühmten Härten", die in der Neuordnung für das Kapital liegen, weil natürlich die Anlage eines zweiten Schachtes Geld kostet, veranlassen die Regierung den Unternehmern eine reichlich lange Schonzeit zu gewähren. Im allgemeinen soll verlangt werden, daß innerhalb einer Zeit von 1 bis 1½ Jahren mit dem — Abteufen des zweiten Schachtes begonnen wird. Als Maximalzeit für Vollendung der Schachtanlagen soll eine Frist von — 5 Jahren gelten. Nur in ganz bedenklichen Fällen sollen kürzere Fristen vorgeschrieben werden. Die Regierung verfährt in dieser Sache nach dem Grundsatz: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß! Daß die Sicherung für Gesundheit und Leben der Arbeiter die schleunige Einführung des Zweischachtsystems bedingt, das ist von der Regierung anerkannt; sie selbst hat Material dafür beigebracht, trotzdem kann sie sich nicht entschließen, dem zwingenden Gebot des Arbeiterschutzes Rechnung zu tragen, das Kapitalsinteresse gibt den Ausschlag. Nach dem beschlossenen Ausbauprojekt können die Kosten der Neuanlagen aus den Betriebsergebnissen gedeckt werden, neue Kapitalsanlage für den Schachtausbau ist nicht erforderlich. Damit ist dem Interesse der Unternehmer in weitgehendem Maße gedient. Im Lande der ber—rühmten Sozialreform geht Kapitalsschutz doch immer noch vor Arbeiterschutz. Eine Unsumme von Gesundheit und Lebenskraft kostet der Arbeiterschaft die Toleranz der Regierung gegenüber dem Kapital.

Rohstoffversorgung im Textilgewerbe.

War der Beschäftigungsgrad in allen Zweigen des Textilgewerbes während des Jahres 1906 ziemlich einheitlich flott, so war im Gegensatz dazu die Rohstoffversorgung und die Preisentwickelung großen Schwankungen unterworfen. Die aufsteigende Bewegung, die die Rohbaumwollzufuhr seit dem Jahre 1901 ununterbrochen aufgezeigt hatte, ist im Jahre 1906 durch eine nicht unbedeutende Abnahme aufgehalten worden. In den ersten elf Monaten der letzten Jahre betrug die Versorgung mit Rohbaumwolle in Doppelzentnern

		Zu- resp. Abnahme gegenüber dem Vorjahre
1901	2 909 633	
1902	3 053 702	+ 144 069
1903	3 287 057	+ 233 355
1904	3 331 496	+ 44 439
1905	3 531 629	+ 200 133
1906	3 245 123	— 286 506

Nicht allein gegenüber 1905, sondern sogar gegen 1904 und 1903 ergibt sich eine Abnahme der Rohstoffversorgung. Wie weit die sinkende Preistendenz, die auf die Verbraucher eine zurückhaltende Wirkung ausübte, die Rohstoffzufuhr in Erwartung noch niedrigerer Preise stagnierend beeinflußte, läßt sich schwer feststellen.

Abweichend vom Baumwollgewerbe war die Entwickelung im Woll- und Seidengewerbe. Der Geschäftsgang im Wollgewerbe verlief ziemlich gleichmäßig. Mit der allmählich wachsenden Beschäftigungsgelegenheit ging eine Zunahme der Rohstoffversorgung Hand in Hand. Die Mehreinfuhr von Wolle betrug nämlich in den ersten elf Monaten der letzten Jahre in Doppelzentnern

		Zu- resp. Abnahme gegenüber dem Vorjahre
1901	1 350 512	
1902	1 532 455	+ 181 943
1903	1 580 746	+ 48 291
1904	1 470 906	— 109 840
1905	1 502 861	+ 31 955
1906	1 520 161	+ 17 300

Verhältnismäßig schneller und schärfer als Rohstoffversorgung und Beschäftigungsgrad sind die Rohwollpreise im Jahre 1906 gestiegen. Wenn vorübergehend im dritten Quartal ein Stillstand eintrat, so war das wegen der bevorstehenden Londoner Wollauktion der Fall; sobald die Versteigerung stattfand, gingen die Preise weiter hinauf. Aehnlich wie im Wollgewerbe, nur viel ausgeprägter, war die Aufwärtsbewegung im Seidengewerbe. Diese lebhafte Nachfrage nach Rohseide bewirkte eine ganz bedeutende Zunahme der Rohstoffversorgung: sie ging um nicht weniger als rund 22 Proz. über die vorjährige hinaus. In Doppelzentnern betrug nämlich die Rohseideversorgung während der ersten elf Monate

		Zu- resp. Abnahme gegenüber dem Vorjahre
1901	35 783	
1902	38 627	+ 2844
1903	40 857	+ 2230
1904	39 829	— 1028
1905	41 012	+ 1383
1906	49 947	+ 8935

Eine starke Zunahme weist endlich noch die Rohstoffzufuhr im Jutegewerbe auf; sie belief sich während der ersten elf Monate 1906 auf 1 206 620 Doppelzentner gegen 960 143 Doppelzentner in der Vergleichszeit des Vorjahres.

Fusion. Die Verwaltungen des Eschweiler Bergwerksvereins und der Vereinigungsgesellschaft im Wurmrevier vereinbarten, vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlungen beider Gesellschaften, welche auf den 20. Februar einberufen werden sollen, daß beide Gesellschaften vom 1. Juli 1906 ab für gemeinschaftliche Rechnung arbeiten. Danach würde das Wurmrevier als Ganzes ohne Liquidation in dem Eschweiler Bergwerksverein aufgehen. Eine Erhöhung des Aktienkapitals des Eschweiler Bergwerksvereins auf 32 Millionen Mark ist in Aussicht genommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bergarbeiterlos.

Dresden, 7. Januar. (W. T. B.) In dem Königin-Karolaschacht I des königlichen Steinkohlenbergwerkes zu Döhlen stieß heute beim Einfahren der Mittagsschicht das erste Fördergestell auf eine Aussetzvorrichtung. Hierbei wurden **acht Bergleute und zwei Steiger schwer verletzt**

Hungerstreik im Gefängnis.

Odessa, 7. Januar. (W. H.) Im hiesigen Gefängnis sind Unruhen ausgebrochen. Die Gefangenen inszenierten den Hungerstreik.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die russische Revolution.

Wahlkampagne.

In Nr. 9 der „Briefe an die Parteiorganisationen" läßt sich das Zentralkomitee der Russ. Soz.-Dem. Arbeiterpartei ausführlich über die Wahltaktik in der städtischen Kurie aus:

Jenes unbedeutende Kontingent der Arbeiter, welches trotz aller „Erläuterungen" das Wahlrecht in der städtische Kurie behalten hat, muß in derselben das bindende Element zwischen den städtischen Wählern und den breiten Arbeitermassen bilden. In der städtischen wie übrigens auch in der Arbeiterkurie kann man auf parteilose Arbeiterkandidaturen stoßen. Wenn die betreffenden Kandidaten auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, so muß das Verhalten der Sozialdemokratie zu denselben das folgende sein: 1. Die Sozialdemokraten treten ihnen solche Stellen, die sie selber an sich bringen können, nicht ab; 2. die Sozialdemokraten geben ihnen den Vorzug vor allen anderen nichtsozialdemokratischen Kandidaten; 3. die Sozialdemokraten führen gegen sie keinen besonderen Kampf wegen ihrer „Parteilosigkeit", obgleich sie auch die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Partei der Arbeiterklasse zwingend darlegen müssen. Gegen alle Arbeiterkandidaturen, hinter deren „Parteilosigkeit" sich bourgeoise oder gar reaktionäre antiproletarische Parteien verbergen, führen die Sozialdemokraten selbstverständlich den heftigsten und schonungslosesten Kampf.

* *

In Odessa hat die allgemeine Gouvernementskonferenz der sozialdemokratischen Organisation ihre Arbeiten beendet. Zur Frage der Vereinbarung hat die Mehrheit der Konferenz eine Resolution angenommen, die ihrem Sinne nach der Resolution des Zentralkomitees nahe kommt. Die Gegner dieser Resolution haben sich gegen Vereinbarungen nicht prinzipiell ausgesprochen, sondern vorgeschlagen, mit Vereinbarungen solange zu warten, bis sich herausstellt, ob die Gefahr eines Sieges der schwarzen Bande tatsächlich vorhanden ist.

In Simbirsk hat eine Vereinbarung zwischen den Sozialdemokraten und den Sozialrevolutionären stattgefunden. Aus dem nordwestlichen Gebiet wird fast aus allen Städten berichtet, daß der Kampf sich hauptsächlich in der Gruppierung nach Nationalitäten und nicht nach Parteien abspielt. Die örtlichen sozialdemokratischen Organisationen haben sich zum Ziel gesetzt, energisch dagegen aufzutreten, daß der Kampf eine nationale Form annehme.

Der Poltawaer Gouvernementsverband der Russ. Soz.-Dem. Arbeiterpartei hat sich vor einigen Tagen mit der „Spilka", dem Ukrainer Verband der Russ. Soz.-Dem. Arbeiterpartei vereinigt. Zur Zeit werden Unterhandlungen geführt, um eine Vereinigung zwischen der „Spilka" und dem Kiewer Komitee der Russ. Soz.-Dem. Arbeiterpartei herbeizuführen.

Das Jahr 1906 in England.

London, 30. Dezember.

Die zwei großen Parteien: die konservative und die liberale, die einander von Zeit zu Zeit in der Regierung abwechseln, haben eine gewisse Arbeitsteilung unter sich eingeführt. Die Arbeitsteilung ist keine absichtliche; sie ist vielmehr die Folge der verschiedenen Anschauungen, Traditionen und Interessen der beiden Parteien. Sind die Konservativen am Ruder, so nehmen Fragen der äußeren und kolonialen Politik einen breiten Raum im öffentlichen Leben ein, während in der inneren Politik der Grundsatz „quieta non movere" gewahrt wird. Lord Lansdowne und Mr. Balfour haben in den letzten Jahren ganz nach diesen Grundsätzen gehandelt: Lansdowne in der äußeren, Balfour in der inneren Politik. In einer modernen Demokratie ist offenbar die Rolle, die ein Balfour spielen muß, eine sehr unangenehme, denn moderne Demokratien wollen und müssen Bewegungen haben, wenn anders die Gesellschaft fortschreiten und sich stets erneuern soll. Die Mehrheit der Wähler wird nach und nach mit der konservativen Politik unzufrieden; die Unzufriedenheit teilt sich dem Parlamente mit und die Konservativen weichen zurück, um den Liberalen Platz zu machen, denen das klare Mandat zufällt, im Innern nachzuholen, was die Vorgänger vernachlässigt haben. Waren die Jahre 1895 bis 1905, in denen die Konservativen das Land regierten, mit weltumfassenden diplomatischen und kolonialen Fragen gefüllt, so stellt sich das Jahr 1906, in dem die Liberalen die Regierung übernahmen, als ein Jahr der Sozialpolitik und tiefer innerer Bewegungen dar. Das Unterhaus arbeitete fleißig von Mitte Februar bis Mitte August und von der letzten Oktoberwoche bis zur letzten Dezemberwoche. Unterrichtswesen, Arbeiterschutz, Ernährung der Schulkinder, Gewerkschaftswesen, Arbeitslosigkeit, irische Landarbeiter, englische Farmer (Bodenpächter), Verfassungen für Transvaal und Oranien, Frauenwahlrecht und viele andere fortschrittliche politische Fragen wurden teils erledigt, teils diskutiert.

Aber das wichtigste Merkmal des Berichtsjahres ist ohne Zweifel das Auftreten einer selbständigen Arbeiterpartei bei den Hauptwahlen und einer sozialistischen Arbeiterfraktion im Parlamente. Diese Erscheinung macht das Jahr 1906 zu einem weithin sichtbaren Merkstein in der Geschichte Englands. Sie hat auf die öffentliche Meinung Englands einen tiefen Eindruck gemacht, einen tieferen, als man gewöhnlich glaubt. Man kann ihn zwischen den Zeilen der Leitartikel der englischen Presse lesen und aus den Reden und Unterhaltungen englischer Politiker heraushören. Am aufrichtigsten kommt dieser Gedanke zum Ausdruck in einem Leitartikel der „Times" vom 22. Dezember: „... Nichts hat während der Hauptwahlen ein solches Interesse geweckt, als die Abstimmung der Arbeitermassen. Die Arbeitervertreter im Parlament, die über fünfzig zählen, bilden zwar keinen Arbeiterblock, aber sie haben einen Kern in den 29 Vertretern, die dem Labour Representation Committee (der Arbeiterpartei) angehören, und sie haben auch einige ziemlich starke Führer in Keir Hardie, Shackleton und Macdonald gefunden. Manche der besten Beiträge zu den Debatten im neuen Unterhause wurden von den Arbeitervertretern gemacht und im Laufe der ganzen Verhandlungen des Unterhauses haben sie einen Einfluß ausgeübt, der ihre numerische Stärke weit übersteigt. Die älteren Parteien des Landes blicken auf die neue Partei mit einer gewissen Ehrfurcht und Neugierde, wie sie gewöhnlich von noch ungeprüften aber machtvollen Kräften geweckt werden." Die neue Arbeiterpartei kann mit diesem Zeugnis eines ihrer gebildetsten und machtvollsten Gegner wohl zufrieden sein. Diese Worte sind aber auch ein Beweis für die Richtigkeit der Klassenkampflehre. Selbständige Arbeitervertreter und nicht liberale oder katholische Arbeitervertreter sind eine politische Macht. Es war auch die Anwesenheit der neuen Arbeiterfraktion im Unterhause, die viel dazu beigetragen hat, die parlamentarischen Arbeiten zu beschleunigen und fruchtbar zu machen.

Das wichtigste Gesetz des Jahres ist das an dieser Stelle oft besprochene Gewerkschaftsgesetz, das den Trade-Unionismus sichert und ihm eine feste Grundlage gibt, die ihm seit 1901, seit dem historisch merkwürdigen Taff-Vale-Entscheid, gefehlt hat. Es gibt in der Geschichte der letzten Jahre kaum einen besseren Beweis für die Richtigkeit der Marxschen Lehre von der Notwendigkeit für die Arbeiter, sich als selbständige politische Klasse zu organisieren, als das neue englische Gewerkschaftsgesetz. Man kann eine Theorie richtig verstehen und erklären können, aber so lange man ihre Bestätigung nicht in der Praxis sieht, bleibt sie doch nur eine abstrakte Spekulation, der man andere abstrakte Spekulationen als gleichwertig entgegenstellen kann. Die langjährigen Verhandlungen über die Trade Disputes Bill; die Bereitwilligkeit der liberalen Arbeiterführer: Burt, Bell, Wilson, die Freiheit der Gewerkschaften zu opfern; das Wachsen der neuen Arbeiterpartei unter dem Druck der Gewerkschaftsprozesse; die Unwilligkeit des Parlaments, den Wünschen der Arbeiter nachzukommen; die Siege der Arbeiter bei den Hauptwahlen vom Januar 1906; schließlich die Kapitulation des Parlaments sind unwiderlegliche Beweise für die Richtigkeit der Klassenkampflehre. Aber es gibt einen großen Unterschied zwischen dem Erfassen des Geistes der Marxschen Lehre und dem Nachplappern Marxscher Worte. Das neue Gewerkschaftsgesetz läßt sich durch rein juristische Beweisführungen nicht begründen, wohl aber durch das Aufsteigen der Arbeiterklasse als einer großen sozialen Macht. Die älteren Arbeiterführer, die die Gesellschaft als einen Haufen von mit einander handelnden Einzelpersonen betrachten, waren bereit, die kollektive Verantwortlichkeit zu billigen, da sie die Gewerkschaft für eine geschäftliche Unternehmung halten. Aber die Arbeitermassen fühlten, daß eine Trade Union kein Geschäft ist, sondern eine Waffe im Kampfe gegen das Kapital. Sie scharten sich deshalb um die neue Arbeiterpartei und drängten die Führer zur Selbständigkeit, zur Loslösung von den bürgerlichen Parteien. Der Sieg wird ihnen die Richtigkeit dieser Taktik zeigen, allein die Gefahr eines Rückfalles ist noch nicht vorbei. Jetzt heißt es, die Lehre aus den Ereignissen ziehen, und den Arbeitern zum Bewußtsein bringen, was sie bis jetzt unbewußt getan haben. — Neben dem Gewerkschaftsgesetz erhielten die Arbeiter eine Unfallgesetznovelle, die ihnen große Vorteile bringt. Etwa sechs Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden in den Bereich des Gesetzes gezogen. Die Karenzzeit wurde auf eine Woche herabgesetzt; Berufskrankheiten sind als Unfälle zu behandeln; Dienstmädchen sind als Arbeiterinnen unter das Unfallgesetz zu stellen. — Die armen Schulkinder von England und Wales sollen auf Staatskosten ernährt werden. — Die Farmer von England und Wales erhielten weitgehenden Schutz gegen die Grundherren. — Den irischen Arbeitern wurde es erleichtert, sich Wohnhäuser und Bodenparzellen anzuschaffen. — Transvaal erhielt eine demokratische Verfassung, und Oranien soll eine solche schon im Februar oder März 1907 erhalten. Diesem noch keineswegs vollständigen Aktivum steht der Mißerfolg der Schulvorlage gegenüber. Der Mißerfolg wurde von den Lords herbeigeführt, die die Religion dem Volke erhalten wollen. Es wird vielfach über einen bevorstehenden Kampf zwischen Unterhaus und Oberhaus gesprochen. Aber allen diesen Gerüchten gegenüber gilt das alte Wort: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Der Grund dieses Unglaubens ist einfach. Angesichts des Wachsens der Arbeiterpartei werden die Liberalen sich in konstitutionelle Konflikte nicht einlassen. Es werden vielleicht Scheinkämpfe geführt werden, um die Zeit totzuschlagen und die Aufmerksamkeit des Publikums von wichtigeren Dingen abzulenken, jedoch zu ernsten konstitutionellen Reformen wird es — so lange die Bourgeoisie am Ruder bleibt — nicht kommen. Man kann sich in Deutschland kaum einen Begriff davon machen, wie tief sich die Furcht vor dem Sozialismus in die Gemüter der herrschenden Klasse eingräbt. Für die Zeitungen und Revuen ist das tollste Zeug gut genug, wenn es nur gegen die Sozialisten gerichtet ist. Im Dezemberheft der „Review of Reviews" macht Mr. Stead, der seit Jahren mit den Sozialisten liebäugelte, einen unsinnigen Angriff auf die selbständige Arbeiterpartei. Und in der „Times", deren Redaktion sich sonst durch Bildung und Anstand auszeichnete, wurde Genosse Jaurès vor wenigen Wochen schmählich angegriffen; sie warf ihm vor, daß er die „Humanité" mit deutschem Gelde unterhalte. Dagegen ist Mr. John Burns der Held der bürgerlichen Presse. Und er hat es auch redlich verdient. Seine größte Tat während des ersten Jahres seiner ministeriellen Herrlichkeit war die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Poplar und Westham (Ost-London), um die „Korruption" des Munizipalsozialismus aufzudecken. In diesen beiden Gemeinden, wo das Arbeiterelend in konzentriertester Form zu finden ist, machten die sozialistischen Arbeiterminoritäten den Versuch, eine wirkliche Sozialpolitik zu treiben. In Zeiten der Arbeitslosigkeit sorgten die in der Armen- und Gemeindeverwaltung sitzenden sozialistischen Arbeiter für Beschäftigung und Unterstützung. Das Armenhaus — das Workhouse, dem so viele arme Engländer aus dem Wege gehen, um lieber draußen den Hungertod zu sterben — wurde von den sozialistischen Arbeitern der beiden genannten Gemeinden in ein Altersheim für Arbeitsinvaliden verwandelt. Das kostete natürlich viel Geld und die Lokalsteuern stiegen. Die Hausbesitzer, Geschäftsleute und Unternehmer schlugen Lärm, aber so lange die konservative Regierung am Ruder war, ließ sie sich nicht dazu herbei, in die Rechte der Lokalbehörden einzugreifen. Eine rein bürgerliche liberale Regierung würde ebenso gehandelt haben. Nun kam John Burns, der „sozialistische" Herkules, um den Augiasstall des Munizipalsozialismus zu reinigen. Dieser krämerhafte Biedermeier konnte es nicht dulden, daß alte Arbeiter ein anständiges Gemeindeheim haben. Das Resultat der Untersuchung war indes ein solches, daß es ihren Urheber kaum befriedigen dürfte. Die Tätigkeit der Sozialisten und selbständigen Arbeitervertreter, besonders des Genossen Lansbury und des Arbeiterabgeordneten Crooks, erwies sich als eine durchaus ernste, humanitäre und selbstlose. Als Zeugen traten auf Schullehrer, Vorsteher von christlichen Unterstützungsvereinen, Geistliche, die der aufopfernden Wirksamkeit unserer Genossen das höchste Lob zollten. Lansbury und Crooks, die Burns vernichten wollte, gingen aus der Untersuchung ruhmvoll hervor. Dagegen wurden einige bürgerliche Armen- und Gemeindeverwalter für korrupt befunden und unter Anklage gestellt. Die Presse macht aber diesen Unterschied nicht. Sie schreit im allgemeinen über die Korruption des Munizipalsozialismus, „die dank der Energie von John Burns aufgedeckt wurde". Diese ganze Untersuchung zeigt die Schwäche und Hohlheit von John Burns. Wäre er etwas mehr als ein untergeordnetes Werkzeug in den Händen der Arbeiterfeinde, so würde er die rein kapitalistischen Gemeindeverwaltungen Londons untersuchen lassen, wo er ganz andere Dinge aufdecken könnte. Aber zu diesem Zwecke ist er nicht zum Minister gemacht worden. Gegen die Sozialisten auftreten, die Arbeiterpolitiker „Saufhauspolitiker" nennen, — das ist seine Mission. Aber auch unsere Genossen, die in den Munizipalräten wirken, könnten aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß man in der heutigen Gesellschaft keine ehrliche Sozialpolitik treiben kann.

Neben dem Aufschwunge der selbständigen Arbeiterbewegung verdient auch die Frauenbewegung für das Wahlrecht mit einigen Worten erwähnt zu werden. In den ersten Monaten des Berichtsjahres, als diese Bewegung noch einen sozialistischen Charakter trug, schien sie ernst und allem Theatralischen und Affektierten abgeneigt zu sein. Die Frauen hielten Demonstrationen ab, verursachten vor den Privatwohnungen einiger Minister einen Auflauf, wobei die Polizei von den Demonstrantinnen Hiebe bekam; die Frauen wurden dann mit Geldstrafen belegt; sie zogen das Gefängnis vor, wo sie einige Wochen ruhig und mit Würde litten. Als aber die Bewegung an Ausdehnung gewann, büßte sie vieles von ihrem ernsten Charakter ein. Bis jetzt sind etwa dreißig Frauen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt mit Geldstrafen belegt worden. Die Frauen wählten Gefängnisstrafe. Im Gefängnis wurden sie als politische Gefangene rücksichtsvoll behandelt. Die Freiheitsentziehung dauerte höchstens vier Wochen. Aber nach den heroischen Märtyrerposen zu urteilen, die die Frauenrechtlerinnen jetzt annehmen, könnte man glauben, daß sie 20 Jahre sibirischer Katorga durchgemacht hätten. Die Bewegung für das Frauenwahlrecht schreitet indes vorwärts und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie in den nächsten Jahren erfolgreich sein wird. —

In der äußeren Politik setzte Sir Edward Grey die Politik Lord Lansdownes systematisch fort. Vernünftige Kontinuität und strikte Bundestreue sind in unserer Zeit wichtige Bedingungen einer erfolgreichen Politik. Das Bündnis mit Japan und die Freundschaft mit Frankreich sind die gegenwärtigen Grundlagen der britischen Diplomatie. Die Presse und die Politiker sind ungemein empfindlich gegen alles, was auf eine Störung des englisch-französischen Verhältnisses abzielt. Und das Bündnis mit Japan wird auch eine russisch-britische Annäherung überleben. Und diese Annäherung vollzieht sich trotz mannigfacher Unterbrechungen. Das zeigt sich auch in der auffallenden Milde, mit der die englische Presse das schreckliche Stolypinsche Regiment beurteilt. Der alte Russenhaß ist aus der konservativen Presse Englands verschwunden, und nur ungern sieht sie eine Kritik der russischen Zustände.

Die britische Politik blickt ohne jede ernste Beunruhigung dem kommenden Jahre entgegen. Der japanisch-russische Krieg hat ihre Lage wundervoll verbessert. Aber er hat ihr auch zwei neue Aufgaben gestellt. Der Aufstieg Japans führte zu amerikanisch-japanischen Reibungen und zu einer Beschleunigung der konstitutionellen Bewegung in Indien. Mit diesen beiden Fragen wird sich die britische Politik im kommenden Jahre zu beschäftigen haben. —

Aus der Partei.

Gustav Jaeckh.

Die „Leipziger Volkszeitung" widmet ihrem dahingegangenen Redakteur folgenden warm empfundenen, hochehrenden Nachruf:

„Mitten in den Wahlkampf fällt die traurige Kunde von dem Hinscheiden des verdienten Genossen, der den Wahlkampf der Leipziger Arbeiter im Jahre 1903 an erster Stelle geführt und zum siegreichen Ende geleitet hat.

Der Tod ist als ein Erlöser an das Krankenbett Gustav Jaeckhs getreten. Gerade vor zwei Jahren schied unser Freund aus der Redaktion, in die er nur noch einmal auf wenige Wochen zurückkehrte; seit mehr als einem Jahre wußten wir, daß es keine Heilung von seinem schweren Siechtum gab. Das völlige Erlöschen dieses reichen Geistes, der die ganze Fülle seiner Kraft niemals entfalten sollte, ist leichter zu ertragen, als sein qualvolles Hinsterben zu ertragen war, und dennoch — an seiner offenen Gruft erneuert sich in voller Frische und Schärfe der Schmerz und die Trauer um das, was die Partei, was die Leipziger Genossen, was vor allem unser Blatt an Gustav Jaeckh verloren haben.

Es war ein geborener Proletarier, aber wie nur je ein Proletarier hat er schon von Kindesbeinen an den Segen und den Fluch der Arbeit erfahren. Bereits auf dem Gymnasium mußte er Privatstunden geben, um seinen Unterhalt zu bestreiten und die Kosten seines Universitätsstudiums zu erwerben. Groschenweise brachte er die 1800 M. zusammen, mit denen er die heimische Universität Tübingen, und genauer, ihr berühmtes „Stift" bezog, wo er eine gediegene philosophische Bildung erwarb. Darin war er vielleicht allen Parteigenossen überlegen, waren ihm sicherlich sehr wenige Parteigenossen gewachsen. Doch war es nicht seine Art und Absicht, als schwäbischer Magister immer neue schwäbische Magister zu erziehen; er stürzte sich, nachdem er seine Examina abgemacht hatte, in den proletarischen Emanzipationskampf, den er früh als die mächtigste Kulturbewegung der Weltgeschichte erkannte.

Im Herbst 1893 übernahm Jaeckh die Redaktion der „Elsaß-Lothringischen Volkszeitung", doch hatte er sie noch nicht ein Vierteljahr geführt, als das Blatt durch den Diktaturparagraphen unterdrückt wurde. Deshalb verließ er aber nicht den vorgeschobenen Posten, sondern hielt noch fünfviertel Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen in Mülhausen aus: „ich wollte," sagte er später einmal über diese Zeit, „den Genossen im Reichslande meine agitatorische Kraft erhalten, nachdem ihnen meine journalistische Kraft durch meine Unvorsichtigkeit verloren gegangen war." Erst nachdem ihm der Erfolg seiner Agitation durch eine Gefängnishaft von vier Monaten bekräftigt worden war, siedelte Jaeckh nach Braunschweig über, wo er die Redaktion des „Volksfreundes" übernahm und zwei Jahre lang führte, wofür er mit sechs Monaten und ein paar Wochen Gefängnis ausgezeichnet wurde. In Braunschweig studierte er namentlich die gewerkschaftliche Bewegung. Dann ging er im Sommer 1897 nach Mannheim, als leitender Redakteur des dortigen Parteiblattes; hier schaffte er nahe an drei Jahre, ohne je eine Stunde Urlaub zu erbitten oder zu erhalten, so wie in Mülhausen und Braunschweig nur die „Staatspension" die Zeiten seiner Erholung gewesen waren.

Häusliches Ungemach, das durch ihn unverschuldet war, es sei denn durch seine zu große Gutmütigkeit und Vertrauensseligkeit, zwang ihn im Jahre 1900, zeitweise seine öffentliche Parteitätigkeit einzustellen. Aber schon im Sommer 1901 folgte Jaeckh dem Rufe der Leipziger Genossen, und nun leuchtete sein Leben auf, das bis dahin arm an Sonnenschein gewesen war. (Er fand hier einen Wirkungskreis, worin sich seine großen Talente ausleben konnten; er fand hier eine Lebensgefährtin, die seiner würdig war und ihm zwei blühende Buben schenkte; er fand hier endlich den sicheren Boden wissenschaftlicher Erkenntnis, den er bei seiner wesentlich philosophischen Vorbildung und in dem Drange nach der praktischen Arbeit, womit er seit seinem ersten Eintritt in die Partei überhäuft worden war, bis dahin noch nicht gewonnen hatte. Er fand ihn in den vormärzlichen Schriften von Marx und Engels, die ungefähr zur Zeit, wo Jaeckh nach Leipzig übersiedelte, neu herausgegeben wurden; für seinen philosophisch gebildeten Geist ergaben sich hier die geschichtlichen Zusammenhänge, die ihm den historischen Materialismus fortan zum unentreißbaren Besitztum machten.

So begannen für ihn glückliche Tage in Leipzig. „Dies neue Leben gab mir", schrieb er mit einem wehmütigen Rückblick in einem schon weit vorgeschrittenen Stadium seiner Krankheit, „einen wunderbaren Elan und ich warf meine ganze Kraft auf die Zeitung". Mit der zweiten Periode mächtigen Aufblühens, die unser Blatt erlebt hat, bleibt Gustav Jaeckhs Name untrennbar verknüpft. Er lebte für die Zeitung bei Tage und bei Nacht; seine Arbeitslust war so unerschöpflich, wie seine Arbeitskraft unerschöpflich erschien. Er schien, denn seine „harte Jugend" hatte doch an ihr gezehrt, seine Gefängnisstrafen hatten ihm schmerzhafte Körperleiden zugezogen, die ihn nur zeitweise verließen, und nun drängten schwere Kämpfe, die eine völlig unversehrte Gesundheit erfordert hätten.

Den Wahlkampf von 1903 führte Jaeckh so glänzend, wie er nach dem Zeugnis alter Leipziger Parteigenossen vielleicht niemals früher gleich glänzend geführt worden war; nach der überreichlichen Redaktionsarbeit schrieb er sämtliche Flugblätter, meisterhafte Kundgebungen in ihrer Durchdringung von packender Form und wissenschaftlichem Gehalt, agitierte er mündlich in ungezählten Versammlungen. Und als der zum Tode erschöpfte Kämpfer sich einige Wochen Erholung gönnen sollte, stürzte ihn der Dresdener Parteitag in eine neue Reihe aufreibender Verwicklungen, in denen er streitend und leidend die treueste Freundschaft bewährte. Dann kamen die Kämpfe um die Krankenkasse, in denen er wiederum mit in erster Reihe focht, und endlich erschöpfte sich seine Kraft, als er im Herbst 1904 unternahm, eine historische Gedenkschrift zum vierzigsten Geburtstage der Internationale auszuarbeiten.

Wie oft haben sich seine Freunde seitdem zum Vorwurfe gemacht, ihn wenigstens von dieser Arbeit nicht zurückgehalten zu haben! Freilich mag es mehr als fraglich sein, ob er auf ihren Ein-

spruch gehört hätte! Es war nur auf eine leichte Erinnerungsschrift abgesehen, aber ihn selbst überwältigte die Wonne wissenschaftlichen Schaffens, die er allzu lange entbehrt hatte, und er schuf in durchwachten Nächten ein wertvolles Werk, das ein Schmuckstück der Parteiliteratur bleiben wird, aber der letzte Dienst sein sollte, den dieser Unermüdliche der Partei leistete.

So ist Gustav Jaedh im Kampfe gefallen, ein tapferer Soldat im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse, der Fahne getreu bis in den Tod. Er hat nicht umsonst gelebt, so hart ihm des Lebens Lose gefallen waren; ein Hauch seines Geistes wird immer diese Blätter beleben, in denen zu schaffen sein Glück und sein Stolz war."

Von den Organisationen. Unter der Stichmarke: Ein Erfolg Bülows berichtet die „Münchener Post": Seit der Auflösung des Reichstages sind dem Sozialdemokratischen Verein München nicht weniger wie 600 Beitrittserklärungen zugegangen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird dieser Erfolg durch das Silvesterschreiben Bernhards an den Reichsverband noch wesentlich verstärkt werden.

Zehn Jahre bestand am 1. Januar die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden". Sie hat während dieser Zeit getreulich ihre Aufgabe erfüllt, die in Arbeiterkreisen noch weitverbreitete Schundliteratur zu verdrängen, indem sie die besten Erscheinungen der Weltliteratur den Arbeitern, ihren Frauen und der heranwachsenden Jugend zu einem billigen Preise zugänglich machte. Wer die zwanzig bisher erschienenen Halbjahresbände durchblättert, wird die besten Namen aus der erzählenden Weltliteratur finden: Spielhagen, Raabe, Schweichel, Holländer, Gerstäcker, Erckmann-Chatrian, Victor Hugo, Zola, Loti, Dickens, Sienkiewicz, Jokai und andere. In Tausenden von Arbeiterfamilien hat „In Freien Stunden" Eingang gefunden. Mit Freude darf die Arbeiterschaft diesen Erfolg ihres eigenen Unternehmens heute feststellen. Aber man darf sich nicht verhehlen, daß doch noch Tausende von Arbeiterfamilien sind, die das Verderbliche gewisser blauer und gelber Groschenhefte noch nicht erkannt haben. Möchte ihre Zahl immer kleiner, die Abonnentenschar der „Freien Stunden" immer größer werden! Die jede Woche zum Preise von 10 Pfennig erscheinenden Hefte bringen in diesem Jahre zunächst: Rebellen. Eine Erzählung aus der russischen Revolution von Eugen Tschirikow. Den „Rebellen" wird folgen: Der Glöckner von Notre-Dame von Victor Hugo.

Eine notwendige und erfreuliche Namensänderung hat das Organ der Sozialdemokratie im Kreise Mühlhausen-Langensalza erfahren. Der aus bürgerlicher Vergangenheit stammende Titel „General-Anzeiger" ist dem Titel „Volksblatt" gewichen.

Totenliste. In Stettin starb der Genosse Restaurateur August Steinweg. Er war einer von der alten Garde; schon in den siebziger Jahren arbeitete er für die Partei. 1884 war er Kassierer der Partei in Stettin. 1887 wurde er auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen und siedelte nach Rostock über, wo er sich als Bauarbeiter redlich durchzuschlagen versuchte. Nachdem im Jahre 1890 das Sozialistengesetz gefallen war, kehrte er wieder nach Stettin zurück, wo er einige Jahre abwechselnd sich als Bau- und Hafenarbeiter sein Brot verdiente, bis er eine Gastwirtschaft übernehmen konnte. Genosse Steinweg hat sich mühselig selbst ausbilden müssen, der Staat hatte seine Bildung schmählich vernachlässigt. In Wassow bei Stettin, wo er geboren wurde, war er Analphabet geblieben, erst beim Militär lernte er Lesen und Schreiben. — Auch in den Gewerkschaften war der Verstorbene eifrig tätig. So war er längere Zeit Vorsitzender der Hafenarbeiterorganisation. — Vom Juli bis Dezember 1902 war er Vorsitzender des Stettiner Wahlvereins.

Personalien. Während der Gefängnishaft des Genossen von Lojewski ist in die Redaktion der Erfurter „Tribüne" der bisherige Mitarbeiter, Genosse Wilhelm Dahl, eingetreten.

Die Gemeindewahlerfolge der schwedischen Sozialdemokratie. Zu den nun beendeten Gemeindewahlen in den schwedischen Provinzstädten hatten unsere Genossen in 85 Städten zusammen 50 Kandidaten aufgestellt. Gewählt wurden in 17 Städten 25 ihrer Kandidaten, wobei es sich aber in 7 Fällen um Wiederwahlen handelte. Ganz aus eigener Kraft konnten die Sozialdemokraten in keiner Stadt auch nur einen ihrer Kandidaten durchbringen; das war bei dem hundertgradigen Wahlunrecht von vornherein ausgeschlossen. Merkwürdig ist es nun, daß diesmal nicht nur liberale, sondern selbst konservative Wähler Kandidaten der organisierten Arbeiterschaft unterstützten. Die Ursache ist hauptsächlich die, daß im Volke die Erbitterung über das plutokratische Wahlsystem immer mehr steigt und in der Wahlbewegung von der Sozialdemokratie selbstverständlich mit aller Kraft geschürt wurde. Die Frage der Wahlrechtsreform ist bekanntlich jetzt derartig zugespitzt, daß sie sich nicht mehr auf die Zweite Kammer des Reichstages beschränken läßt, und eine Umgestaltung der Ersten Kammer und ihrer Grundlage, des kommunalen Wahlrechts, ebenso notwendig erscheint. Die Schlauen unter den reaktionären Wählern, die für Arbeiterkandidaten stimmten, wollten offenbar beweisen, daß die wohlhabenden Leute das Wahlunrecht keineswegs so rücksichtslos ausnutzen, daß sie der Arbeiterschaft jede Vertretung in den Stadträten unmöglich machen. Sie hoffen wohl auch, daß die Arbeiterschaft sich unter diesen Umständen mit einer kommunalen Wahlrechtsreform abfinden werde, die das Maximum von 100 auf 20 Wahlstimmen herabsetzt. Ein solcher Vorschlag ist bereits in der schwedischen Presse erörtert worden, wird aber von der sozialdemokratischen natürlich einstimmig abgelehnt, zumal damit bei zweckentsprechender Einteilung der Steuerstufen leicht, statt einer Verbesserung, eine Verschlechterung des Wahlrechts herbeigeführt werden kann.

Uebrigens sind die Konservativen und Liberalen nicht in allen Städten so schlau gewesen, einem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Sie haben in einzelnen Städten eigene „Arbeiterkandidaten" aufgestellt, nämlich Mitglieder des Streikbrecherverbandes „Svenska Arbetarförbundet", und auch hier und da einen dieser Schädlinge der Arbeiterbewegung in den Stadtrat hineingebracht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kein Strafaufschub wegen der Reichstagswahlen und Hamburgischen Bürgerschaftswahlen ist dem Genossen Wabersky vom „Hamburger Echo" gewährt worden. Er hat am Sonnabend die fünfmonatige Gefängnisstrafe antreten müssen, die ihm zuerkannt worden ist, weil er in den Artikeln über die Polizeiaffäre am 17. Januar vorigen Jahres die Hamburger Polizeibehörde „beleidigt" haben soll. Möge er die Gefangenschaft gut überstehen und mit ungeschwächter Kraft in die Freiheit zurückkehren.

„Genosse Wabersky", so meldet das „Hamb. Echo", „hatte durch seinen Verteidiger den Oberstaatsanwalt ersuchen lassen, die Strafvollstreckung bis zum 15. Februar hinauszuschieben, weil er wegen der Reichstags- und Bürgerschaftswahlen bis dahin der Redaktion unabkömmlich sei und auch bei der Reichstagswahl seiner Pflicht als Staatsbürger nachzukommen wünsche. Dieser Antrag ist vom Oberstaatsanwalt — Keßler heißt der ewig lächelnde Herr — glatt abgelehnt, und gleichzeitig wurde Wabersky die Aufforderung zum Strafantritt zugestellt. Dabei war auf dem Formular die vorgedruckte Frist von acht Tagen, die fast jedem Dieb und Betrüger zugute kommt, ausgestrichen und durch das geschriebene und rot unterstrichene Wort „sofort" ersetzt.

Wenn der Herr Oberstaatsanwalt meint, dadurch uns in unserer Wahlarbeit zu stören, so irrt er sich sehr. Auch die Parteigenossen werden helfen, daß dieser Irrtum dem Oberankläger recht deutlich zu Gemüt geführt wird."

Genosse v. Lojewski von der Erfurter „Tribüne" hat am 2. Januar seine 11monatige Gefängnisstrafe angetreten. Die Erfurter „Tribüne" schreibt dazu:

„Elf Monate, rund ein Jahr, sperrt man ihn in eine 4 Schritt lange und 2½ Schritt breite Zelle, weil er als „Verantwortlicher" der „Tribüne" die Wahrheit gesagt hat, die das herrschende Klassenregiment bis auf den Tod fürchtet und als „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen" oder „Aufreizung" und „Beunruhigung der besitzenden Klassen" bestraft. Endlich soll unser Kollege einen Diener des Herrn, einen Pfarrer in Benshausen „beleidigt" haben, weshalb ihn der christliche Staat drei Monate bei Schwarzbrot und Erbsen einsperrt! Alles in allem 11 Monate. Welche Qualen das für einen Menschen bedeutet, der an geistige Tätigkeit gewöhnt und kein Verbrechen begangen hat, kann nur ermessen, wer all den Jammer der preußischen Gefängnis„kultur" durchgekostet hat. Wir wünschen unserem Kollegen von Herzen, daß er nicht allzusehr an seiner Gesundheit leiden möge.

Nun wohl! Einen Kämpfer hat man uns lahm gelegt, eine sozialdemokratische Stimme uns unterdrückt. Aber diese eine Stimme soll Früchte tragen! Wir als freie Kämpfer wollen nun alle doppelt und dreifach, nein tausendfach unsere Pflicht tun, damit dem herrschenden Gefängnissystem, das den freien Geist, das freie Wort knebelt, ein Urteil gesprochen wird, wie es noch niemals gesprochen wurde. Das Urteil der „Tribüne" wird das Urteil des Volkes werden! Auf, in den Wahlkampf!"

Sozialdemokraten sind rechtlos. Der Genosse Hemmer in Roßlingen (Elsaß) hatte mit einem Wirt in Roßbrücken vereinbart, daß dieser ihm seinen Saal zur Abhaltung einer Bergarbeiterversammlung überlasse. Für den Fall der Verweigerung des Saales verpflichtete sich der Wirt zur Zahlung einer Buße von 50 Mark. Bis zum Tage der Versammlung hatten sich aber die bekannten Einflüsse geltend gemacht und der Saalinhaber trat nicht nur vom Vertrag zurück, sondern lehnte auch die Zahlung der Entschädigungssumme ab. Vor Gericht zitiert, erklärte er, nicht gewußt zu haben, daß es sich um eine sozialdemokratische Veranstaltung gehandelt habe. Trotzdem der Kläger den Nachweis führte, daß nur rein gewerkschaftliche Fragen auf der Tagesordnung standen, glaubte das Gericht den beiden Zeugen, von denen der eine bezeichnenderweise ein Bergwerksdirektor war, und wies den Genossen Hemmer ab. Der Beklagte habe sich bei Eingehung des Vertrages in einem Irrtum befunden und deshalb sei der Vertrag ungültig. Das Schönste aber an dem Urteil ist ein Satz in der Begründung:

„Wenn nun auch Wirten, die dergleichen Versammlungen ihre Lokale zur Verfügung stellen, nicht ohne weiteres die Wirtschaftskonzession entzogen werden kann, so laufen diese Wirte doch leicht Gefahr, in den Verdacht zu kommen, selbst sozialdemokratisch gesinnt zu sein; des ferneren haben sie, was weiterer Ausführungen nicht bedarf, eventuell zu befürchten, **daß ihnen seitens der Polizei, seitens sonstiger Behörden, seitens des Militärs, seitens der Geistlichkeit, seitens Fabrik- und Bergwerksverwaltungen und so weiter, allerhand Schwierigkeiten bereitet werden und daß ein vielleicht ziemlich erheblicher Teil ihrer Kundschaft entweder freiwillig, um sich ihrerseits keine Unannehmlichkeiten zuzuziehen, ihre Wirtschaft meiden oder den Nichtbesuch derselben nahe legt oder ihren Besuch sogar direkt verboten erhält."**

Das Gericht hält es also für selbstverständlich, daß Wirten mit wirtschaftlichen Nachteilen gedroht wird, wenn sie ihre Lokale zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben. Ist das nicht Terrorismus? Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Gewerkschaftliches.

Ist die Zahlstelle einer Arbeiterorganisation ein selbständiger Verein?

In einer Wirtschaft zu Recklinghausen hatte eine Versammlung der dortigen Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes stattgefunden, deren Vorsitzender sich weigerte, das vorgeschriebene bezw. verlangte Mitgliederverzeichnis der Polizeibehörde einzureichen. Das Schöffengericht verurteilte den Vorsitzenden auf Grund der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zu Strafe. Auf die vom Angeklagten eingelegte Berufung hin hatte die Bochumer Strafkammer das Urteil aufgehoben und den Angeklagten freigesprochen. Weil aber der Staatsanwalt Revision einlegte, hatte sich das Kammergericht mit der Sache zu befassen. Es hob das freisprechende Urteil auf und verwies den Fall zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. In der jetzt stattgefundenen neuen Verhandlung hat die Bochumer Strafkammer die Berufung des Angeklagten verworfen. Er hat also Strafe und Kosten zu zahlen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Nachdem der Streik für die Siemens u. Halske- sowie Siemens-Schuckert-Werke aufgehoben ist, wird hiermit auch die Sperre über sämtliche Werke der Firmen aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Bewegung in der Holzindustrie.

Diese Woche ist die letzte unter der Gültigkeit des Vertrages, den der Holzarbeiterverband vor zwei Jahren mit den Unternehmerverbänden abschloß. Bekanntlich ist trotz langer Verhandlungen eine Erneuerung des Vertrages nicht zustande gekommen und die Unternehmer wollen deshalb am Sonnabend, den 12. Januar 10—11 000 Holzarbeiter aussperren, obwohl der bestehende Vertrag erst am 15. Januar zu Ende ist. Wenn sich in den wenigen Tagen bis zum Sonnabend nicht etwas Unvorhergesehenes zutragen sollte, dann werden die Unternehmer am Sonnabend den Kampf gegen den Holzarbeiterverband beginnen. Die neueste Nummer der „Fachzeitung", des Organs der Tischlermeister und Holzindustriellen, fordert denn auch die Meister auf, alle Vorbereitungen zum Kampfe zu treffen. Wir würden hierüber kein Wort gesagt haben, wenn nicht die „Fachzeitung", wie sie es schon in dem großen Kampfe vor zwei Jahren tat, auch jetzt wieder anfinge, ihren Lesern grobe Entstellungen der Tatsachen zu unterbreiten, die wir nicht unberücksichtigt lassen können. In der neuesten Nummer der „Fachzeitung" ist folgendes zu lesen:

„Wie wir erfahren, ist in einer am Donnerstagabend abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes die Entscheidung gefallen. Sie lautet dahin, daß der Kampf beginnen soll. Die Versammlung hielt alle Forderungen aufrecht. . . . In der Versammlung gab man sich der gewiß trügerischen Hoffnung hin, daß die in Berlin verbleibenden Gesellen wohl in hiesigen Werkstätten Unterschlupf finden würden."

Diese wenigen Zeilen enthalten mehrere handgreifliche Unwahrheiten. Die harmloseste ist noch die letzte, daß man sich der Hoffnung hingegeben habe, die in Berlin bleibenden Ausgesperrten würden in hiesigen Werkstätten Unterschlupf finden. Eine solche Hoffnung hat keiner der Redner ausgesprochen. Die Versammlung setzte vielmehr voraus, daß die von den Meistern beschlossene Aussperrung konsequent durchgeführt werde. Von dieser Annahme ausgehend, faßte die Versammlung ihre Beschlüsse in dem Bewußtsein, daß der Holzarbeiterverband, wenn ihm der Kampf aufgezwungen wird, denselben durchführen kann, auch wenn die Ausgesperrten in keiner Berliner Werkstatt „Unterschlupf finden". Die Versammlung hat also keine Hoffnung auf den Wankelmut der Meister gesetzt, sondern nur der Kraft ihrer Organisation vertraut.

Wenn die „Fachzeitung" in diesem Punkte etwas Unzutreffendes schreibt, so mag das der Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit ihres Zuträgers zuzuschreiben sein. Dagegen kommen die anderen bewußten Unwahrheiten auf das Konto der Redaktion der „Fachzeitung", denn sie weiß so gut wie wir, daß es nicht wahr ist, wenn sie schreibt, die Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes habe entschieden, daß der Kampf beginnen soll. Richtig ist vielmehr, daß die Verbände der Unternehmer schon vor mehreren Wochen beschlossen haben, daß der Kampf am 12. Januar beginnen soll, obgleich der bestehende Vertrag bis zum 15. Januar läuft. Diesen Beschluß haben die Unternehmer schon zu einer Zeit gefaßt, wo ihre Vertreter mit der Vertretung des Holzarbeiterverbandes wegen der Erneuerung des Vertrages noch in Verhandlung standen. Dagegen hat der Holzarbeiterverband in keinem Stadium der Verhandlungen und auch bis zum gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht gehabt, wegen der Vertragsfrage einen Kampf zu beginnen. Der Standpunkt des Verbandes ist vielmehr der, daß er auch jetzt noch zu Verhandlungen mit den Unternehmern bereit, andererseits aber auch nicht willens ist, dem Kampfe feige auszuweichen, wenn die Unternehmer denselben beginnen.

Eine weitere Unwahrheit sagt die „Fachzeitung" in den Worten: „Die Versammlung hielt alle Forderungen aufrecht." Durch diese Verdrehung soll bei den Meistern, die über den Gang der ganzen Angelegenheit nicht oder nur unvollkommen unterrichtet sind, der Glaube erweckt werden, als ob die Arbeiter, wie es sonst bei Lohnbewegungen der Fall ist, Forderungen gestellt haben, mit der Absicht, zu streiken, falls die Forderungen nicht bewilligt werden. Richtig ist dagegen, daß der Holzarbeiterverband den Vertrag zu erneuern, aber auch in einigen Punkten zu verbessern wünscht. Die Vertreter der Unternehmer aber lehnen jede Verbesserung ab, sie wollen den Wünschen der Arbeiter auch nicht im geringsten entgegenkommen und verlangen, daß die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen auf mehrere Jahre hinaus nicht verbessert werden sollen. Wenn trotzdem die „Fachzeitung" es, so hinzustellen sucht, als ob die Arbeiter zur Durchsetzung von Forderungen den Kampf beginnen wollen, so ist das eine Verdrehung, die sich nur daraus erklären läßt, daß die Redaktion der „Fachzeitung" sich bewußt ist, die Handlungsweise der Unternehmerverbände läßt sich vor der Oeffentlichkeit nicht rechtfertigen. Wer genötigt ist, für sein gutes Recht in den Kampf zu treten, der hat nicht nötig, seinen Mitkämpfern mit Unwahrheiten und Entstellungen unter die Augen zu treten. Da die „Fachzeitung" ihre Leser mit Entstellungen und Verdrehungen irre zu führen sucht, zeigt sie deutlich, wie schlecht es um die von ihr vertretene Sache bestellt ist. In Wirklichkeit verhält es sich so: die Vertreter der Unternehmer wollen einen großen Kampf gegen den Holzarbeiterverband ins Werk setzen. Nicht um Forderungen der Arbeiter abzuwehren, sondern um die Arbeiter für mehrere Jahre zum Verzicht auf jede Verbesserung zu zwingen. Ein Kampf aus solchen Ursachen und mit solchem Ziel läßt sich allerdings nicht rechtfertigen und deshalb sucht man die feststehenden Tatsachen zu verdrehen und zu verdunkeln.

Die ausgesperrten Automobilführer hielten am Montag morgen eine stark besuchte Versammlung im „Gewerkschaftshause" ab. Die Berichte von allen Garagen lauteten günstig; der Betrieb ruht überall da vollständig, wo ausgesperrt worden ist; die fünf Fahrer der Firma Bedag kommen kaum in Betracht. Die Hoffnung der Unternehmer auf ausreichenden Ersatz durch neue Kräfte erfüllt sich nicht. Den friedlichen Vorstellungen der Streikposten, die ein sehr wachsames Auge haben, zeigen sich diejenigen geneigt, die zuerst den Werbungen der Unternehmer folgen wollten, und sie schämen sich dann, als Streikbrecher die Garagen zu verlassen. Zuerst sprachen die großen Garagenbesitzer davon, daß 3000 stellenlose Kaufleute nur auf die Gelegenheit warten, den Posten eines Chauffeurs anzunehmen; jetzt merken sie, daß es nicht so leicht ist, sachverständige Leute als Streikbrecher zu bekommen. In den Reihen der vereinigten Unternehmer besteht viel Mißstimmung und Unzufriedenheit und auch viel Mißtrauen; denn die Besitzer der größeren Garagen stellen ihre Interessen als allein maßgebend hin, und die kleineren Unternehmer sind natürlich darüber ungehalten. „Wir haben gar nichts mehr zu sagen," meinte einer, „die paar Großen kommandieren bloß immer, was geschehen soll!" — Die Ausgesperrten waren auch nicht überrascht, als sie von einigen Firmen die Mitteilung erhielten, daß die alten Bedingungen wieder anerkannt wurden und daß die Führer ihre Stellungen wieder antreten möchten. Dem angegebenen Beispiel folgten andere aus der Vereinigung der Unternehmer selbst, die am Montagnachmittag um Unterredungen mit der zuständigen Kommission des Verbandes ersuchten. Diesem Wunsche wurde gern entsprochen, die Unterhandlungen finden statt. — Die Einigkeit, die unter den Ausgesperrten herrscht, ist mustergültig; von allen Leuten, die sich zuerst am Kampfe beteiligten, ist nicht ein einziger abtrünnig geworden. Ueber Belästigungen durch die Polizei haben sich die Streikposten — von einem kleinen Wortgefecht vor dem Bedagbetrieb abgesehen — nicht zu beklagen. Man erwartet, daß die Aussperrung nicht lange andauern wird. Die Führer erhalten ihre Unterstützung und können es eine gute Weile aushalten; vielen ist eine kleine Erholungspause von der die Nerven zerrüttenden Arbeit gar nicht unwillkommen. Den Unternehmern aber ist der täglich steigende Verlust, den sie zu erleiden haben, nichts weniger als angenehm, und der Wunsch, bald wieder Frieden zu machen, ist leicht verständlich. Für die Ausgesperrten kann der Frieden aber nur dann günstig abgeschlossen werden, wenn sie in ihrer festen, einigen Haltung beharren.

Deutsches Reich.

Die auf den „Westfälischen Stahlwerken" zu Bochum beschäftigten Maurer — 70 an der Zahl — haben ihre Kündigung eingereicht, weil die Werkleitung den Vertrauensleuten der Verbände wegen ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterorganisation die Kündigung zugehen ließ. Sämtliche Maurer sind organisiert; sie gehören zum Teil dem freien, zum Teil dem christlichen Verbande an. Beide Verbände haben die Sperre über das Werk verhängt.

Ausland.

Sieg der Straßenbahner Kopenhagens.

Wie uns ein Telegramm vom Sonntag meldet, ist der Streik der Straßenbahner Kopenhagens durch Annahme eines Vermittelungsvorschlages des Bürgermeisters Jacobi beendet worden. Die Arbeit ist bereits am Montagmorgen wieder aufgenommen worden. Mit einigen Abänderungen sind die Forderungen der Streikenden bewilligt. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung sind das Ergebnis des Kampfes.

Es liegt noch kein Bericht darüber vor, wie das neue Uebereinkommen im einzelnen beschaffen ist. Handelt es sich aber um dieselben Vorschläge, die Bürgermeister Jacobi kurz vor Ausbruch des Streiks machte, so zeigt es sich nur um so deutlicher, wie töricht es von den Gesellschaften war, den Streik heraufzubeschwören. Diese Vorschläge scheiterten damals an dem Widerstand der Gesellschaft gegen die Erhöhung des Jahreslohnes von 1440 auf 1600 Kronen für das Fahrpersonal im sechzehnten Dienstjahr. Man wollte nur 1550 Kronen als höchsten Lohn bewilligen. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 2 Stunden wollte man damals schon zugestehen. Billiger sind die Gesellschaften nun jedenfalls nicht davon gekommen. Die großen Verluste, die ihnen die fünf Streiktage gebracht haben, hätten bei etwas mehr Klugheit der Direktoren erspart werden können. Und es waren Schnee-, Regen- und Schmutzwettertage, die den Straßenbahnen außergewöhnlich hohe Einnahmen zu bringen pflegen. Der Widerstand gegen die Forderungen der Angestellten war um so törichter, als man mit Sicherheit annehmen kann, daß die Straßenbahnen bereits am 1. August 1908 von der Stadt Kopenhagen übernommen werden. Alle Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung und im Magistrat Kopenhagen sind dafür, daß der mit der Gesellschaft abgeschlossene Vertrag am 1. August 1907 gekündigt werde, und in der liberalen Gruppe ist die Stimmung eine solche, daß man auf eine starke Mehrheit für die Uebernahme der Bahnen rechnen kann. Gleichwohl hat die Gesellschaft bei den Verhandlungen stark darauf gedrungen, einen langfristigen Tarif abzuschließen, wenn möglich auf 5 Jahre.

Die Streikbrecherwerbung haben die Gesellschaften mit großem Eifer betrieben, aber der Erfolg war sehr gering. In den letzten Tagen konnten ein paar Wagen fahren, geführt von einigen Buchhaltern, Kontoristen, anderen Beamten der Straßenbahn und ähnlichen Leuten. Auch ein paar Studenten hatten sich zu diesem Streikbrecherdienst bereitgefunden. Die Gesellschaften hatten sich auch an die Studenten der Polytechnischen Lehranstalt gewandt; diese aber sollen das Ansinnen alle abgelehnt haben. Die dänischen Studenten sind ja größtenteils ziemlich aufgeklärte und freidenkende Menschen, die den Kämpfen der Arbeiterklasse sympathisch gegenüberstehen. Am Sonnabend erwartete man 6 deutsche Streikbrecher aus Berlin. Sie sind jedoch nicht eingetroffen.

Uebrigens hat sich die Straßenbahngesellschaft kontraktlich der Stadt Kopenhagen gegenüber verpflichtet, nur dänische Arbeitskräfte zu benutzen. Es wäre also den Deutschen kaum gestattet worden, dort die Schmach des Streikbruchs auf sich zu laden. Der Betrieb der wenigen Wagen, die man in Gang sehen konnte, war mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft. Die Streikbrecher waren offenbar nicht immer ihrer Aufgabe gewachsen. Ein Wagenführer wurde während der Fahrt ohnmächtig, und es war noch ein Glück, daß ihm ein anderer Streikbrecher zur Seite stand. Die Polizei war eifrig auf den Schutz der Streikbrecherwagen bedacht. In ganz geringen Abständen waren die befahrenen Linien mit Schutzleuten besetzt. Ausschreitungen kamen jedoch nur wenige vor. An einem Wagen wurden Fensterscheiben eingeworfen, und anderenorts waren Schuljungen auf den Gedanken verfallen, die Schienen mit grüner Faßseife zu beschmieren, so daß ein Wagen wiederholt zum Stehen gebracht wurde. Die Bevölkerung beschränkte sich im übrigen darauf, in Massen zu demonstrieren, durch Pfeifen und mehr oder minder zarte Zurufe ihren Unwillen gegen die Streikbrecher kund zu geben und Fahrlustige vor dem Besteigen der Wagen zu warnen.

Der Ausstand der italienischen Seeleute ist nach einem Herold-Telegramm beendet. Die Abfahrt der Dampfer erfolgt angeblich ohne Verzögerung.

Der englische Eisenbahnerverband ist in eine nationale Bewegung eingetreten, um bestimmte Forderungen durchzusetzen; diese Forderungen sind verschiedene für England, Schottland und Irland. Das Programm für England enthält u. a.: Der Achtstundentag für das gesamte Fahrpersonal, 10 Stunden Maximum für die übrigen Angestellten. Zwischen zwei Arbeitsschichten muß eine Ruhezeit von mindestens 9 Stunden sein. Ueberzeitarbeit ist mit einem Aufschlag von 25 Proz., Sonntagsarbeit mit einem solchen von 50 Proz. zu entlohnen. Eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Woche, für die Londoner Bediensteten 3 Schilling pro Woche.

Soziales.

Eine gutsherrliche Berichtigung.

Am 7. Dezember veröffentlichten wir das Schreiben eines Landarbeiters, der auf dem Gut Friedefeld bei Penenin in Pommern bedienstet war. Der Arbeiter, Vater von acht Kindern, schilderte in dem Briefe in ergreifender Weise seine Notlage, in die er durch das Dienstverhältnis als Gutstagelöhner gekommen war und wünschte weiter nichts, als daß der Gutsherr ihn von dem Kontrakt wieder entbinden und damit entlassen möge.

Des Gutsarbeiters und unser Wunsch ist erfüllt: Der Gutsbesitzer Borchert hat den Mann jetzt entlassen. Diese Tatsache teilt uns Herr Borchert nun in einem Briefe mit, der gleichzeitig als eine „Berichtigung" im Sinne des Preßgesetzes gedacht ist. Obgleich nun diese gutsherrliche Berichtigung den Voraussetzungen des § 11 des Preßgesetzes in keiner Weise entspricht, drucken wir das Schreiben dennoch mit Vergnügen ab. Wird darin doch gewissermaßen authentisch bestätigt, was wir über die elende Entlohnung und die trostlose soziale Lage der Landarbeiter von jeher gesagt haben. Das Schreiben des Gutsbesitzers Borchert lautet also:

Friedefeld, den 4. Januar 07.

An die Redaktion des „Vorwärts", Berlin.

In Nr. 285 Ihres Blattes des „Vorwärts" ist unter der Ueberschrift der Notschrei eines Landarbeiters ein angeblich von dem Arbeiter August B. verfaßtes Schreiben veröffentlicht. An dieses Schreiben werden von Ihnen Bemerkungen über die „Jammerlöhne, Sklaverei, eigentümliche Art des Abschlusses von Kontrakten" usw. geknüpft.

Ihre Ausführungen unterstellen die einseitige Angabe des Arbeiters August B. ohne weiteres als richtig. Sie sind aber in allen wesentlichen Punkten unwahr. „Der in seiner Einfachheit und Ungelenkigkeit geradezu erschütternd wirkende Brief" ist von dem Arbeiter August Baikowski, wie dieser vor Zeugen erklärt hat, nicht selbst verfaßt, sondern ihm von einem Handelsmann aufgesetzt und zwar so geschickt, daß die Redaktion an die Echtheit des Stils geglaubt hat. Aber nicht der Stil des Briefes, sondern die groben darin enthaltenen Unwahrheiten gaben mir Veranlassung, Veröffentlichung dieses Schreibens von Ihnen auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu fordern.

Der Arbeiter Baikowski ist bei mir im Oktober 1906 als Pferdeknecht in den Dienst getreten auf Grund eines schriftlichen Dienstvertrages vom 2. Oktober 1906, der durch Riebenstahls Vermittelungsbureau zu Berlin vereinbart ist. August Baikowski hat diesen Vertrag in Berlin eigenhändig unterschrieben. Der Vermittler hatte das vorher von mir unterschriebene Vertragsexemplar dort. Es ist also eine bewußte Unwahrheit, wenn August B. behauptet, der Vermittler hätte nicht gewußt, welchen Vertrag er ihm geben solle: „der Inspektor hätte den Vertrag vorgelesen und damit fertig".

August B. erhält nach dem Vertrage:

1. Eine Wohnung unentgeltlich, bestehend aus 1 Stube, 1 Kammer, 1 Kochgelaß, dazu Bodenraum sowie einen Garten.
2. Stallung für 2 alte Schweine und Ferkel, für 2 Ziegen und 10 Hühner.
3. Einen Magdeburger Morgen oder 60 Quadratruten Kartoffelland.
4. 28 Zentner Getreide, Roggen usw. (36 alte Scheffel).
5. Grasnutzung und Heuwerbung für zwei Ziegen.
6. Fuhren für Feuerungsmaterial kostenfrei.
7. 40 Zentner Briketts zur Feuerung.
8. Freie ärztliche Behandlung und Arznei für sich und seine Angehörigen.
9. Barlohn von 230 M.
10. Für jede Getreidefuhre Tantieme von 50 Pf.
11. Pro Tag 3 Liter Milch.

Richtig ist, daß zwei Kinder des Baikowski von 14 bis 16 Jahren, die klein und schwächlich, die ich nur aus Mitleid für die große Familie beschäftigte, einen Tagelohn von 60 und 50 Pf. erhalten haben. Ein älterer Junge bekam täglich 1 M.; er mußte entlassen werden, weil er Tiere quälte und die Inspektoren mit dem Revolver bedrohte.

Die Fütterung der Pferde beginnt um 4 Uhr morgens, nicht um 3 Uhr.

Die Arbeitszeit ist jetzt im Winter täglich nachmittags um 1/4 4 Uhr beendet. Krank ist B. nicht gewesen; nach Aussage des Arztes hat B. Krankheit simuliert. Trotzdem hat B. seinen Lohn und Deputat sowie Milch usw. voll und ohne Abzug erhalten.

Die Wohnung ist gesund und in gutem Zustand, nicht zu vergleichen mit den zum Teil elenden städtischen Kellerwohnungen der Arbeiter.

Seine Entlassung hat B. nicht von mir gefordert; er hätte sofort gehen können. Ich halte keine Leute, die sich bei mir nicht wohlfühlen und gebe ihnen auf Wunsch sofortige Entlassung.*) So auch hier, nachdem ich von dem Wunsch des B. durch Ihr Blatt Kenntnis erhalten habe, ist derselbe entlassen. Der Poststempel des Schreibens ist aus Ihrem Aufsatz nicht zu ersehen. Vermutlich hat B. den Brief Anfangs Dezember geschrieben.

Bis am 30. November hatte B. sich geben lassen: 20 Mark, dazu sind am 6. Oktober für ihn 24 Mark Reisegeld verauslagt. In Summa also hatte B. bis zum 1. Dezember an bar 44 Mark erhalten, nicht 10 Mark; dazu auch bereits an Deputat und Feuerung mehr als ihm zustand.

Hochachtend Borchert.

Ein Vergleich dieser „Berichtigung" mit dem von uns veröffentlichten Brief des Arbeiters Baikowski ergibt zur Genüge, daß die Schilderungen des Arbeiters „in allen wesentlichen Punkten" durchaus nicht unwahr sind. Was will es denn besagen, wenn der Arbeiter sich den Brief von einem Handelsmann hat schreiben lassen? Dadurch wird doch nur bewiesen, daß Baikowski schreibunkundig ist. Dann darf man sich aber auch gewiß nicht darüber wundern, wenn er gar nicht erfaßt hatte, was in dem Kontrakt, der ihm auf dem Riebenstahlschen Bureau vorgelegt wurde, eigentlich enthalten war, obwohl er ihn „eigenhändig unterschrieben" hatte. Eine „bewußte Unwahrheit" fällt dem Arbeiter keineswegs zur Last.

Herr Borchert bezeichnet die Wohnung des Arbeiters als „gesund und in gutem Zustand" befindlich, „nicht zu vergleichen mit den zum Teil elenden städtischen Kellerwohnungen der Arbeiter." Wir singen den elenden Keller- und Dachwohnungen in den Städten wahrlich keine Loblieder. Wenn man sich aber vergegenwärtigt, daß in der Friedefelder Gutswohnung, bestehend aus einer Stube, einer Kammer und einem wahrscheinlich sehr primitiven „Kochgelaß", das selbst Herr Borchert nicht einmal als Küche zu benamsen wagt, der Tagelöhner nebst seiner Frau und acht Kindern hausen mußten, dann erscheint es nur zu begreiflich, wenn der Mann diese Wohnung als dermaßen schlecht bezeichnet, „daß kein Vieh im Winter darin wohnen kann."

Vielleicht probierts Herr Gutsbesitzer Borchert mal selbst auf ein Jährchen, mit seiner Familie in einer derartig „gesunden und guten Wohnung" zu kampieren. Möglich, daß er dann zu ganz derselben Ansicht kommt, wie sein früherer Pferdeknecht. Nun soll aber die Arbeitszeit auf dem Gute jetzt im Winter täglich schon nachmittags 1/4 4 Uhr beendet sein. Glückliche Leute auf Friedefeld. Soviel wir aus eigener Erfahrung wissen, darf ein Pferdeknecht auf den Gütern das Abfüttern der ihm anvertrauten Tiere selbst während des Winters nicht vor 8 Uhr abends besorgen, und das Abfüttern ist doch auch eine Arbeit, die zur täglichen Arbeitszeit zugerechnet werden muß.

Das Interessanteste an der Berichtigung ist aber zweifellos die Aufzählung der dem Arbeiter gewährten Naturalien. Es fehlt nur noch, daß gesagt wird: Zudem erhält der Arbeiter des Tags frei Licht und des Nachts freie Bettwärme. Sonst ist alles da. Man denke, der Arbeiter bekommt freie Wohnung: Wert derselben höchstens 50 M. pro Jahr. Dann Stallung für Schweine, Ziegen und Hühner. Wovon soll sich der Arbeiter diese Tiere denn aber anschaffen? Der fürstliche Barlohn von 230 M. im Jahre reicht dazu doch nicht entfernt aus. Die Stallung hat also mindestens im ersten Jahre fast gar keinen Wert für ihn. Ebenso steht es mit der Grasnutzung und Heuwerbung für die zwei Ziegen, die der Mann ebenfalls nicht hat. Fuhren für Feuerungsmaterial kostenfrei, heißt es weiter. Natürlich, nur die Fuhren frei, denn das übrige Feuerungsmaterial außer den 40 Zentner gelieferter Briketts muß er selbst kaufen, alles von den berühmten 230 M. Aber für jede Getreidefuhre wird dem Pferdeknecht eine Tantieme von 50 Pf. gezahlt. Das reicht im günstigsten Falle gerade für Zehrungskosten bei der Getreidefuhre vom Gute nach der Stadt, zählt also nicht. Und die drei Liter Milch? Ja, wenn es die ausgefettete Schleudermilch aus der Gutsmeierei ist, wie sie den Deputatarbeitern auf den meisten Gütern heutzutage geliefert wird, so repräsentiert dieselbe einen örtlichen Wert von höchstens 4 Pf. pro Liter. Es kämen dann noch die 28 Zentner Getreide (Roggen usw.) und die 60 Quadratruten Kartoffelland. Auf das Getreide kann ein durchschnittlicher Wert von 8 M. pro Zentner berechnet werden. Das ist aber schon sehr hoch gegriffen, weil das Deputatkorn in der Regel meistens minderwertig ist. An Kartoffeln waren dem Arbeiter nach seiner eigenen Angabe 70 Zentner versprochen worden, weil das Kartoffelland wegen seines Dienstantritts im Herbst für ihn nicht mehr in Frage kam. Der Ortswert dieser „Tagelöhner-Kartoffeln" beziffert sich für gewöhnlich auf höchstens 1,20 M. pro Zentner. Damit würde sich also das Jahreseinkommen dieses Arbeiters wie folgt zusammensetzen:

Barlohn	230,— M.
Wert des Deputatgetreides .	224,— „
Wert der Kartoffeln	84,— „
Wert der Milch	43,80 „
Wert der Wohnung	50,— „
Wert der Briketts	40,— „
In Summa	671,80 M.

Wie würde es Herrn Gutsbesitzer Borchert auf Friedefeld wohl zu Mute werden, wenn er selbst bei schwerer Arbeit von früh bis spät mit einem solchen Jammerlohn das ganze Jahr hindurch auskommen sollte! Und da stellt er es noch obendrein so hin, als hätte der Arbeiter schon wunder was bekommen, als ihm für die Monate Oktober und November ganze lumpige 20 M. Vorschuß und auch bereits mehr an Deputat und Feuerung, als ihm zustand, gegeben wurden. Daß Herr Borchert zudem auch noch die verauslagten 24 M. Reisegeld in den Vorschuß mit einrechnet, kennzeichnet die agrarische Rechenkunst ganz besonders. Es ist unter diesen Umständen wahrhaftig kein Wunder, wenn sich der Arbeiter B. so schnell wie möglich aus den Gefilden von Friedefeld hinweg sehnte. Wenn aber Herr Borchert versichert, daß er keine Leute „hält", die sich bei ihm nicht wohlfühlen, so ist das ein durchaus löblicher Grundsatz. In diesem Spezialfalle war dem Arbeiter am meisten mit der Entlassung gedient, obwohl sie erst auf dem Umwege durch die „Vorwärts"-Kritik bewirkt wurde.

* (Was diese Behauptung, deren Richtigkeit nachzuprüfen wir keine Veranlassung haben, mit der Lage des entlassenen Landarbeiters zu tun hat, ist ein Geheimnis des Gutsbesitzers.)

Charlottenburg!

Dienstag, den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche Volksversammlungen

im Volkshause Rosinenstr. 3. | **Schulz' Festsäle** Kaiser Friedrichstr. 24.

250/1*

Tages-Ordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Referenten: **Kurt Baake** und **Paul Litfin.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Schöneberg.

Dienstag, den 8. Januar 1907, abends 8 Uhr:

2 öffentl. Wahlversammlungen

in den Lokalen:

E. Obst Fest-Säle, Meininger-Straße 8. | **Wilhelmshof,** Ebers-Straße 80.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referenten: Stadtv. **Fritz Zubell** und Stadtv. **Ernst Obst.**

15/1 Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Dienstag, den 8. Januar 1907, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7):

Versammlung

der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.

Tages-Ordnung: 1. Anträge zum 9. Verbandstage. 2. Nominierung eines Kandidaten zum Verbandstage. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig!

133/3* Der Sektionsvorstand. J. A.: H. Pufahl.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 10. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Zehn große Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11-13.
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151-152
Schweizer Garten, Am Friedrichshain.
Bockers Festsäle, Weberstr. 17.
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.
Hofjäger, Hasenheide 52-53.
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11.
Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße 58.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter.

Referenten: **Otto Dahlke, Georg Exner, Wilhelm Güth, Hermann Jack, Langhammer, Richard Leopold, Hermann Maaß, Karl Reiche, Heinrich Späthe und Franz Stusche.**

Mitgliedsbuch legitimiert.

77/8* Die Ortsverwaltung.

Nur bei geschloss. Bezug ein. Kommiss. von 19 verschied. Waren, lief. gemäss vollstdg. risikolos. Beding. uns. Fr. u. Gratisprosp. an Jedermann mit 8 pCt. Extra-Rabatt z. B.

Ia Kochzucker Pfd. 0,09

Ia ☐ Zucker Pfd. 0,13, II. Tafelsalz Pfd. 0,05, Schwedenp. Pack (10 Schacht.) 0,05 usw.

Deutsch. War.-Eink.-Ver. Berlin 47

Hoflager: Leipzigerstr. 101/102 (Equitable), Chausseestr. 1a, Oranienstr. 60, Kreuzbergstr. 39 (ab 15/11), Schöneberg, Hauptstr. 129.

52 Seit. stark. Hauptkatalog Preis 0,25 wird bei 1. Kommis.-Bezug zurückvergütet.

Ballkleider,

hocheleg. Tüll- u. Flitterroben, auf Seide gearbeitet, Straßenkostüme, Blusen, Jacketts, neu u. aus fürstlichen Häusern, Maßanfertigung, spottbillig. **Engels, Berlin N.,** Brunnenstr. 3 (am Rosenth. Tor). Tel. Amt III 6519.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Buger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Pächter

für neu eingerichtetes **Automat-Restaurant** gesucht.

Offerten **H. 7** Postamt 31.

Wer Stoff hat, fert. Herren-Anzug 20 M., ohne Konkurr. 2 Anpr., beste Zutat. Für guten Sitz gold. Medaille. Ludw. Engel, Prenzlauer Str. 23, II. Alexanderpl. Gegr. 1892.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Teilnehmer

an einem englischen Zirkel werden gesucht; wöchentlich zwei Stunden, monatlich 3 Mark. 3012Z*

Frau **G. Swienty-Liebknecht** Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

II. Wahlkreis.

Am Dienstag, den 8. Januar 1907, abends 8½ Uhr:

Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg. Referent: Der Kandidat des Kreises **R. Fischer.**
Viktoria-Brauerei, Lützowstraße 111/112. Referent: Parteisekretär **Fr. Ebert.**

Tages-Ordnung:

1. Die Reichstagswahl. 2. Diskussion.

Frauen haben Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet 238/2*

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

3. Wahlkreis.

Dienstag, den 8. Januar 1907, abends 8 Uhr:

2 öffentliche Wählerversammlungen

in den Lokalen

Etablissement **Buggenhagen,** am Moritzplatz. | **Franke's Festsäle,** Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung: 240/2*

1. **Die bevorstehenden Reichstagswahlen.** 2. Freie Aussprache.

Referenten: Stadtv. **Wilh. Pfannkuch** und der Kandidat des Kreises Rechtsanwalt **Wolfgang Heine.**
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

4. Wahlkreis.

Dienstag, den 8. Januar, abends 8 Uhr

Oeffentliche Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
Elysium, Landsberger Allee 156.
Litfin, Memelerstr. 67.
Markgrafensäle, Markgrafendamm.
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c
Boeker, Weberstr. 17.
Drachenburg, Vor dem Schlesischen Tor.
Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
Graumann, Nannynstr. 27.
Urania, Wrangelstr. 9/10.

Tages-Ordnung:

1. **„Die Bedeutung des bevorstehenden Wahlkampfes".**
2. Freie Diskussion. 242/1*

Referenten sind: **H. Heimann. A. Ritter. W. Kubig. W. Schenk. H. Müller. Fr. Müntner. R. Augustin. Fr. Kunze. Th. Fischer. P. M. Grempe.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

VI. Wahlkreis.

4 öffentliche Wähler-Versammlungen.

Dienstag, den 8. Januar, abends 8 Uhr:

Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße 42.
Kösliner Hof, Köslinerstr. 8.
Artushof, Perlebergerstr. 26.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47–49.

Tages-Ordnung:

Der Reichstags-Wahlkampf.

Referenten sind die Genossen: **Jul. Borchard, Bernh. Bruns, Dupont, Paul Hirsch, Ledebour, Ströbel.**

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

216/4* **Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen

Berlin C., 34932*
30. Linien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm u. weich am Körper

6. Wahlkreis.

Genossinnen und Genossen!

Dienstag, den 8. Januar 1907, abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokale von Ballschmieder, Badstr. 16.

Tages-Ordnung:

Das Volk hat's Wort! Referent: Gen. Kurt Heinig.
2. Diskussion. 1/1*

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Vertrauensperson.**

Achtung! 5. Kreis. Achtung!

Mittwochabend 8 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17–18:

Oeffentliche Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. **Der sterbende Freisinn.** 2. Diskussion. Ref.: Genosse **Wolfgang Heine.**

Alle Wähler sind eingeladen. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.

General-Versammlung

am **Donnerstag, den 10. Januar, abends 8½ Uhr,** bei **Obst,** Meiningerstraße Nr. 8.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Kontrollkommission. 2. Kassenbericht. 3. Beschlußfassung über die Erhebung eines Extrabeitrages. 4. Wahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 5. Wahl eines Vergnügungskomitees. 6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Es ist **unbedingte** Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen.

77/9 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

Bezirk 1. **Donnerstag, den 10. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,** bei **Stuhlmann,** Nordufer 10.
„ 2. **Freitag, den 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,** bei **Mothes,** Hussitenstr. 40.
„ 3. **Freitag, den 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,** bei **Feind,** Weinstr. 11.
„ 4. **Donnerstag, den 10. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,** bei **Passoke,** Nannynstr. 6.
„ 5. **Donnerstag, den 10. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,** bei **Donath,** Schönleinstr. 6.
„ 6. **Freitag, den 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,** bei **Liehr,** Grenadierstr. 14.

69/2 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 11. Januar 1907, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen

der **Maurer,** der **Sektion der Putzer,** der **Gips- und Zementbranche** sowie der **Fliesenleger**

bei **Freyer** (früher **Keller**), Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. **Aufstellung der Delegierten zum neunten Verbandstag.** 2. **Anträge zum Verbandstag.** 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch resp. Legitimationskarte legitimiert.

NB. Da wir mit Rücksicht auf die uns bevorstehenden Reichstagswahlen zur Erledigung gewerkschaftlicher Angelegenheiten nur in ganz dringenden Fällen Versammlungen einberufen und die zur Erledigung obiger Tagesordnung sich notwendig gemachte Versammlung als solche bezeichnet werden muß, ersuchen wir die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen. 136/2*

Der Zweigvereins-Vorstand. J. A.: **E. Thöns.**

General-Versammlung

der

Liepnerschen Sterbe- u. Kranken-Unterstützungskasse Nr. 28

am **Mittwoch,** den 16. Januar 1907, abends 8 Uhr, im **Kassenlokal,** Linienstraße 19.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht der Revisoren.
2. Neuwahl des ausscheidenden Vorstehers.
3. Neuwahl d. ausscheidenden Revisors.
4. Besprechung über § 34 der Satzung.

765b **Der Vorstand.**

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Zähne 2 Mk. 12 Jahre Garantie! Sprechstunde 9–7. Vollst. schmerzl. Behandl. Zahnz., Plombieren 1 Mk. Reparaturen sofort.

Zähne 2 Mark. Wöchentl. Teilzahlung.

Deutsch-Amerikanische Zahnklinik, 45. Prinzenstraße 45.

Achtung! Lederarbeiter. Achtung!

Filiale Berlin I.

Donnerstag, den 10. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im Marienbad, Badstr. 35/36:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über die Verschmelzungsfrage. 2. Vorstandsbericht. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches sowie pünktliches Erscheinen ist Pflicht. 285/5

Der Vorstand. J. A.: **P. Runge.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Vierter Wahlkreis.

Der vierte Wahlkreis gehört zu den Trauben, die den freisinnigen Füchsen zu sauer sind. Die Frucht hängt ihnen zu hoch, weil im vierten Wahlkreise die Arbeiterbevölkerung zu stark vertreten ist. So viel Einsicht haben die freisinnigen Bauchrutscher doch noch, daß sie keinen Arbeiter für duselig genug halten, sich zu den politischen Eunuchen zu gesellen. Das Mandat im vierten Wahlkreise ist uns wohl sicher, aber die Genossinnen und Genossen werden sich doch anstrengen müssen, wenn sie wiederum mit den günstigsten Wahlziffern aufwarten wollen. In den anderen Kreisen wird man diesmal alles daran setzen, um den letzten Mann an die Urne heranzubringen. Und auch im vierten Wahlkreise muß man daran denken, daß gegenüber den staatsstreichlerischen Drohungen, die aus Bülows Silvesterbrief hervorlugen, die beste Antwort ein gewaltiges Anschwellen der sozialistischen Stimmen ist. Je vielstimmiger es der herrschenden Gesellschaft und ihrer Geschäftsführerin, der Regierung, am 25. Januar in die Ohren gellt: Nieder mit der Klassenherrschaft, desto mehr ist die Gewähr gegeben, daß wir in ruhiger Entwickelung dem Ziele der Sozialdemokratie näher kommen. Würde ein großer Teil der Arbeiterschaft auf die Bülowschen Rattenfängermelodien hereinfallen, würde der Ausfall der Wahl nicht unzweifelhaft dartun, daß die Sozialdemokratie unaufhaltsam vorwärts marschiert, ließe das Wahlresultat auch nur entfernt den Gedanken zu, die Sozialdemokratie könnte zurückgedrängt werden, dann ist des Volkes Wohl und Freiheit bedroht. Dann wird man sich sagen: nun ist es Zeit zu einem Attentat auf die Volksrechte! — Am 25. Januar wird abgestimmt für oder gegen Preßfreiheit, Koalitions-, Versammlungs-, Streik- und gleiches, geheimes Wahlrecht. Darum muß jede Stimme für die Sache der Freiheit, der Wohlfahrt des Volkes herangeholt werden. Jede Stimme ist diesmal von Bedeutung, jede Stimme, die nicht für den Kandidaten der Sozialdemokratie, unseren Genossen Singer abgegeben wird, zählt für — die Gegner, votiert für Arbeiterknebelung, Wahlrechtsraub.

Im Lichte der Statistik macht der vierte Wahlkreis einen sehr vorteilhaften Eindruck. Sorgen wir dafür, daß es nicht nur so bleibt, daß es noch besser wird. Es erzielten gültige Stimmen:

Jahr	Hauptwahl: Sozialdemokratie	Hauptwahl: Fortschrittspartei Freisinn	Hauptwahl: Konservativ-natlib. Gruppe	Hauptwahl: Versch. Parteien	Stichwahl: Sozialdemokratie	Stichwahl: Freisinn
1871 . .	1 104	3 580	197	1530	—	—
1874 . .	3 860	6 121	—	890	—	—
1877 . .	10 769	7 001	190	1132	—	—
1878 . .	20 224	16 646	3 001	694	22 020	20 182
1881 . .	13 573	19 527	8 270	186	18 979	19 031
1884 . .	25 386	13 524	10 784	218	—	—
1887 . .	32 064	10 349	13 858	—	—	—
1890 . .	40 709	14 267	317	696	—	—
1893 . .	46 356	9 768	7 710	869	—	—
1898 . .	45 293	7 811	7 472	1256	—	—
1903 . .	68 758	9 006	8 651	2820	—	—

Im vierten Wahlkreise war nur zweimal eine Nachwahl erforderlich, und der Freisinn, dem bereits im Jahre 1877 das Mandat abgenommen war, konnte nur noch einmal, in dem für uns so unglücklichen Wahljahr 1881, das Mandat zurückerobern, aber es bedurfte dazu des Zusammengehens aller bürgerlichen Parteien. Seit 1884 hat unser Genosse Singer schon jedesmal in der Hauptwahl das Mandat erobert und das Stimmenverhältnis hat sich fortgesetzt zu unseren Gunsten verschoben, wie die folgende Tabelle erkennen läßt:

Jahr	Zahl der Wahlberechtigten	Abgegebene gültige Stimmen überhaupt	Abgegebene gültige Stimmen in Proz.	Für die Sozialdemokratie wurden Stimmen abgegeben in Prozenten d. Wahlberecht.	Für die Sozialdemokratie wurden Stimmen abgegeben in Prozenten d. Wähler
1871	—	6 411	—	—	17,22
1874	—	10 371	—	—	36,92
1877	—	19 092	—	—	55,93
1878	—	40 565	—	—	49,82
1881	—	41 556	—	—	32,63
1884	72 100	49 889	69,4	35,20	50,88
1887	79 222	56 298	71,5	40,47	56,95
1890	89 280	56 168	63,3	45,59	72,48
1893	93 036	64 961	70,1	49,82	71,36
1898	96 924	61 967	64,1	46,73	73,09
1903	115 851	89 294	77,5	59 35	77,00

So günstig für uns die Ziffern des letzten Jahres, so unzweifelhaft wir fortgesetzt unsere Machtbasis erweitert haben, die Resultate veranlassen doch zu einigen kritischen Bemerkungen. Im Jahre 1903 sehen wir neben der stärksten Wahlbeteiligung überhaupt auch das beste Prozentverhältnis für uns. 59,35 Proz. der Wahlberechtigten, 77,00 Proz. der Wähler stimmten für den Kandidaten der Sozialdemokratie. Die schlechtere Wahlbeteiligung in den Vorjahren hat zweifellos das Resultat für uns ungünstig beeinflußt. Ganz zweifelsfrei erkennt man das bei einem Vergleich der Ziffern von 1893 und 1898. Die Prozentzahl der überhaupt abgegebenen gültigen Stimmen ging von 70,1 auf 64,1 zurück, gleichzeitig sank aber auch die für uns abgegebene Stimmenzahl von 49,82 Prozent der Wahlberechtigten auf 46,73 Prozent. Wenn man weiter berücksichtigt, daß wir zum erstenmal bei der Wahl im Jahre 1903 über 50 Prozent der Wahlberechtigten für unseren Kandidaten an die Wahlurne brachten, dann haben wir wirklich keine Veranlassung, irgend etwas in der Agitation und Organisation zu versäumen.

Es kann und muß gelingen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und damit absolut und relativ eine Steigerung unserer Stimmenzahl zu erzielen. Es ist zu bedenken, daß bei der Summierung der im Reiche für die Partei abgegebenen Stimmen alle Stimmen gleich schwer wiegen, ganz egal ob sie mit leichter Mühe im vierten Wahlkreise oder unter unendlichen Mühen in einem pechschwarzen Reste oder in einem ostelbischen Paradiese aufgebracht worden sind. Sorgen wir also dafür, daß unser Genosse Singer nicht nur gewählt wird, sondern mit noch glänzenderer Majorität als bisher schon als Sieger aus der Schlacht hervorgeht.

Die bisherigen Vertreter des Kreises waren: 1871—74 Runge (Fortschrittsmann); 1874—77 Dr. Eberty I (Fortschrittsmann); 1878—81 Fritsche (Sozialdemokrat); 1881—84 Träger (Fortschrittsmann); von 1884 bis jetzt ununterbrochen Singer (Sozialdemokrat).

Im Jahre 1884 stimmten für Genossen Singer 35,20 Proz. der Wahlberechtigten! Genossinnen, Genossen, bei intensiver Arbeit muß es gelingen, die Prozentziffer zu verdoppeln. Ein solches Resultat wäre eine prächtige Antwort auf des schönen Bernhards papiernen Sturm gegen die Sozialdemokratie und eine lustige Parodie auf die Frühlingsträume der Krückenmänner.

Genossinnen, Genossen! Auf zur lustigen Treibjagd auf — Freisinnswild!

•

Vom unentwegten Freisinn.

Für den Wahlkampf in Berlin setzen die Freisinnigen ihre besten Hoffnungen auf den ersten Kreis, den sie vor drei Jahren als den einzigen der königlich-kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt noch behaupten konnten. Stadtverordneter Kämpf, der Freisinnskandidat im ersten Kreis, sprach am Sonntag vor einer Versammlung freisinniger Wähler und äußerte sich recht zuversichtlich. Er erzählte, dem Freisinn stehe überhaupt ein neuer Aufschwung bevor und er habe noch eine Zukunft zu erwarten. Nachdem die Regierung sich endlich entschlossen habe, mit dem Zentrum zu brechen, sei für die freisinnigen Parteien der Zeitpunkt gekommen, mehr Einfluß auf die Gesetzgebung und auch auf die Verwaltung zu gewinnen. Die freisinnige Volkspartei sei aber in ihren Grundsätzen die alte geblieben und habe keinerlei Schwenkung nach rechts gemacht, auch nicht in der Kolonialpolitik. Auch in diesem Wahlkampf brauche sie nicht, wie man ihr vorwerfe, die Regierung um eine Wahlparole „anzuwinseln“. Sie gehe nach wie vor ihren eigenen Weg.

Die alte geblieben ist die freisinnige Volkspartei vor allem in ihrer Stellung zum Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung aus Kapitalsfesseln. Sie haßt uns Sozialdemokraten in erster Linie deshalb, weil die Arbeiter nur auf die Sozialdemokratie zählen dürfen, wenn sie ihre Lage bereits im Gegenwartsstaat verbessern wollen — verbessern auch gegen den Willen eines machtbewußten Unternehmertums. Herr Kämpf, der Freisinnskandidat, sprach da von „Verhetzung der Arbeitnehmer gegen ihre Arbeitgeber“; das ist das alte Schlagwort, mit dem der Freisinn selber gegen jede ihm unbequeme gewerkschaftliche Tätigkeit „hetzt“. Ueber die Zustände, die einmal im „Zukunftsstaat“ herrschen würden, trug der Redner unentwegt seine „ollen Kamellen“ vor. Es müsse doch jedem die Möglichkeit erhalten bleiben, sich selber vorwärts zu bringen. Im „Zukunftsstaat“ werde es das nicht geben, aber im Gegenwartsstaat habe jeder diese Möglichkeit. Wer lacht da!? In den Flugblättern der Sozialdemokratie würden übrigens, so behauptete Kämpf, die Endziele verhüllt. Zwar sei vor acht Tagen in einer von der Sozialdemokratie einberufenen Wählerversammlung des ersten Kreises das sozialdemokratische Programm unter die Besucher verteilt worden. Aber da handele es sich ja nur um die Versammlungsteilnehmer, während die große Masse, zu der in den Flugblättern gesprochen werde, nichts vom Programm erfahre. Fast in demselben Atemzug äußerte sich dann Herr Kämpf folgendermaßen (wörtlich) über Absicht und Wirkung jener Programmverteilung: „Unsere guten freisinnigen Grundsätze sind uns zu schade dazu, als Lockvögel zu dienen, um Unwissende zur Partei zu bekehren, wie die Sozialdemokratie es tut.“ Ja, was will er denn dann!? Erst wirft er nach altem freisinnigen Brauch der Sozialdemokratie vor, daß sie ihre Endziele „verhülle“, und hinterher rümpft er darüber die Nase, daß sie ihre Forderungen als „Lockvögel“ benutze. Dieser Widerspruch zeigt, wie sehr durch jene Programmverteilung den Freisinnsagitatoren das Konzept verdorben worden ist.

Unter den „guten freisinnigen Grundsätzen“, die der Redner aufzählte, war auch der: „Wir treten ein für das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht, wie immer.“ Herr Kämpf vergaß, hier hinzuzufügen, ob er dieses Wahlrecht nur für den Reichstag oder auch für den Landtag als wünschenswert ansieht. Uns fällt da eine Aeußerung ein, die Herr Kämpf im Jahre 1903 als Reichstagskandidat für Berlin I in einer Versammlung freisinniger Reichstagswähler tat. Er sprach (wörtlich) von dem „Einfluß in Gesetzgebung und Verwaltung“, der „dem freisinnigen Bürgertum gebührt nach seiner Zahl, seiner Intelligenz und nach seiner Steuerkraft.“ Diese Aeußerung, die mit der Forderung allgemeinen, gleichen Wahlrechts schwer in Einklang zu bringen ist, wurde damals im „Vorwärts“ auf Grund einer uns zur Verfügung gestellten stenographischen Aufnahme der Kämpfschen Rede sofort festgenagelt. Hält Herr Kämpf, der Freisinnskandidat, auch heute noch unentwegt daran fest, daß der Einfluß des freisinnigen Bürgertums auf Gesetzgebung und Verwaltung nach der Steuerkraft bemessen werden soll?

In der Versammlung vom Sonntag endete Herrn Kämpfs Kandidatenrede mit der Versicherung, der Freisinn werde seine Grundsätze niemals aufgeben, und diese Grundsätze würden schließlich doch zur Geltung kommen müssen. Diesem Ziele werde man sich nähern, wenn der Wahlkampf — wie er es erwarte — zu einer anderen Gruppierung der Parteien führe. Daß der Freisinn unentwegt an seinen Grundsätzen festhalten wolle und daneben die Hoffnung hege, endlich einmal als regierungsfähig anerkannt zu werden, das wurde dann auch in der Diskussion immer wieder betont. Nach Kämpf tat das der freisinnig-volksparteiliche Justizrat Träger, der im übrigen die für diesen Wahlkampf erreichte Einigung der Liberalen pries. Landtagsabgeordneter Broemel als Vertreter der freisinnigen Vereinigung versprach der freisinnigen Volkspartei alle Hülfe, und seinem Beispiel folgte im Auftrage der Jungnationalliberalen Herr Dr. Schacht. Zuletzt gab es noch eine Ansprache des Stadtverordneten Cassel, der die Hauptbestandteile seiner in Berlin V gehaltenen Kandidatenrede noch einmal aufsagte.

Herr Cassel schloß hier in Berlin I mit einem besonderen Trumpf, mit der Andeutung, daß es an gewisser Stelle sehr verstimmend wirken müßte, wenn die Sozialdemokratie nun auch noch im ersten Kreis siegte. „Glauben Sie,“ fragte er, „daß uns das nützen würde, wenn am 25. Januar sogar über diesem Kreis das rote Banner wehen sollte?“ Auch hierin zeigte sich wieder die Unentwegtheit des Freisinns. Denn es ist Freisinnsart, vor solchen Verstimmungen mehr als vor allem anderen zu zittern. Darum sucht man ja auch in der Berliner Gemeindeverwaltung möglichst alles zu vermeiden, was „oben“ anstoßen könnte. Unseren Genossen in Berlin I fällt die Aufgabe zu, diesen Freisinn hinaus zu peitschen aus dem letzten Schlupfwinkel, der ihm in der Residenz bisher noch geblieben ist. Möge sie ihnen gelingen!

•

Zu Wahlkommissaren für die Reichstagswahlen in Berlin sind ernannt: für den ersten Wahlkreis Stadtrat Dr. Weigert, für den zweiten Wahlkreis Stadtrat Kalisch, für den dritten Wahlkreis Stadtrat Benzky, für den vierten Wahlkreis Stadtrat Tourbié, für den fünften Wahlkreis Stadtrat Wagner, für den sechsten Wahlkreis Stadtrat Gehricke. — Zu Vertretern im Falle der Behinderung eines der Wahlkommissare sind die Stadträte Mielenz und Bohm ernannt.

Die Wählerlisten

in Berlin sind von etwa 207 000 Personen eingesehen worden, während im Jahre 1903 nur 98 000 Personen von der Einsichtnahme Gebrauch machten. Einsprüche sind erhoben worden 8700; im Jahre 1903 waren es 3200. Ueber diese 8700 Einsprüchen hat der Magistrat bis zum Freitag, den 18. Januar, an welchem Tage die Wählerlisten endgültig abgeschlossen werden müssen, Entscheidung zu treffen.

Aus dieser großen Zahl der Einsprüche geht deutlich hervor, wie notwendig die Einsichtnahme ist. Genauer wird das erst zu erkennen sein, wenn der Magistrat über die Einsprüche entschieden hat.

Gegnerische Kandidaten.

Im zweiten Wahlkreise ist zu der Bürgermeisterkandidatur noch eine von den Konservativen hinzugefügt worden in der Person des Renommierarbeiters Reinhardt. Reinhardt machte schon im letzten Wahlkampfe von sich reden, indem er als Aucharbeiter in den verschiedensten Wahlkreisen als Wanderredner umherzog. Im zweiten Kreise wurde er für den damaligen konservativen Kandidaten Herrn v. Wentstern verwandt und jetzt will er das Erbe Wentsterns antreten. Die „Staatsbürger-Zeitung“, die ihn besonders ins Herz geschlossen hat, empfiehlt den Herrn sehr warm, indem sie schreibt:

„Für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis haben die Konservativen den aus der Reichstagswahl 1903 wohlbekannten Arbeiter Reinhardt als Kandidaten aufgestellt, einen Mann, der sich durch sein tatkräftiges Auftreten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Achtung und das Vertrauen aller Stände erworben hat. Man darf wohl erwarten, daß alle königstreuen patriotischen Männer diese Kandidatur mit Eifer unterstützen werden.“

Eine Renommier-Kandidatur

scheint die des Bodenreformers Damaschke für den ersten Wahlkreis zu sein. Da diese Kandidatur keine Beachtung findet, suchen ihre „Anhänger“ auf jedmögliche Weise Reklame zu machen. Das glaubten sie am besten zu erreichen, indem sie unseren Genossen Dr. Arons, den sozialdemokratischen Kandidaten für den ersten Wahlkreis, zu einer öffentlichen Disputation mit Damaschke aufforderten und von dieser großen Tat die Presse sofort unterrichteten. Die Aufforderung lautet:

Unabhängiger Wahlausschuß für den I. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Berlin NW. 23, den 3. Januar 1907.
Lessingstr. 11.
Fernsprecher II, 1451.

Herrn Dr. Leo Arons.
NW. 23, Brücken-Allee 2.

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ über Ihre Versammlung im Feenpalast sind über die Stellung unseres Kandidaten zu wichtigen Fragen unzutreffende Darlegungen gegeben worden. Um der Wahrheit zu dienen schlagen wir Ihnen im Einverständnis mit Herrn Damaschke eine öffentliche Disputation mit demselben vor. Bedingung wäre, daß die Leitung der Versammlung gleichmäßig zwischen Ihnen und uns verteilt wäre, daß nur die beiden Kandidaten das Wort hätten, und zwar zuerst je 30, dann je 15 Minuten, und endlich, daß nur Wähler des ersten Reichstagswahlkreises Zutritt hätten. Als Versammlungslokal würde uns der Feenpalast an einem von Ihnen zu bestimmenden Sonntage passend erscheinen.

Hochachtungsvoll
Der Schriftführer des Unabhängigen Wahlausschusses
Dr. jur. Karl Polenske, Lessingstr. 10.

Genosse Dr. Arons hat daraufhin folgende Antwort gegeben:

Berlin, den 5. Januar 1907.

Herrn Dr. jur. Karl Polenske
Berlin.

Der Ernst des Wahlkampfes erlaubt mir nicht, meine Zeit und meinen Namen dazu herzugeben, daß Herr Damaschke vor einer vollen Versammlung spricht.

In unserer Feenpalast-Versammlung ist auf Grund der Aeußerungen von Herren, die Herrn Damaschke als ihren Kandidaten bezeichneten, lediglich festgestellt worden, daß außer in bezug auf die Wohnungsfrage die Stellung des Herrn Damaschke zweifelhaft sei. Wenn mir Herr Damaschke schriftlich mitteilen will, daß er ein unbedingter Gegner aller Lebensmittelzölle ist und den Kampf gegen die Fleischtenerung, wie ihn die Sozialdemokratie, ja auch die Freisinnigen bisher, führten, voll und ganz billigt, bin ich bereit, von dieser Mitteilung in der nächsten öffentlichen Versammlung Kenntnis zu geben.

Hochachtungsvoll
Dr. Leo Arons.

Wenn es Herrn Damaschke durchaus nach einer Diskussion mit Genossen Arons gelüstet, warum besucht er nicht die Wählerversammlungen, die von unserer Partei einberufen werden? Dort fände er in der Debatte sicher Gelegenheit, seine Ansichten darzulegen. Schaustellungen muß Herr Damaschke schon ohne unsere Genossen veranstalten.

Die Polen Groß-Berlins haben in einer polnischen Wählerversammlung den bisherigen Reichstagsabgeordneten Leon v. Czarlinski als Zählkandidaten aufgestellt.

Wählerversammlungen.

Zu Dienstag, den 8. Januar, also heute, sind folgende Wählerversammlungen einberufen:

Im 2. Wahlkreise spricht der Kandidat des Kreises, Genosse R. Fischer in der Bockbrauerei, Tempelhofer Berg; in der Viktoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112, referiert Genosse Fr. Ebert.

Für den 3. Wahlkreis sind ebenfalls zwei Versammlungen arrangiert und zwar in den Lokalen Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz und in Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39. Referenten sind die Genossen Wilh. Pfannkuch und Wolfgang Heine.

Der 4. Wahlkreis hält 10 Versammlungen ab, in denen die Bedeutung des Wahlkampfes erörtert werden soll und finden die Versammlungen in folgenden Lokalen statt: Kellers Festsäle, Koppenstraße 29, Elysium, Landsberger Allee 40, Litfin, Memelerstr. 67, Markgrafensäle, Markgrafendamm, Englischer Garten, Alexanderstraße 27c, Boeker, Weberstr. 17, Drachenburg, Vor dem Schlesischen Tor, Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, Graumann, Raumynstr. 27 und Urania, Wrangelstr. 9/10. Es referieren die Genossen: Heimann, A. Ritter, W. Kubig, W. Schenk, Müller, Fr. Müntner, R. Augustin, Fr. Kunze, Th. Fischer, W. Grempe.

Außerdem findet für die Bezirke im 4. Wahlkreise, die in Niederbarnim wählen, das sogenannte Ochsenkopfviertel, eine Versammlung in den „Prachtsälen des Ostens“, Frankfurter Allee 151/152, statt, in der der Kandidat, Genosse Stadthagen, das Referat hält.

Der sechste Kreis hat vier Versammlungen und zwar in den Lokalen: Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42, Kösliner Hof, Köslinerstr. 8, Arnshof, Perlebergerstr. 26 und Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49.

Zu Mittwoch hat der fünfte Kreis eine Wählerversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18 geplant. Hier wird Genosse Heine referieren über das Thema: Der sterbende Freisinn.

Kreis Teltow.

Britz. Eine stark besuchte, vom sozialdemokratischen Wahlkomitee einberufene Volksversammlung nahm am Sonntagnachmittag im Lokal von Gorsky, Chausseestr. 18, zur bevorstehenden Reichstagswahl Stellung. Nachdem der Gesangverein „Britz“ durch

„Empor zum Licht" die Versammlung eingeleitet, nahm der Referent Genosse Rehbein das Wort zu seinem Vortrag „Die Reichstagswahl". In seiner 1½stündigen Rede berührte er die Ursache der Reichstagsauflösung und übte dann eine scharfe Kritik an dem wüstelosen Verhalten aller bürgerlichen Parteien, wodurch in Deutschland die kulturwidrigsten Zustände herbeigeführt worden seien. Daß der Referent den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies die stürmische Zustimmung, die er nach der Aufforderung, am 25. Januar dadurch zu quittieren, daß der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse F. Zubeil, mit überwältigender Mehrheit gewählt werde, erntete. In der Diskussion sprachen noch im Sinne des Referats die Genossin Bäumler und Genosse Kimmritz. Nachdem der Gesangverein „Britz" noch das Lied „Daß wir als Menschen Brüder sind" vorgetragen, erfolgte Schluß der Versammlung.

In Miersdorf referierte am Sonntag im neugewonnenen Lokal von Ernst Lier Genosse Hirsch-Charlottenburg. Die Versammlung, die erste am Orte überhaupt, war von etwa 120 Personen, darunter viele Frauen, besucht. Das Referat, in dem der Redner an der Zoll- und Wucherpolitik, der Kolonialmißwirtschaft, dem persönlichen und Polizei-Regiment schneidende Kritik übte und zur Wiederwahl des bewährten Genossen Zubeil aufforderte, löste bei den Versammelten stürmischen Beifall aus. Eine andere Wirkung aber schien es bei den beiden überwachenden Gendarmen zu haben. Als bei verschiedenen Gelegenheiten aus der Versammlung einige Zwischenrufe ertönten, forderten die Gendarmen vom Bureau unvermittelt die Personalangabe eines Zwischenrufers, was abgelehnt wurde. Sie ließen von ihrer Forderung ab, als sich der Referent diese Unterbrechung seitens der Ueberwachung verbat. Nur nach Schluß der Versammlung kam der Gendarm noch einmal darauf zurück, indem er das Bureau unter ausdrücklicher Betonung seiner Gesetzeskenntnis aufforderte, dem Referenten mitzuteilen, daß er wohl das Recht habe, den Referenten zu unterbrechen. Dem in diesem Augenblick hinzutretenden Referenten gegenüber aber zog die gesetzkundige Ueberwachung es vor, ihre Gesetzeskenntnis zu — verschweigen, und sich seitwärts in die Büsche zu schlagen. — In der Diskussion wurde auf die energische Durchführung der Lokalsperre im Nachbarort Zeuthen verwiesen, dessen Lokalinhaber den dortigen Genossen die Abhaltung einer Wählerversammlung unmöglich machen und zum Eintritt in den Wahlverein aufgefordert. Als direkter Erfolg waren 10 neue Mitglieder und einige „Vorwärts"-Abonnements zu verzeichnen.

In Zernsdorf referierte vor gutbesuchter Versammlung am Sonntag Genosse Groger-Rixdorf. Auch hier herrschte nach dem vortrefflichen Referat eine siegesfrohe Stimmung.

Eine gleichfalls gutbesuchte Volksversammlung in Wildau hörte ein Referat des Genossen Wutsky-Rixdorf über die bevorstehenden Reichstagswahlen an. Der reiche Beifall bewies, daß auch hier die Worte des Redners guten Boden gefunden haben. In der Diskussion führte der alte Genosse Klein den Anwesenden vor Augen, daß nur die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Frau Thiele machte die Frauen aufmerksam, daß es auch für sie von größtem Interesse wäre, wenn Sozialdemokraten ins Parlament gewählt würden. Mit bester Zuversicht auf den Sieg der Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Nieder-Barnim.

In Zehlendorf bei Liebenwalde, einer noch dunklen Ecke des Nieder-Barnimer Kreises, war es unseren Genossen vergönnt, am 6. Januar nach vielen Jahren wieder eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Der Kandidat des Kreises, Genosse Stadthagen, hatte das Referat übernommen. Mit den letzten Vorgängen im aufgelösten Reichstag beginnend, entwarf Redner in zweistündiger Rede ein anschauliches Bild von dem Treiben der Regierung und der in Deutschland herrschenden und im deutschen Reichstag den Ausschlag gebenden Parteien. Nach eingehender Würdigung der deutschen Kolonialpolitik schloß Redner, indem er die Versammelten aufforderte, den Zuständen dadurch ein Ende machen zu helfen, indem am 25. Januar — dem Tage der Wahl jeder dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme gebe. In der Diskussion stellte sich der bekannte antisemitische Redakteur Döring als Retter des Ordnungskandidaten Ziethen vor. Da Redner gegen die Ausführungen Stadthagens nichts einzuwenden wußte, verlegte er sich auf Verdrehungen des sozialdemokratischen Programms, um zuletzt sich in persönlichen Verunglimpfungen gegen den Genossen Stadthagen zu ergehen. Das schamlose Verhalten wurde indes von den Versammelten mit Entrüstungsrufen beantwortet. Die Empfehlung der Kandidatur Ziethens wurde von den aufs höchste empörten Versammelten nicht mehr gehört und noch ehe sich der dreiste Geselle die verdiente Lektion holen konnte, verließ er den Saal. Nie hat ein Gegner sich selbst und die antisemitischen Klopfpfechter so blamiert als dieser Herr. Nicht einmal seine Freunde, der Vorstand des konservativen Wahlvereins von Oranienburg, der Pastor von Zehlendorf, der am Sonnabend vorher selbst persönlich in Oranienburg gewesen sein soll, um die „treuen, nationalen Mannen" zur Hülfe herbeizurufen, noch die anwesenden Gutsbesitzer, Großbauern, Amtsvorsteher, Ortsschulzen, Oberförster usw. wagten ihrem Schützling vom Reichsverband zur Hülfe zu eilen. Nach und nach verliehen sie still den Saal, besonders nach der Rede unseres Genossen Zeglin.

Genosse Stadthagen rechnete in seinem Schlußwort noch gründlich mit dem Verleumder ab. Die Stimmung der zirka 400 Anwesenden — darunter zahlreiche Landarbeiter — war eine vorzügliche und berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Reinickendorf-Ost. In einer stark besuchten Versammlung, die am Sonnabend, den 5. Januar bei Ramlow in Schönholz stattfand, sprach Genosse Stadthagen über die kommende Reichstagswahl. Nach Beendigung seines Referats meldete sich ein Antisemit zum Wort. Auch er gab zu, daß, wie der Referent ausgeführt habe, Schäden im Deutschen Reiche vorhanden wären. Daran trügen aber nicht die Regierung und die herrschenden Parteien, sondern die jüdischen Fremdlinge die Schuld. Ihnen fiele die deutsche Landwirtschaft wie auch der deutsche Mittelstand zum Opfer. Vom Referenten sowohl wie auch von einigen Genossen wurden diese antisemitischen Tiraden widerlegt. Zum Schlusse ermahnte der Vorsitzende zu reger Anteilnahme an den Arbeiten des Wahlkampfes.

Französisch-Buchholz. Auch hier beschäftigte sich am Sonntag eine von 250 Personen besuchte Versammlung mit den bevorstehenden Reichstagswahlen. Das Referat hierzu hielt Genosse Julius Cohn-Berlin, der denn auch in trefflicher Weise die politische Situation, insbesondere die deutsche Kolonialwirtschaft kennzeichnete. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Wiesburg, Schmidt und Röber-Pankow. Letzterer nahm Bezug auf die durch den Reichsverband mit Material gegen die Sozialdemokratie ausgerüstete bürgerliche Presse und führte unter Gelächter den Versammelten ein illustriertes Flugblatt vor Augen.

Oranienburg. In einer außerordentlich stark besuchten öffentlichen Wählerversammlung sprach am Sonntag nachmittag Genosse Hans Weber-Berlin über die bevorstehenden Reichstagswahlen. In treffender Weise geißelte er die Silvesterphantasien des Reichskanzlers Fürsten Bülow, der als passende Ablagerungsstätte seiner Elaborate den Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie für würdig erachtete. Richtig jedoch hat der Reichskanzler die politische Verlotterung der „Freisinnigen" eingeschätzt, wie die Kandidatur des freikonservativen Bürgermeisters Ziethen für Niederbarnim treffend beweist. Man kann wohl sagen, daß der Freisinn aufgehört hat zu existieren, wenn er sich wie hier in Niederbarnim den Freikonservativen, den schärfsten Gegnern des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts, in die Arme wirft. Wer gegen jedwede Reaktion ist, wer für Erhaltung und Verbesserung des Reichstagswahlrechts eintritt, kann am 25. Januar nur einem Sozialdemokraten seine Stimme geben. Der lebhafte Beifall der Versammelten bewies die Uebereinstimmung der Anwesenden mit den Ausführungen des Redners. Trotzdem sowohl in Plakaten wie in den Ortsblättern den Gegnern unbeschränkte Diskussionsfreiheit zugesichert war, hatten sie doch den „besseren Teil der Tapferkeit" vorgezogen — sie blieben aus resp. schwiegen. Von mehreren Seiten wurde zum Beitritt zur Organisation und zu emsiger Agitation aufgefordert. Eine Anzahl Anwesende erklärten ihren Beitritt zum Wahlverein. Mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie fand die von gutem Geiste beseelte Versammlung ihren Abschluß.

Friedrichsfelde. Die vereinigten Gegner halten hier am Dienstag eine Versammlung hinter verschlossenen Türen ab. Die Einladungen sind schriftlich an „national gesinnte Männer" gerichtet. Sollte versehentlich ein Genosse mit solcher Einladung beehrt sein, so empfiehlt es sich, der Versammlung fernzubleiben, da es nicht angenehm ist, beschimpft zu werden, ohne das Wort zur Gegenäußerung zu erhalten. Diese mutvollen Leute hatten bei der letzten Wahl extra den Beschluß gefaßt, unter keinen Umständen einem Sozialdemokraten das Wort zu erteilen.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Parteigenossen! Zwei Versammlungen sind für Frauen und Männer zu heute abend 8 Uhr angesetzt bei Obst, Meiningerstr. 8, und „Wilhelmshof", Eberstr. 80. Referenten sind: Stadtv. Ernst Obst und der Kandidat des Kreises Fritz Zubeil. Niemand bleibe zu Hause; in Scharen besucht diese Versammlungen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Steglitz. Mittwoch, den 9., abends 8 Uhr, in allen Bezirken Zahlabend. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Köpenick. Der Zahlabend für die Kietz-Vorstadt findet am Mittwoch im Lokale des Genossen Gustav Kiehl, Elisabethstr. 2, statt.

Der Bezirksführer.

Spandau. Heute, Dienstagabend in allen Bezirken Zahlabend. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Berliner Nachrichten.

Wie es auf manchen Wohltätigkeitsveranstaltungen zugeht, geht aus einer Zuschrift hervor, die ein hiesiges Blatt veröffentlicht. Wir lesen da: Am Sonnabend fand bei Kroll ein sogenanntes Bohèmefest der Berliner Bühnenkünstler statt. Eine Anzahl von mehr oder weniger bekannten Schauspielern und Schauspielerinnen hatte sich zu einem Festkomitee vereinigt, das natürlich nur auf dem Papier existierte, denn dem Feste selbst blieben die Unterzeichner meist fern. Der „stille Teilnehmer" stand unerkannt hinter den Kulissen des Festes und steckte schmunzelnd die großen Einnahmen in seine Privattaschen. Und was wurde alles eingenommen! Schon das Eintrittsgeld von 5 M. stand zu den durchaus primitiven Darbietungen des Festes, die nichts weiter waren als ein öffentliches Tanzvergnügen, in gar keinem Verhältnis. Für die Abgabe der Garderobe — in einem königlichen Institut, dem Neuen königlichen Operntheater — wurden 50 Pf. pro Person verlangt, damit der „stille Teilnehmer" auch daraus seinen Obolus beziehen konnte. Beim Betreten des Saales wurde jeder Besucher von einigen männlichen und weiblichen Gehülfen des Festveranstalters angepackt, die ihm so lange den Eintritt verwehrten, bis er einen Papierhut und einen Knopflochschmuck gekauft hatte. Die Hüte hatten einen Wert von 10 und 15 Pf. pro Stück und mußten aber mit 2 und 3 Mk. bezahlt werden. Der „Schmuck" fürs Knopfloch war ein Fünfpfennigartikel, kostete hier aber 50 Pf. Fortwährend kam es bei dieser Ausbeutungsmanier zu lärmenden Szenen. Aber die Anreißer blieben auf ihrem Posten und ließen keinen Gast hinein, der nicht seine zwei bis drei Mark abgeladen hatte. In den Sälen ging es auf diese Weise weiter. Der Eintritt in ein sogenanntes „Miniaturkabarett", in dem einige „Sterne" dritten und vierten Ranges ihr Licht leuchten lassen sollten, kostete 1 M. extra, wer von der Hauspolizei wider seinen Willen in das „fidele Polizeigefängnis" oder in das „Standesamt" geschleppt wurde, mußte einige Märker blechen, ehe er seine Freiheit wieder erlangte. Und so ging es weiter, Geld und immer wieder Geld war die Losung des „stillen Teilnehmers" und seiner Helfershelfer. In welche Privattaschen mögen die Tausende von Mark am Sonnabend wohl geflossen sein? Es gibt mehrere solcher Festveranstalter in Berlin, die aus einem einzigen solchen Arrangement ihr ganzes Jahreseinkommen von 6—8000 M. beziehen, die dann ein Jahr auf ihren unverdienten Lorbeern ausruhen und in der nächsten Saison wieder auf den Gimpelfang ausgehen."

Das Geschäft scheint sich zu rentieren!

Provisorische Oberleitung über die „Linden". Der Herr Polizeipräsident soll, Blättermeldungen zufolge, einem Berichterstatter erklärt haben, daß wegen der Unterleitungsstörung am Opernplatze die provisorische Oberleitung über die „Linden" genehmigt worden sei. Diese Nachricht beruht auf einem Mißverständnis. Wie wir meldeten, hat die Große Berliner Straßenbahngesellschaft allerdings den Antrag gestellt, ihr die Oberleitung provisorisch zu gestatten; dieser Antrag liegt aber noch dem Herrn Minister vor, der bis zur Stunde keine Entscheidung getroffen hat. Es scheint fraglich, ob der letztere die Genehmigung erteilen wird, ohne eine Entschließung des Kaisers über eine so einschneidende Maßnahme herbeizuführen.

Der jährliche Zuschuß für den Berliner Asylverein für Obdachlose soll nach einem Beschluß des Magistrats von 10 000 Mark auf 12 000 M. erhöht werden und zwar mit Rücksicht auf die durch die Niederlegung des Scheunenviertels bedingte Verlegung des Frauenasyls in der Füsilierstraße nach der Kolbergerstraße 30 auf dem Wedding.

Die Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren, wird den Arbeitern in manchen Fällen selbst von den Arbeitgebern eingebläut. Ein Schulfall dieser Art liegt vor in der Behandlung eines Unorganisierten, der uns dieser Tage folgendes vortrug: „Ich bin 16 Jahre 4 Monate bei der Schokoladenfirma Hildebrand u. Sohn beschäftigt. In dieser Zeit habe ich stets meine Pflicht und Schuldigkeit getan und glaubte eine dauernde Beschäftigung zu haben. Ich bekümmerte mich nicht um die gewerkschaftliche Organisation, hielt mich sogar von der vor kurzem eingeleiteten Bewegung fern, weil ich nirgends anstoßen und nicht die Arbeit riskieren wollte. Ich bin lungenkrank und habe während der 16 Jahre, die ich bei Hildebrand arbeite, auch einige Male ausgesetzt; ich muß auch eine kranke Mutter ernähren. Aber all mein Bestreben, den Vorgesetzten keinerlei Anlaß zu Klagen über mich zu geben, schützte mich nicht vor dem Hinauswurf. In einer kürzlich stattgefundenen Fabrikbesprechung, in der Vorgesetzte über eine Resolution zugunsten der Firma abstimmen ließen, beging ich das Verbrechen, dagegen zu stimmen. Von der Zeit an wurde ich gezwiebelt und schließlich wurde mir gesagt, ich leiste als kranker Mensch nichts, bekäme überhaupt noch viel zu viel Lohn. Am Weihnachtsfest wurde ich entlassen."

Ein uns vorliegendes Zeugnis bestätigt, daß der Mann 16 Jahr 4 Monate bei Hildebrand u. Sohn beschäftigt war und „seine Arbeit zur Zufriedenheit ausgeführt" habe. Wir konnten dem Mann nicht helfen und mußten ihm sagen, daß er es selbst verschuldete, wenn er jetzt ohne Rückhalt dastehe. Jeder Arbeiter gehört zu seinen Klassengenossen und findet nur in der gewerkschaftlichen Organisation seine Stütze und Schutz vor Unternehmerlaune und Unternehmerwillkür. Der Mann hat das jetzt begriffen, für ihn leider sehr spät.

Uebrigens auch ein Beitrag für die so sehr gepriesene Arbeiterfreundlichkeit der Firma Hildebrand u. Sohn.

Aus dem Omnibus herausgeschleudert. Ein schwerer Unglücksfall, der allgemein zur Vorsicht dienen sollte, hat sich am Sonnabendabend im Omnibusbetrieb ereignet. Eine unbekannte Frau hatte einen Omnibus der Linie 4 benutzt. Als der Wagen am Belle-Allianceplatz plötzlich eine scharfe Wendung machte, wurde die Frau, die auf dem Perron gestanden hatte, durch den heftigen Ruck auf die Straße hinausgeschleudert. Bewußtlos blieb sie auf dem Fahrdamm liegen. Hinzukommende Feuerwehrleute trugen die Verunglückte nach der Unfallstation 1 und von dort wurde sie in das Krankenhaus Am Urban eingeliefert. Sie hat anscheinend schwere innere Verletzungen davongetragen.

Todessturz von der Treppe. Ein Opfer der Altersschwäche wurde gestern der 76 Jahre alte Töpfermeister Friedrich Reinicke aus der Ackerstr. 1a. Der alte Mann war im Begriff gewesen, nach seiner im Keller belegenen Wohnung hinabzusteigen, und als er auf dem Treppenabsatz stand, wurde er plötzlich von einem Anfall von Altersschwäche heimgesucht. Er brach zusammen und stürzte die Treppe hinab. Der bedauernswerte Greis schlug so unglücklich auf die Steinfließen auf, daß er kurz darauf an den Folgen eines erlittenen Schädelbruchs starb.

Wegen Erwerbslosigkeit in den Tod gegangen ist gestern der 30jährige Otto Hartmann aus der Annenstr. 41. H. war früher Briefträger gewesen und hatte vor längerer Zeit den Dienst aufgegeben. In den letzten Monaten wurde es ihm schwer, Beschäftigung zu erhalten und schließlich stellte sich bittere Not in seiner Behausung ein. In der Verzweiflung griff der Unglückliche zum Strick. Er erhängte sich gestern am Türhaken.

Von einem Lastwagen überfahren wurde am Sonnabendabend die Näherin Helene Borchart aus der Kleinbeerenstr. 21. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes in der Lindenstraße geriet sie an das Fuhrwerk heran, wurde unter die Räder gerissen und schwerverletzt vom Platz getragen. In bedenklichem Zustande fand die Verunglückte Aufnahme im Krankenhaus Am Urban.

Zu dem Ehedrama, das sich am 16. Dezember in der Jungfernheide abspielte, wobei der Zimmermann Fr. Fischer seine junge Frau durch Durchschneiden des Halses tötete und sich dann auf dieselbe Weise zu töten versuchte, wird jetzt berichtet, daß der Attentäter sich als Polizeigefangener im Krankenhaus Westend befindet und soweit hergestellt ist, daß er der Sprache mächtig ist. Seine grausige Tat gibt er unumwunden zu.

Für mehrere tausend Mark Kostüme gestohlen wurden vorgestern abend in dem Damengarderobengeschäft von Neumann, Belle Alliancestr. 105. Die Einbrecher drangen vom Hof aus in die Schneiderstube und gelangten von dort in den Ladenraum. Hier hausten sie wie die Vandalen. Sie rissen aus den Regalen Röcke und Blusen heraus und warfen sie wild durcheinander. Von den wertvollsten Roben suchten sich die Diebe für mehrere tausend Mark aus und schleppten die Beute ungehindert davon. Nachmittags war eine Frau in dem Hause gewesen, die angeblich eine Bluse kaufen wollte. Die Unbekannte dürfte jedenfalls mit der Einbrecherbande in Verbindung gestanden haben.

Für 12 000 Mark Gold- und Wertsachen gestohlen. Großen Erfolg hatte eine Einbrecherbande, die in der gestrigen Nacht in der Kettelbeckstraße 12 einen Schaukastendiebstahl ausführte. An der Vorderfront des Hauses befindet sich ein Schaukasten des Uhrmachers Maue. In dem Kasten waren für 12 070 M. Wertobjekte enthalten. Sie bestanden aus Uhrketten, Korallen-Armbändern, silbernen und goldenen Broschen, vergoldeten Handtäschchen, Manschettenknöpfen usw. In der gestrigen Nacht wurde die Schaukastenscheibe zertrümmert und die Wertsachen sämtlich gestohlen. Die Diebe konnten noch nicht ermittelt werden.

Der § 4 der Polizeiverordnung, betreffend die Fortschaffung der auf der Straße verunglückten Schlacht- oder Zugtiere, erhält mit Gültigkeit vom 1. April 1907 folgende Fassung: Für jede Transportfuhre sind 10 M. an den Abdeckereipächter zu entrichten. Weitere Gebühren für Löhnung der bei dem Transport beschäftigten Personen oder dergleichen ist der Abdeckereipächter nicht zu erheben befugt.

Manolescu II. entflohen. Einer der gewandtesten und gefährlichsten Hochstapler, der 32 Jahre alte Josef Eduard Czapek ist auf dem Transport von Dalldorf nach einem böhmischen Sanatorium seinen Wächtern entkommen. Czapek ist ein zweiter Manolescu und hat ein bewegtes Leben hinter sich. Er wurde im August 1905 wegen verschiedener Schwindeleien in Berlin verhaftet. Im Untersuchungsgefängnis in Moabit spielte er den „wilden Mann" mit Erfolg. Er wurde der städtischen Irrenanstalt in Dalldorf überwiesen, in der er bis vor kurzem interniert war. Dieser Tage sollte er auf Antrag seiner in Böhmen wohnenden Angehörigen nach einem bei Prag gelegenen Sanatorium gebracht werden. Ein Bruder des Hochstaplers traf in Begleitung eines handfesten Wärters in Dalldorf ein und holten den „Geisteskranken" ab. Sie trafen mit ihm am Sonnabend früh 7 Uhr in Prag ein. Bald nach ihrer Ankunft nahmen sie auf dem Bahnhofe das Frühstück ein und machten sich dann mit dem Irrsinnigen auf den Weg nach dem Sanatorium. Beim Passieren der Bolzansgasse riß sich Czapek plötzlich los und ergriff die Flucht. Seine Begleiter nahmen zwar sofort die Verfolgung auf, aber der Flüchtige war verschwunden. Czapek hat es zu einer gewissen internationalen Verbrecherberühmtheit gebracht; er pflegte sich unter anderem für den Erfinder Thomas Edison auszugeben, wollte bahnbrechende Neuerungen auf dem Gebiete der Elektrotechnik erfunden haben und hat besonders in Berlin, Hamburg, Bremen, Wien, Prag usw. mit Erfolg „gearbeitet". Im Jahre 1899 wurde er von der Strafkammer in Köln a. Rh. zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt und kam später als angeblich geisteskrank in das Asyl St. Jürgen, von wo er 1905 entwich. Hierauf wandte er sich nach Berlin, wo er unter dem Namen eines Ingenieurs Ernst Bergmann eine ganze Reihe von Betrügereien verübte. In anderen Großstädten nannte er sich abwechselnd Kaufmann Stoyle, Behrens, Josef Huber, Fabrikant Karl Ritter v. Sitta, Hausbesitzer Wilhelm Neumann und Rudolf Knauer.

Schwere Brandwunden hat am Sonnabend das 4½jährige Töchterchen Frieda des Stellmachers Hora erlitten. Frau Hora hatte auf einige Augenblicke die Wohnung verlassen. Während dieser Zeit hatte die Kleine einen Topf vom Feuer genommen, um sich die Hände zu wärmen. Dabei muß sie wohl der Flamme zu nahe gekommen sein, denn als die Mutter zurückkam, fand sie ihr Kind mit Brandwunden bedeckt vor. Sofort wurde das Mädchen nach der Unfallstation und von da nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht, wo es noch am selben Abend den schweren Wunden erlag.

Das Kasinotheater in der Lothringerstraße hat auch im neuen Programm den Grundsatz beibehalten, jedem Besucher nach seinem Geschmack etwas zu bieten. Und so bringt es neben einem einaktigen Schwank „Bella", einem bunten Teil mit einigen Spezialitäten noch eine Komödie „Ledige Leute", alles an einem Abend. Die dreiaktige Komödie „Ledige Leute" ist zwar nicht neu, denn sie hat an hiesigen größeren Theatern schon viele Aufführungen erlebt, ist aber nichtsdestoweniger spannend. Der Erfolg war ihr auch auf der Bergschen Bühne nicht versagt und ist geschuldet in der Hauptsache dem guten Spiel der Mitwirkenden. Wir lernen in Fräulein Gertrud Hinzer als Lucie eine Dame von Talent kennen, die sich in die ihr zugedachte Rolle vorzüglich hineinfand. Auch die übrigen Darsteller, vor allem Herr Direktor Berg, gaben ihr Bestes und trugen so zum guten Erfolg ihr Teil bei. Im bunten Teil amüsierte der Humorist Wehlig das Publikum durch einige nicht mißzuverstehende Kuplets.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 9. Januar, abends 7½—8½ Uhr veranstaltet der Königl. Musikdirektor Bernhard Irrgang in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Charlotte Kimpel (Sopran), Fräulein Frieda Beckershaus (Alt), Herrn Ludwig Schubert (Tenor) und Herrn Kurt E. Wieck (Violine). Große Orgelsonate (Psalm 94) von Reubke und so fort. Der Eintritt ist frei! —

Feuerwehrbericht. Gestern früh hatte die Wehr den 100. Alarm in diesem Monat zu verzeichnen. Sonntagabend, mußte die vierte Kompagnie in der Pflugstr. 14 einen großen Brand löschen, der auf dem Boden aus unbekannter Ursache ausgekommen war und den Dachstuhl des Hauses ergriffen hatte. Brandinspektor Julius ließ von mehreren Seiten kräftig Wasser geben, wodurch es gelang die

Gefahr einer weiteren Ausdehnung zu verhüten. Gestern früh hatte der 11. Zug in der Alexandrinenstr. 119/120 zu tun, wo künstliche Blumen und Immobilien brannten. Der Zug war schnell zur Stelle und verhütete, daß die Nebenräume in Mitleidenschaft gezogen wurden. Kellerbrände mußten in der Waldstr. 50 und an anderen Stellen gelöscht werden. Wegen Kurzschluß im elektrischen Straßenbahnwagen der Linie 14 wurde der 15. Zug nach der Ecke der Strom- und Turmstraße gerufen. Weihnachtsbäume, Gardinen usw. wurden gestern in der Rathenowerstr. 49, Lynarstr. 6, Rotherstraße 30 parterre ein Raub der Flammen. Wegen Wasserrohrbrüche erfolgten Alarme nach der Greifswalderstraße, Weißenseer Güterbahnhof und dem Leipziger Platz 10. Eine Anschlägerwerkstatt brannte Muskauerstr. 19. Ferner hatte die Wehr noch in der Wilhelmstr. 28, Birkenstr. 52, am Elisabeth-Ufer 32 und an anderen Orten zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Eine Familientragödie, der leicht drei Menschenleben zum Opfer fallen konnten, hat sich gestern nachmittag in der Goethestr. 14 abgespielt, wo der 61jährige Klempner Louis Werner mit seiner Frau und einer erwachsenen Tochter wohnt. W. ist stark nervenleidend und wurde öfter von Anfällen von Geistesstörung heimgesucht. Seine Frau liegt gegenwärtig schwerkrank danieder. Gestern nachmittag bekam W. plötzlich wieder einen Tobsuchtsanfall und wütend stürzte er sich auf die im Bette liegende Frau. Als die Tochter ihn zurückriß, fiel er auch über diese her und drohte sie zu erwürgen. Der Tobende mißhandelte die beiden Frauen in furchtbarster Weise und drohte ihnen mit dem Tode. Schließlich ergriff er einen Revolver, eilte damit ins Badezimmer und jagte sich zwei Kugeln in den Kopf. Ein hinzugerufener Arzt ließ den Kranken in hoffnungslosem Zustande in das städtische Krankenhaus bringen.

Friedrichsfelde.

Der Gemeindevertretung lag in ihrer letzten Sitzung ein Antrag von sechs Vertretern aus dem Karlshorster Ortsteil vor, der einen in voriger Sitzung gefaßten Beschluß aufheben sollte. Bekanntlich war bei Genehmigung des Bebauungsplanes für das Gelände der neuen Karlshorster Terraingesellschaft die Bedingung gestellt, daß der Gemeinde die vollen Kosten für Verlegung der Kanalisationsrohre zurückerstattet werden müssen. Die Angelegenheit ist für die Gemeinde insofern wichtig, weil nach der Beitragsordnung nicht annähernd die der Gemeinde entstehenden erstmaligen Kosten aufgebracht werden. Bei der Kanalisierung dieses im Verhältnis zur Gesamtgemeinde kleinen Terrains ist es ein auf Gemeindekosten zu übernehmendes Manko von 164 000 M. Da nach Fertigstellung der Kanalisation wahrscheinlich mehrere neue Terraingesellschaften entstehen werden, welche die Profite einheimsen wollen, ist es auch gerechtfertigt, die der Gemeinde tatsächlich entstehenden Kosten einzufordern. Der obige Antrag wurde an die Kanalisationskommission verwiesen. In geheimer Sitzung wurde der Antrag des Gemeindevorstandes, das Gehalt für den neuen Gemeindevorsteher festzusetzen und die Ausschreibung der Stelle durch den Gemeindevorstand vornehmen zu lassen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit einer Kommission zu überweisen, in welcher der Gemeindevorstand in der Minorität ist. Unsererseits ist Genosse Pinseler in diese Kommission delegiert. Die Herren Schöffen waren verdutzt über die Forderung der Gemeindevertreter, diese wichtige Angelegenheit selbst in die Hand nehmen zu wollen.

Schönholz.

Geisteskrank ist der sechzigjährige Bauwächter Stritzke, der bekanntlich vor etwa Monatsfrist an der Schönholzer Heide den Tischler Koch ohne jede Veranlassung erschoß. Er ist vom Untersuchungsgefängnis aus einer Irrenanstalt überwiesen worden. St. gilt als unheilbar, er war schon früher längere Zeit im Irrenhause.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 69 folgende Beiträge ein:

Arbeiter und Gastwirt der Firma A. Labus 10,—. Sparverein Kottbuser Kietz 10,—. Parkettfußbodenleger der Firma Roch 20,50. F. Z. 57 5,—. Rauchklub „Weichselblatt" 3,50. Putzerkolonne Th. Rabe durch L. Simanowski 5,—. Arbeiterradfahrerverein „Berlin", Mitglied des A.-R.-B. „Freiheit" 10,—. Arbeiterradfahrerverein „Rixdorf" 70,—. Mitglieder des Verbandes Deutscher Buchdrucker im „Vorwärts", 2. Rate (darunter von einem Nichtbuchdrucker 3,—) 203,—. Gesammelt bei einer Familienfeier bei Richter 1,50. „Gaskrone" 10,—. Buchdruckerei Gebr. Ernst 10,75. Gesamtpersonal der Buchdruckerei Sittenfeld, 1. Rate 91,05. A. R. 100,—. „Kreuzberger Harmonie" 50,—. Hinzes Silvesterfeier 3,—. Sechserkasse der Möbelfabrik Ernst Schirn u. Co., Weißensee 40,—. W. F. 50,—.

Summa 693,80 M. Bereits quittiert 3334,17 M. Summa 4027,47 M.

Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegengenommen.

Berichtigung: In der Quittung in Nr. 3 muß es heißen: Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen, Filiale Berlin III, statt: Verband der Steinmetzen.

Gerichts-Zeitung.

Polizei kommt erst nach vollbrachtem Totschlag.

Eine Totschlagsaffäre, die ohne Ablehnung polizeilicher Hülfe vor vollbrachtem Morde sich nicht hätte ereignen können, bildete den Gegenstand einer Verhandlung, mit welcher gestern die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode am Landgericht I eröffnet wurde. Aus der Untersuchungshaft wurde der 46jährige Emil Hesse dem Schwurgericht I vorgeführt. Der 31 Mal wegen aller möglichen Vergehen und Verbrechen mit Zuchthaus- und Gefängnisstrafen vorbestrafte Angeklagte wurde beschuldigt, in der Nacht zum 18. September v. J. den Steinträger Wilhelm Ramin durch zwei Revolverschüsse vorsätzlich getötet zu haben. Auf dem Hofe des Grundstücks Zionskirchstr. 50 wohnte im Hinterhause im Keller der Angeklagte Hesse mit der 63jährigen Prostituierten Roßteutscher zusammen, von der er seit längerer Zeit den Unterhalt bezog. Wie Hesse behauptet, habe er eine große Anzahl Feinde gehabt, die ihm stets auflauerten, um ihn zu verprügeln. Die Ermittelungen haben ergeben, daß die jetzige Strafsache eine gewisse Vorgeschichte hat, die den Angeschuldigten veranlaßte, stets mit einem Revolver bewaffnet zu sein. Im Jahre 1892 wurde der damals 16jährige Arbeiter Wagenschütz wegen Totschlages an der Frau eines Postbeamten zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 7. November 1900 gelang es W., aus dem Strafgefängnis Plötzensee zu entweichen. Der Angeklagte, welcher mit dem Bruder des Wagenschütz bekannt war, hatte dem Flüchtling in seiner Wohnung Unterkunft gewährt, ihn jedoch an demselben Tage der Polizei verraten. Dies hatte sich in den Kreisen, in denen der Angeklagte verkehrt, bald herumgesprochen. Der Anhang des Wagenschütz rächte sich wiederholt dadurch, daß er dem Hesse eine Tracht Prügel zuteil werden ließ. Dies war auch einige Tage vor dem jetzt zur Anklage stehenden Vorfall geschehen. Der Angeklagte kaufte sich deshalb einen Revolver. Mit dieser Waffe trieb er allerlei Unfug auf dem Hofe. In seiner Wohnung gab er mehrere Schüsse ab, auf dem Hofe fuchtelte er mit dem Revolver herum und ließ zahlreiche drohende Aeußerungen gegen den Steinträger Wilhelm Ramin fallen, dessen Ehefrau in dem Hause die Portierstelle versah. Der Angeklagte hegte gegen R. aus dem Grunde eine persönliche Feindschaft, weil er glaubte, daß er ebenfalls zu den Anhängern des Wagenschütz gehöre. Zwischen R. und dem Angeschuldigten war es schon mehrfach zu Streitigkeiten gekommen, die jedoch immer ohne Tätlichkeiten abliefen. Am 17. September v. J. hatte der Angeklagte des Tags über mehrere Lokale besucht und größere Quantitäten Alkohol zu sich genommen. Am Nachmittage ging Hesse mit dem Revolver in der Hand auf dem Hofe herum, auf dem mehrere Kinder spielten. Als sich ein Hausbewohner die gefährliche Spielerei mit dem Revolver verbat, wurde er von H. in gröblichster Weise beschimpft und zugleich mit dem Revolver bedroht. Zugleich äußerte der Angeklagte, der eine Schuß sei für den Hausverwalter, der zweite für den Reinigungsrat Ramin. Zu den Kindern äußerte Hesse: „Der ganze Hof muß voll Leichen liegen, eher habe ich nicht genug!" Erst als einer der Hausbewohner drohte, er werde ihm einen Blumentopf auf den Kopf werfen, verließ der Angeschuldigte den Hof. Spät abends begann H. nochmals auf dem Hofe zu skandalieren. Auch jetzt stieß er allerlei Drohungen aus und fuchtelte mit dem Revolver herum. Mit dem Fuhrherrn Schmidt, der in dem Hause wohnt, geriet der Angeklagte in Streit und beschimpfte ihn in schlimmster Weise. Der Portier Ramin öffnete nun das Fenster seiner im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung und rief Hesse zu, er solle sich ruhig verhalten und den Hof verlassen. Der Angeschuldigte beschimpfte nun den R. und rief ihm zu, er solle bloß herunter kommen, dann wolle er ihn über den Haufen schießen. Nach wenigen Minuten erschien Ramin auf dem Hofe und rief dem H. zu: „Dich A—s schmeiße ich mit dem Futterkübel tot!" Zugleich ergriff R. einen hölzernen Futterkübel und warf ihn mit voller Kraft in der Richtung, in welcher Hesse stand. Das Wurfgeschoß traf nur die Wand. In demselben Augenblick krachte ein Schuß, der Angeklagte hatte, auf der Kellertreppe stehend, einen Schuß auf Ramin abgegeben. Dieser stürzte mit einem lauten Aufschrei zusammen, nachdem er einige Sekunden sich den Kopf haltend gegen die Mauer gelehnt hatte. Der Angeklagte war nach Verübung der Tat in seinen Keller geflüchtet und äußerte zu der Roßteutscher: „Der hat genug gekriegt, mit mir wird's aber auch aus sein." Durch den Fuhrherrn Schmidt wurde der getroffene Ramin sofort nach der nächsten Unfallstation mittels Fuhrwerk geschafft. Hier konnte indessen nur der Tod des R., der Familienvater und ein fleißiger, nüchterner Arbeiter war, konstatiert werden. Die Kugel aus dem Revolver des Angeklagten hatte den R. von links in den Hals getroffen und war an der rechten Seite wieder herausgetreten. An dem Tatorte waren mittlerweile mehrere Schutzleute erschienen, die den Angeklagten verhafteten. Am Nachmittage hatte einer der Hausbewohner, der ebenfalls von Hesse bedroht worden war, zu dem zuständigen Polizeirevier gesandt und um

polizeilichen Schutz

gebeten. Dieser wurde ihm mit den Worten:

„Vorläufig ist ja noch niemand totgeschossen!"

versagt.

Vor Gericht war der Angeklagte geständig. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Totschlag unter Zubilligung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete auf 4 Jahre Gefängnis und 4 Jahre Ehrverlust.

Vermischtes.

Zum Unglück auf der Hunsrückbahn wird noch aus Boppard gemeldet: Der bereits gemeldete Unfall in dem Felseneinschnitt bei Leiningen auf der Neubaustrecke Kastellaun—Boppard ist glücklicherweise in bezug auf die Zahl der Opfer doch nicht so bedeutend gewesen, als zuerst angenommen wurde. Während die Zahl der Opfer in den ersten Nachrichten auf über 30 angegeben war, hat sich nach Beendigung der Aufräumungsarbeiten herausgestellt, daß im ganzen **13 Personen getötet** worden sind. Unter diesen befinden sich 11 Arbeiter, 1 Mädchen von etwa 18 Jahren und 1 Schuljunge. Drei der Toten waren Familienväter. Von den geretteten 8—10 Personen ist keine schwer verletzt.

Der „Frankfurter Zeitung" wird vom gestrigen Tage aus Boppard gemeldet: Gestern nachmittag mußten die Ausgrabungsarbeiten eingestellt werden, da ein Nachrutschen der Schnittwand befürchtet wird. Der anfangs als vermißt gemeldete Geschäftsführer Lücke ist gerettet.

Wieder ein Gesteinsbruch. Wie die „Kölnische Volkszeitung" aus Altenkirchen meldet, wurden am Sonnabendabend auf der Neubaustrecke Freudenberg—Rothemühle bei Wildenburg zwei italienische Arbeiter durch herabfallendes Gestein verschüttet und getötet.

Eine Pulverfabrik in die Luft. Wie das „Regensburger Morgenblatt" meldet, ist vorgestern die Pulverfabrik in Velburg in die Luft geflogen; Menschen sind nicht verunglückt.

Bergarbeiterlos. Auf dem Redeblickschacht der „Florentinagrube" versagte, wie aus Gleiwitz gemeldet wird, gestern früh die Schachtseilführung; von 17 in der Förderschale befindlichen Bergleuten sind nach dem „Wanderer" acht in der unteren Etage befindliche durch zu starkes Aufsetzen auf die 280-Meterfohle schwer, aber nicht tödlich verletzt worden.

Schiffsunfälle, zum Teil infolge heftigen Sturmes, ereigneten sich an den verschiedensten Meeresküsten des In- und Auslandes.

So wird aus Kopervik (Norwegen) gemeldet: Zwei holländische Schleppdampfer hatten es übernommen, den in Swinemünde beheimateten Dampfer „Holsatia" von Norvik nach England zu schleppen. In der Neujahrsnacht gerieten die Trossen des einen Schleppdampfers in die Schraube und rissen. Der Schlepper lief dann hier ein, um sich nach dem Verbleib der beiden anderen Schiffe zu erkundigen. — Der Swinemünder Dampfer „Holsatia" ist, wie aus Haugesund gemeldet wird, westlich von Utsire gesichtet worden. Schlepper sind zur Hülfe abgegangen.

In Stavanger traf vorgestern abend der deutsche Fischdampfer „Magdeburg" ein, der den als Wrack in See angetroffenen deutschen Dampfer „Holsatia" in Schlepptau gehabt hatte, ihn wegen Kohlenmangels aber verlassen und den hiesigen Hafen aufsuchen mußte. Nach der Einnahme von Kohlen wird die „Magdeburg" die „Holsatia" wieder aufsuchen.

In Ancona scheiterte infolge starken Sturmes ein Schiff unbekannter Herkunft an den Felsen am Eingang des Hafens. Zwölf Personen sollen dabei das Leben verloren haben; eine Leiche wurde geborgen. Das gescheiterte Schiff war der von Genua gekommene griechische Schoner „Urania".

An der Küste des adriatischen Meeres herrscht, wie aus Rom gemeldet wird, ein heftiger Sturm. Die Schiffahrt ist vielfach unterbrochen, eine große Anzahl von Schiffsunfällen wird bereits gemeldet.

Ein großer Brand zerstörte in Bangkok das chinesische Handelsviertel. Der Schaden beläuft sich auf 10 Millionen Tikals.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Friedenau. Dienstag, den 8. Januar, ½9 Uhr bei Grube.

Köpenick. Mittwoch, den 9. Januar bei Moll: Vortrag des Genossen Lungwitz über: „Haben die Frauen ein Interesse an der Reichstagswahl?" Jahresbericht.

Lichtenberg. Sonnabend, den 12. Januar: 2. Stiftungsfest in den „Prachtsälen des Ostens", Frankfurter Allee 151/152. Karten sind bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

Rixdorf. Sonntag, den 13. Januar, besichtigt der „Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen" die Arbeiterwohlfahrt-Ausstellung in Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11/12. Treffpunkt: Punkt 2 Uhr in der Vorhalle der Ausstellung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 6, eine Treppe (Handelsstätte Bellealliance, Durchgang auch Lindenstr. 101), wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. M. oder **W. W.** Auch nach dem Tode Ihres Vaters würden Sie erben. — **E. G.** Sie müssen sich an das Innungsschiedsgericht mit dem Antrage um Anberaumung eines Termins wenden. — **P. 154.** Sie würden nur ein Recht haben, auf Einräumung des vermieteten Bodens und Schadenersatz zu klagen. — **J. B.** Sie sind nicht im Recht. Der Mietsstempel wird für das Kalenderjahr 1. Januar bis 1. Januar oder für Teile desselben 1. Oktober bis 1. Januar bezahlt. — **30 F. R.** Wenn Sie den Mietsvertrag mit der Bestimmung unterschrieben haben, so ist die Bestimmung gültig. — **W. S. 15.** 1. und 2. Nein. — **E. T. 100.** Die Mutter und die Stiefgeschwister einschließlich Ihrer Frau sind erbberechtigt. **B. E. 27.** 1. Die Möglichkeit liegt vor. 2. Wenn der Inhalt Ihres uns nicht bekannten Vertrages dem nicht entgegensteht ja. 3. Nein. — **Volkswohl.** Ihre Mutter soll kündigen und die Zahlung ablehnen. — **A G. 100.** Sie müssen die Sachen aufbewahren, können nur Ihre Forderungen einklagen und dann Zwangsvollstreckung in die einbehaltenen Sachen vornehmen. — **M. L. 100.** Der Verkauf eines Hauses bricht die Mietsverträge nur dann, wenn es kein freiwilliger Kauf war. — **R. 38.** 1. Ja. 2. Der Termin wird bekannt gemacht. Gewöhnlich sind es sechs Wochen. 3. Die Mietseinsendung ist nicht erforderlich. 4. Ja. 5. In vier Jahren. —

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 14. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Bülows Wahlparole. — Die Situation des Reiches. Von K. Kautsky. (Fortsetzung.) — Zur Reform der Arbeiterversicherung. Von Otto Braun. — Die Sozialpolitik im Reichstag. Von Gustav Hoch. — Der erste internationale Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Von Dr. Robert Michels. — Literarische Rundschau: Anton Menger, Volkspolitik. Von R. Hilferding. Josef Viktor v. Scheffels Briefe an Schwanitz. Von Hermann Wendel.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 1 des 17. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Einladung zum Abonnement. — In den Kampf! — Tua res agitur! Von Luise Zietz. — Was der letzte Reichstag den Arbeiterinnen versprochen und was er ihnen gehalten hat. Von Gustav Hoch. — Gegen den Lebensmittelwucher! Von h. f. — Aus dem Reiche der Zentrumsgrafen. Von w. d. — Umsturz und Revolution. I. Von J. H. — Die Generalversammlung des katholischen Frauenbundes in München. Von K. D. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Vorwärts. Von -g. (Gedicht.) — Prometheus. Dramatisches Fragment von Wolfgang Goethe. — Immer mehr. Von Georg Herwegh. (Gedicht.) — „Von Gottes Gnaden." Für unsere Mütter und Hausfrauen: In Reih und Glied. Von Friedrich Rückert. (Gedicht.) — Verhütung und Heilung des Stotterns bei Kindern. I. Von O. R. — Hauspflege und Hauspflegekassen. I. Von Henriette Fürth. — Sonett, von Gottfried Keller. — Die Kochkiste, eine Zeit- und Arbeitsparerin für unsere Hausfrauen. Von M. Kt. — Die Mutter als Erzieherin.

Die „Gleichheit" erscheint aller 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—75 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 58—63, IVa 50—56. Kalbfleisch, Doppelländer 120—138, Ia 92—100, IIa 80—90, IIIa 65—78, holl. 56—62. Hammelfleisch Ia 67—75, IIa 52—65. Schweinefleisch 57—66. Rehwild Ia per Pfd. 0,55—0,64, IIa 0,40—0,54. Rotwild Ia 0,38—0,43, IIa 0,25—0,36, do. Kälber 0,30—0,45. Damwild 0,30—0,50, do. Kälber 0,40—0,55. Wildschweine 0,25—0,40. Frischlinge 0,40—0,60. Hasen per Stück 2,50—2,90, do. klein und IIa 1,75—2,25. Kaninchen per Stück 0,70—0,90. Wildenten per Stück 1,25—1,40. Hühner, alte per Stück 1,50—2,40, do. IIa 0,80—1,40, do. junge per Stück 0,90—1,80. Tauben per Stück 0,50—0,80, junge kleine 0,00, italienische 0,95. Enten per Stück 0,00. Hamburger junge per Stück 3,50. Gänse, Oderbrucher, per Pfd. 0,50—0,61, do. Ia per Stück 0,00, IIa 0,00. Hechte per 100 Pfd. 77—90, groß 0,00. Zander, klein 0,00. Schleie, groß 0,00, unsortiert 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00. Bleie 44—55, Aale, groß 0,00, mittel 0,00, klein u. mittel 0,00, uns. 0,00. Plötzen 54—58. Karpfen, 25—30er 0,00, do. 30—35er 0,00, do. unsort. 0,00, Lauf. 50—70er 0,00, Schles. 0,00. Barse, matt 47. Karauschen 0,00. Bleifische 0,00. Wels 0,00. Bunte Fische 0,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20—25. Sprotten, Kieler, Wall 0,75—1,25, Danziger, Wall 0,60—0,80. Flundern, pommersche Ia, per Schock 0,00, do. pommersche IIa 0,00, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, Hamb. Stiege 4—5, halbe Kiste 1,50—2. Bücklinge, per Wall Kieler 3,50—5,00, Stralsunder 0,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 3—3,50, do. ½ Kiste 2,00. Kabliau, p. 100 Pfd. 20—25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 93, 1906er 73—75. Schottische Vollheringe 1905 0,00, largo 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 4,50. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 4,00—5,50. Butter per 100 Pfd. Ia 121—124, IIa 117—120, IIIa 114—117, abfallende 90—105. Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,10—2,25, Daberische 2,10—2,25, Rosen 0,00, weiße 1,75—2,00, Salatkartoffeln 5,00—6,00. Spinat per 100 Pfund 18—23. Karotten per 100 Pfund 10—12. Sellerie, hiesige, per Schock 4,00—5,00, do. pommersche 4,00—5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,25—2,50, do. hiesige (Perl-) 0,00. Charlotten 0,00. Petersilie, grün, Schockbund 2,00. Kohlrabi per Schock 0,00. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen per Schockbund 0,00. Salat, per Schock 0,00, do. Escarole, per Mandel 0,00, do. Endivien 0,00. Mohrrüben per 100 Pfund 3,00—4,00. Teltower Rüben per 100 Pfd. 6—10. Weiße Rüben, große 2—2,50, kleine 6—8. Rote Rüben 2—3. Blumenkohl holl. per Kopf 0,00, ital. per Kopf 0,17—0,30. Wirsingkohl per Schock 3,00—6,00. Rotkohl p. Schock 3,00—8,00. Weißkohl 100 Pfd. 2,00—3,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 24—35. Grünkohl per 100 Pfd. 5—10. Schnittlauch 12 Töpfe 4—4,50. Kohlrüben, Schock 2—3. Kürbis 0,00. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 7—16, böhmische 8—20. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 6—20, Gravensteiner 0,00, Tiroler in Fässern 0,00, Kiste 32—80, Amerik. 15—30. Wallnüsse per 100 Pfd. 0,00, do. rumänische 0,00, do. franz. Cornes 22—25. Baranüsse 0,00. Haselnüsse lange 40—42, runde 0,00. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00—10,00, 360 Stück 7,00—9,00, 200 Stück 9—13. Apfelsinen, Jaffa, per Kiste 8—14, Murcia 200er per Kiste 6—10, do. 300er 7—11, Valencia 420er per Kiste 11,50—20, do. 714er 18—23.

Witterungsübersicht vom 7. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	764	NNW	3	bedeckt	2	Haparanda	755	SW	2	bedeckt	—2
Hamburg	769	SSW	4	Dunst	4	Petersburg	761	SO	3	bedeckt	—6
Berlin	765	W	3	bedeckt	3	Scilly	779	SW	1	bedeckt	9
Frankf. a. M.	773	SW	3	bedeckt	3	Aberdeen	768	SSW	1	bedeckt	4
München	778	NW	5	wolkig	1	Paris	776	WSW	1	wolkenl	—1
Wien	769	NW	3	heiter	2						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 8. Januar 1907.

Nachts etwas kälter, am Tage mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 7. Januar. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden — 1,25 Meter, bei Magdeburg + 1,00 Meter, eisfrei. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor + 1,65 Meter. — Neißemündung + 2,39 Meter. — Oder bei Brieg + 2,22 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,24 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 8. Januar.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Götterdämmerung. Anf. 6½ Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Das Glashaus.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Cousin Bobby.
Lortzing. Der Freischütz.
Lessing. Wenn wir Toten erwachen. Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Doppelselbstmord.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Familientag.
Schiller-Theater Charlottenburg. Die Räuber.
Neues Schauspielhaus. Der Helfer.
Kleines. Eine triviale Komödie.
Berliner. Sherlock Holmes.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Neues. Kinder.
Residenz. Florette und Patapon.
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Zentral. Künstlerblut.
Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.
Thalia. Eine lustige Doppelehe.
Luisen. Sherlock Holmes.
Bernhard Rose. Berliner Raubvögel.
Trianon. Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßkellerei.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrnfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Wintergarten. Saharet. Spezialitäten.
Apollo. Die schöne Vestalin. Spezialitäten.
Kasino. Ledige Leute. Spezialität.
Folies Caprice. Das Modell. Serenissimus August XXVI. Josef Fleischmann.
Prater Theater. Robert und Bertram.
Passage. Berlin paß' auf! Spezialitäten.
Figaro. Der Kavalier. Die Klaue. Chikagoer Landwirt. Unterm Bett.
Walhalla. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Die Feuergewalten der Erde. Zum Hörsaal: Dr. Thesing: Die Fortpflanzung.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Sherlock Holmes

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Durchschlagender Erfolg!
Alltäglich 7½ Uhr:
Gastspiel Fritz Werner
Cousin Bobby.

Neues Schauspielhaus
Abends 8 Uhr:
Der Helfer.
Mittwoch nachm. 3 Uhr zum letzten Male: Aschenbrödel.
Abends 8 Uhr: Die Hochzeitsfackel.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Kinder.
Mittwoch: Die Condottieri.
Donnerstag: Kinder.
Freitag: Die Hochzeit v. Posl.

Neues Theater
Gastspiel Suzanne Desprès aus Paris.
Dienstag, 15./1.: La robe rouge.
Mittwoch, 16./1.: Denise.
Donnerst., 17./1.: Maison de Poupée.
Freitag, 18./1.: Thérèse Raquin.
Sonnab., 19./1.: Le Détour.
Vorverkauf täglich an der Theaterkasse.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Bunbury.)
Mittwoch: Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Bunbury.)

Komische Oper.
Anfang 8 Uhr
Hoffmanns Erzählungen.
Mittwoch: Pariser Leben.
Donnerstag: Lakmé.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonnabend: Carmen.

Lortzing-Theater
Bellealliancestr. 7/8.
Abends 7½ Uhr:
Der Freischütz.
Abonnements gültig.
Mittwoch:
Zar und Zimmermann.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Feuergewalten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. Thesing: Die Fortpflanzung.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Husarenfieber.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr:
Künstlerblut.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Mittwoch: Die schöne Ungarin.
Donnerstag: Vergnügte Feiertage.
Freitag zum erstenmal: Aus dem Buche der Liebe.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. 8 Uhr: Sherlock Holmes.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Vergnügte Feiertage. 8 Uhr: Aus dem Buche der Liebe.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.
Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und Pierre Veber.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Frau Frau.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi.
Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gest.
Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Apollo Theater
Neues Programm.
8 Uhr: Erstklassige Spezialitäten.
9½ Uhr: Neue Operette
Die schöne Vestalin.
Operette. Musik von Viktor Holländer.
Sonntag, 13. Januar, nachm. 3 Uhr:
Große Doppel-Vorstellung.
1. Abt. Varieté. 2. Abt. Venus auf Erden. Operette von Paul Linde.

Bernhard Rose-Theater
Große Frankfurterstr. 132
Täglich abends 8 Uhr:
Berliner Raubvögel.
Morgen Klassikervorstellung
Das Käthchen von Heilbronn.
Billettsvorverkauf schon für 8 Tage vorher von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anfg. 8 Uhr. Einlaß 7 Uhr
Kommandantenstr. 57
Stallschreiberstr. 42—44.
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11—2 Uhr an den Theaterkassen bei A. Wertheim und Invalidendank.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse
Täglich ½8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der Riesen-Januar-Spielplan.
U. a.: The Romeos, japan. Akt.
4 Silbersterne, akrobatisches Potpourri.
Geschieden.
Schwank in 1 Akt.
12 erstklassige Nummern!
Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 7 Uhr:
Doppelselbstmord.
Bauernposse in 6 Bildern von Ludwig Anzengruber.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.

Schiller-Theater, Charlottenburg, Bismarckstraße, Ecke der Grolmanstr.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnhelm.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugend.

Zirkus Schumann

Heute Dienstag, den 8. Januar, abends präzise 7½ Uhr. U. a.:
Einzig in seinem Genre und ohne Konkurrenz
Amerikas größte Sensation **Globe of Life** Miß Irene u. Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé, die Könige der Equilibristen.
Außerdem die großartigen neuen Spezialitäten.
Zum Schluß zum 19. Male: Das größte Pracht-Manegenschaustück **St. Hubertus.**

Zirkus Busch.
Heute abend 7½ Uhr.
Der Todes-Globus
Ferner: Miß Dianda, dress. Affen, Hunde und Kakadus. Geschw. Singor, Meisterschafts-Akrobaten. Herr Burkhardt-Footit, Schulreiter. Herr Ernst Schumann, Neudressuren. Die berühmte Reiterfamilie Lecusson.
Um ¼10 Uhr:
ROM. Gr. Origin.-Ausst.-Pantom. in 7 Bild.
Die tollkühne Quadrigafahrt über die zersprengte Brücke.

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Borg.
Das Modell.
Serenissimus August XXVI.
Josef Fleischmann.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10—2 a. d. Theaterk. u. b. Wertheim.

Wintergarten
SAHARET.
Otto Reutter
Kaufmann-Truppe, weibl. Radfahrer.
Ein Ballabend i. Paris, Ballett, ausgef. von der Tiller-Truppe, London.
Johnson und Dean, Mulatten-Gigerln.
Die 3 Schwestern Kloess, Gymnastische Produktionen.
Howard und Harris, Amerikanische Excentrics.
Ancilotti und gedankenlesender Hund Pilu.
Paul Cinquevalli, Jongleur.
Floretta's Lufthallett.
Der Biograph.
Ende 11 Uhr

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Tanzleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Die erste Sensation von 1907!
Kosta, der Mann mit dem
drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue Karneval-Spezialitäten 14

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Berlin paß' auf!
Burleske in 2 Akten v. Leop. Ely.
Musik von Rudolf Nelson.
In den Hauptrollen: Josefine Dora, Paulette van Roy, Albert Kühne, Martin Bendix.
Außerdem:
Die glänzenden neuen Spezialitäten für Januar.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Dienstag, den 8. Januar, abends Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann.
Vorher das bunte Januarprogramm.
Bella, Schwank in 1 Akt v. M. Krämer.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Der Rattenfänger von Hameln.
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten.
Harold Singuf: Dir. Rob. Dill.
Anfang 8 Uhr Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Mittwoch z. letztenmal: Buschlies'l.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.
Der Löwe des Tages.
Sens.-Posse mit Gesang in 3 Akten.
Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf:
Krüger & Oberbeck, Kastanienallee 1.
Kond. Handwerker, Schönh. Allee 153.

Deutsch-Amerikanisches **THEATER,** Köpnickerstr. 67/68.
Heute und jeden Abend 8 Uhr:
Gastsp. Ad. Philipp.
Der große Lacherfolg:
Der Sorgenbrecher.
Sonntagnachm. 3 Uhr halbe Preise: „Ueber'n großen Teich."

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
12 erstklassige Schlager 12
Konzertsaal:
Wiener Schrammeln.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
Vorher: Die Schloßkellerei.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hausfreund.

Sanssouci Kottbuserstraße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute: Wegen großer Versammlung geschlossen.
Sonnt., Montg., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Sonnt. Bg. 5, Wochent. 8 U.
Morgen Mittwoch:
Extra-Theater-Abend.
Ein deutsches Frauenherz.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Das einzig dastehende
Elite-Januar-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 4½ Uhr

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu!
Christmarkt.
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16,

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆

Buggenhagen
Moritzplatz.
Bockbierfest
Täglich:
Doppel-Konzert
der
Oberbayern
und
Dachauer Bauernkapelle.

Statt besonderer Meldung.

Am 5. d. Mts. entschlief sanft nach kurzem, schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Restaurateur

Emil Viecens

im 38. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Witwe Marie Viecens geb. Loka,
Alfred Viecens, Sohn,
Tilsiterstr. 27a.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 1½ Uhr von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 7668

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Landsberger Viertel.
(Bezirk 392.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Emil Viecens

am 5. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. d. Mts., nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege

Emil Viecens

Landsberger Allee 27a verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. d. Mts., nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
69/3 **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Zimmerer Berlins
und Umgegend.
Todes-Anzeige.

Am Sonnabend, den 5. Januar 1907, starb unser langjähriges Mitglied

August Kaiser

(Zahlstelle Wedding).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes in der Barfusstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanschläger

Wilhelm Krause

gestorben ist. 110/7

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pius-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 35112*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher
und verwandter Berufsgen.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Willy Conrad

am 4. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute,** Dienstag, den 8. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, vom Weißenseer Gemeinde-Kirchhof, Rölkestraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
124/1 **Die Ortsverwaltung.**

Freitag, den 4. Januar 1907, mittags 1¼ Uhr, entschlief sanft nach langem, mit größter Geduld ertragenem Leiden, als Opfer seines Berufes, Herr

Dr. med. Hermann Hirschfeld,

Besitzer und Chefarzt des Sanatoriums „Otto Stubbe" sowie Chefarzt der „Lungenheilanstalt Sülzhayn"
in Sülzhayn, Dorf Südharz.

Dies zeigen schmerzerfüllt an
Die Eltern, Frau u. Kinder und seine Brüder.

Beerdigung fand in Sülzhayn Montag, 2 Uhr mittags statt.

Am Donnerstag, den 3. Januar, früh 9½ Uhr, verschied nach schwerem Leiden plötzlich meine inniggeliebte Frau und herzensgute Mutter

Martha Lampe
geb. Schubert
im 44. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt um stille Teilnahme bittend an, im Namen der Hinterbliebenen
Otto Lampe und Sohn.

Berlin, den 6. Januar 1907.
Elisabeth-Ufer 40. 7675

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes Pappel-Allee, aus statt.

Danksagung.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meine lieben Mannes, des Hausdieners

Wilhelm Hölich

sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Borgemann sowie dem Verein Berliner Hausdiener, meinen herzlichsten Dank.

36082 **Witwe Hölich.**

Orts-Krankenkasse für Friedenau.
Einladung
zur
außerordentlichen
General-Versammlung
am Mittwoch, 16. Januar 1907,
abends 8½ Uhr,
im „Gesellschaftshaus", Rheinstr. 14.

Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des Vorstandes.
2. Verschiedenes.

Friedenau, den 7. Januar 1907.
Der Vorstand.
Herm. Schälzel, Vorsitzender. Wilh. Stolle, Schriftführer.

Stimmberechtigt in dieser Versammlung sind nur die im Oktober 1905 gewählten Delegierten. 270/00

Paul Jescheeks
Possen- u. Spezialität.-Ensemble
mit dem Schlager:
Schuster Voigt vor Gericht.
Sensationeller, parodistischer Akt, unter Mitwirkung des Publikums.
Politisch! Satirisch!
Abendfüllend. Programm. Hochkomisch.
◆ Frei für Gastspiele. ◆
Paul Jescheck, 768b*
Berlin N., Gethsemanestr. 3, II. Port.

H. & P. Uder,
Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Wilh. Kube's Festsäle
Alte Jakobstr. 75 (früher Feuerstein).
Empfehle meine Säle und Vereinszimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten. Sonntag, den 20. Januar ist ein großer Saal frei geworden. Fernsprecher: Amt I, Nr. 867. 3578b*

Möbel
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
eventuell auch auf Teilzahlung
Paul Burow's Möbel-Fabrik
Berlin SW., Lindenstraße 105.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

Furcht vor der roten Farbe.

Friedrich der Große schenkte dem Kammergericht ein Bild, das darstellt, wie Kambyses einem ungerechten Richter die Haut abziehen läßt. Das Motiv der Schenkung war Warnung vor falschen, ungerechten Sprüchen. Dies Gemälde schmückte früher den Sitzungssaal des Kammergerichts. Die Strafsenate dieses höchsten preußischen Gerichts sind bekanntlich von der Linden- nach der Markgrafenstraße umgezogen. In den öffentlichen Sitzungssälen dieser Strafsenate befindet sich das Gemälde, wie wir uns durch Augenschein überzeugt haben, nicht. Ob eins der geheimen Beratungszimmer mit der sinnigen Dedikation des Preußenkönigs geschmückt ist oder ob sie im Kolonialamte zur Aufbewahrung gelangt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Die erwähnte, etwas derbe königliche Mahnung, gerecht zu urteilen, kann von Richtern nur dann erfüllt werden, wenn sie zum mindesten den Versuch machen, unter keinen Umständen sich bei der Urteilsfällung unbewußt von der politischen oder sozialen Stellung des Angeklagten leiten zu lassen.

Die goldene Mahnung, die der frühere Präsident des Oberappellationssenats des Kammergerichts v. Grolman in dem Prozeß gegen Johann Jacoby aussprach, ist noch heute recht beherzigenswert, wiewohl Herr v. Grolman infolge dieses Bekenntnisses, unparteiische Rechtspflege pflegen zu wollen, in Ungnade fiel. Er führte in dem Jacoby freisprechenden Erkenntnis aus:

„Ob die politische Ansicht des Inkulpaten eine begründete ist, hierüber zu urteilen geziemt dem Richter nicht“. — Prinzipienfragen der Politik, Grundsätze des öffentlichen Wohls, Erörterungen über Gediegenheit oder Verwerflichkeit von Staatseinrichtungen und Verfassungen — können nicht Gegenstand richterlicher Entscheidung werden. Erörterungen der Art gehören einem Gebiete an, von dem die richterliche Wirksamkeit ausgeschlossen ist und deshalb sich fernhalten muß. Sie findet ihre natürliche und gesetzliche Begrenzung in der Sphäre des positiven Rechts, über Meinungen der Politik hat sie sich jedes Urteils zu enthalten. Sie entscheidet über Privatstreitigkeiten, sobald sie als Ziviljustiz auftritt, und spricht über die Schuld oder Schuldlosigkeit des — eines Verbrechens Angeklagten, wenn sie als Kriminaljustiz in Anspruch genommen ist. Die Meinung als solche ist kein Verbrechen; sie kann nur strafbar werden durch die Form, in welcher sie in die Oeffentlichkeit tritt, und durch die Absicht, die bei der Veröffentlichung vorwaltet. Vorwurf richterlicher Entscheidung kann daher auch nur die Form und die Absicht werden. — und je schwieriger es ist, den Inhalt hierbei zu sondern, um so strenger wird für den Richter die Verpflichtung sein, sich selbst zu überwachen, damit die Selbständigkeit und Unabhängigkeit seines Urteils vor dem Einfluß seiner eigenen Ueberzeugung gewahrt werde“. —

Uns dünkt, daß des Kammergerichts Rechtsprechung von Tag zu Tag deutlicher bewahrheitet, wie notwendig die eindringlichste Beachtung dieser Obertribunalsmahnung insbesondere in Prozessen gegen Arbeiter und gegen Sozialdemokraten für das Kammergericht ist, wenn die Rechtsprechung des Kammergerichts bei der Mehrheit des Volkes das Gefühl auslösen soll: ohne Rücksicht auf die politische Richtung und soziale Stellung des Angeklagten ist die Tat beurteilt.

Eine große Anzahl kammergerichtlicher Erkenntnisse durchzieht als Leitsatz nicht die Frage: „Muß ich strafen und weshalb?“, sondern: „Wie kann ich die Tat des Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß er Arbeiter oder Sozialdemokrat ist, unter einen Paragraphen des Strafgesetzbuchs bringen?“ Diese Empfindung überkommt den Leser wahrscheinlich auch beim Lesen des nachfolgenden Berichts über eine Revisionsverhandlung, die gegen den Genossen Thiel in Nieder-Schöneweide an der Oberspree dieser Tage stattfand.

Unsere Parteigenossen in Nieder-Schöneweide hatten das Wirtshaus Loreley, dessen Inhaber zwar Arbeitergroschen gern nahm, den Arbeitern aber seinen Saal für Versammlungen verweigerte, in richtiger Würdigung der Sachlage gesperrt. In einer schönen Sommernacht des verflossenen Jahres malten nun Genossen mit roter Farbe durch eine Schablone an Zäunen, Häusern, Wegweisern und ähnlichen geeigneten Dingen die fürchterlichen Worte: „Wirtshaus Loreley gesperrt.“ Das mußte gerächt werden. In zweiter Instanz wurde Genosse Thiel als Mittäter wegen — groben Unfugs verurteilt, obgleich das Landgericht selber feststellen mußte, daß die Bemalung, bevor sie zur allgemeinen Kenntnis kam, bereits wieder beseitigt oder doch „wenigstens teilweise entfernt“ war.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts hob zwar das Urteil auf, aber mit folgender eigenartiger Begründung die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen: An sich stehe das Kammergericht auf dem Standpunkt, daß sehr wohl grober Unfug verübt werden könne durch die Art und Weise, wie Boykotterklärungen dem Publikum zu Gemüte geführt würden. Es könne in zwiefacher Hinsicht dadurch eine Beunruhigung des Publikums und Beeinträchtigung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung herbeigeführt werden. Erstens könne es zu einer Beunruhigung weiterer Kreise führen, wenn einfach nächtlicherweile hinterrücks den Besitzern die Häuser und Zäune bemalt würden, gleichviel mit welcher Inschrift; wenn die Leute sehen müßten, ihr Eigentum sei nicht mal vor solchen Verunreinigungen geschützt, die Sicherheit des Eigentums sei nächtlicherweile preisgegeben gegenüber solchen Ausschreitungen. Zweitens könne der Inhalt derartiger Kundgebungen, wenn sie aus dem Kreise der Partei herausträten und sich an das Publikum im allgemeinen wendeten, Unruhe erregen durch den Terrorismus (!!!), den er, noch dazu gemalt mit aufdringlicher roter Farbe, ausübe, indem er sich allen anderen aufzwinge! Es sei aber vorliegend nicht genügend festgestellt, daß die Tat in ihrer Wirkung geeignet gewesen sei, das Publikum zu beunruhigen. Mit solchen Aeußerungen wie: „teilweise wieder entfernt gewesen“, bevor die Inschriften zur allgemeinen Kenntnis kamen, lasse sich nichts anfangen. Das Landgericht müsse nachprüfen, ob jene Eignung bestand. Der vom Landgericht angenommene Dolus des Angeklagten allein genüge nicht zur Bestrafung wegen groben Unfugs.

Weiter werde das Landgericht nachzuprüfen haben, ob nicht noch andere Bestimmungen in Frage kämen. Ob nicht z. B. Sachbeschädigung vorliege. Gerade solchen Ausschreitungen müsse in anderer Weise entgegengetreten werden. Es werde ja schwer sein, hier noch Strafanträge zu beschaffen. Es könne aber immer noch auf Grund des § 30 Nummer 4 des Feld- und Forst-Polizeigesetzes eingeschritten werden, soweit Einfriedigungen beschädigt sind. Oder bezüglich der Wegweiser, wenn es richtige Wegweiser (keine Lokalhinweise waren, auf Grund des § 304 des Strafgesetzbuches, wonach unter anderem mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden könne, wer vorsätzlich und rechtswidrig Gegenstände, welche zum öffentlichen Nutzen dienen, „beschädigt“. Ohne weiteres sei anzunehmen, daß die Beschreibung einer Sache eine Beschädigung darstelle, wenn nicht die Inschrift in leichtester Weise, ohne das Material anzugreifen, und ohne Kosten, wieder beseitigt werden könne, so daß der Zaun, der Wegweiser usw. wieder aussehe wie zuvor.

Wird in Konsequenz dieser Gründe „gelehrter“ Richter nächstens gegen Offiziere eingeschritten werden, deren Uniform eine „aufdringlich rote Farbe“ aufweist, gegen Händler mit roten Rosen und vielleicht auch gegen Besitzer roter Nasen? Die Begründung des kammergerichtlichen Urteils zeigt gerade, weil sie der innersten Ueberzeugung der Richter entspricht, wie dringend notwendig der Ersatz gelehrter Richter durch Richter ist, die vom Volk aus allen Teilen der Bevölkerung gewählt werden.

WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Diese Woche

Inventur-Verkauf.

In allen Abteilungen herabgesetzte Artikel

zu enorm billigen Preisen

Gardinen, Portièren, Teppiche

Erbstüll-Stores mit reicher Bandarbeit	Wert bis 8,50 Mark	5^{20}
Erbstüll-Stores mit Volant	Wert bis 9,50 Mark	6^{25}
Gewebte Portièren	Wert bis 4,00 Mark	2^{00}
Bestickte Tuch- und Plüsch-Garnituren	2 Flügel, 1 Behang, Restbestände Wert bis 40,00 Mark	14^{75}
Hellfarbige Schlafzimmer-Portièren	Garnitur: 2 Flügel und 1 Behang Wert bis 15,00 Mark	9^{75}
Fantasie-Tischdecken	Wert bis 9,50 Mark	4^{75}

Prima Velour-Teppiche

Grösse ca.	135×200	200×295	268×335	57×114 cm
	13^{50}	33^{75}	59^{00}	3^{75}
Regul. Preis	18,50	48,00	78,00	4,75

Fertig gestickte Handarbeiten

Journalhalter	früherer Wert bis 3,50 Mark	1^{35}, 1^{75}
Bürstentaschen	2teilig früh. Wert bis 2,50 Mark	95, 1^{25}
Nähtischdecken	früherer Wert bis 5,00 Mark	2^{75}
Buffetdecken	früh. Wert bis 8,00 M.	3^{75}
Clavierdecken	früh. Wert bis 7,00 M.	3^{75}
Servirtisch-Decken	früh. Wert bis 5,00 M.	2^{50}
Staubtuchtaschen	früh. Wert bis 2,00 M.	95^{Pf}
Tischläufer	früh. Wert bis 6,00 Mark	2^{75}
Fertige Sofakissen	auf Filz, früherer Wert bis 9,00 Mark	1^{35}, 3^{25}, 4^{50}
Fertige Sofakissen	Moirée m. Volant Früherer Wert bis 8,00 Mark.	3^{25}, 5^{25}

Congress-Arbeiten

Sachet	f. Handsch. u. Taschentüch.	$50, 60^{Pf}$
Wäschebeutel	mit Stab	1^{25}, 1^{50}
Staubtuchtaschen		60^{Pf}
Staubtuchtaschen	mit Ring	50^{Pf}
Milieux	Hardanger Arbeit, 80×80 cm	2^{65}
Tischläufer	Hardanger Arbeit, ca. 35×150	2^{65}

Lange Handschuhe

Halb-Handschuhe	Zwirn, durchbrochen 10 und 12 Knopf lang	$22, 45^{Pf}$
Handschuhe	Zwirn, durchbrochen, 12 Knopf lang	$35, 65, 95^{Pf}$
Spitzenhandschuhe		$80, 1^{35}$
Lederhandschuhe	Mousquetaireform, 12 Knopf lang, farbig	2^{90}
Tricothandschuhe	schwarz, reine Wolle 12 Knopf lang, bedeutend unter Preis	$95, 1^{45}$

Handschuhe

Damen-Glacés	mit Futter 2 Druckkn.	$95, 1^{50}$
Damen-Glacés	Lammleder	1^{20}
Tricothandschuhe	für Herren	$48, 68^{Pf}$
Herren-Glacés	mit Druckverschluss	1^{25}
	mit Futter	$95, 1^{50}$
Tricot- und Ringwoods	für Damen Bedeutend unter Preis	$18, 48, 65, 85^{Pf}$

Tricotagen

Golfblusen	rein Wolle, alle Farben und Grössen	4^{25}
Garnituren für Herren	Jacke und Hose, Halbseide und reine Wolle	7^{75}, 9^{75}
Unterzeuge	f. Herren, Damen und Kinder Bedeutend unter Preis	$75, 95^{Pf}$

Strumpfwaren

Damenstrümpfe	reine Wolle, uni und geringelt	$65, 80^{Pf}$
Herrensocken	reine Wolle geringelt	$65, 80^{Pf}$
Kinderstrümpfe	reine Wolle, geringelt und Jacquard Grösse 1–5 38^{Pf} Grösse 6–9	60^{Pf}

Mit 25 % In der **Herren-Abteilung**

25 %

Extra-Posten Damenkonfektion 60 %

Winter- und Sommer-Paletots, Sommer- u. Winter-Anzüge in Sacco-, Rock- u. Gehrock-Fasson, Pelz- u. Loden-Joppen, Schlaf- und Morgenröcke, Geh-Pelze, Reise-Pelze und Auto-Mäntel

Kinder-Anzüge und Paletots | **Damen-Paletots, Röcke, Blusen und Pelz-Artikel**

Esders & Dyckhoff

Leipzigerstraße 50a

Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Kleidung

fertig und nach Maß.

Inventur-Verkauf

vom Montag, den 7. Januar, so lange der **Vorrat reicht,** in allen Abteilungen auf

Restbestände

25 %

25 % 25 %

Ermäßigung welche an der Kasse vom früheren ausgezeichneten Preis sofort abgezogen werden.

Wir bitten gefl. die ausgelegten Sachen zu besichtigen.

Kein Kaufzwang!

Sonntags geöffnet v. 8-10 u. 12-2 Uhr!

Seltenes günstiges Angebot!

Jedermann verlange gratis und franko:

Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4. 3/5

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin-Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.

Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährende Mütter etc.

Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.

Preis pro zirka **4/10 Flasche 10 Pfennig.** Ueberall käuflich.

3466L*

Verlag G. Birk & Co.

München.

In den nächsten Tagen erscheint 3546L*

Das

persönliche Regiment.

Reden und sonstige öffentliche Aeußerungen Wilhelm II.

Zusammengestellt von **Wilhelm Schröder.**

208 Seiten. Preis M. 1.—.

Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Reichel's echt ungarischer

Wacholder-Extrakt Marke **„Medico"**

ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Hausmittel, mit wunderbarem Erfolge wirkend, speziell gegen **Rheumatismus, Gicht, Hämorrhoiden, Magenschwäche, Beschwerden der Wechseljahre, Frauenleiden, Asthma,** ist schleimlösend auf **Brust u. Lunge** und **reinigt das Blut in der vollkommensten Weise.** Vermöge seiner ableitenden, die Hautausdünstung fördernden, harntreibenden u. Unreinigkeiten ausscheidenden Eigenschaften leistet er bei **Blasen- u. Nierenleiden** bekanntlich unschätzbare Dienste und wirkt, die Natur unterstützend, **auf alle Teile des Organismus in wohltätiger Weise ein. Niemals lose, garantiert rein u. unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico" à 75 Pf., M. 1.50, u. 2.50** zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4. F.-Anschlüsse IV. 4751, 4752, 4753.

Wo in den **Drogerien u. Apotheken** nicht erhältl., Zusdg. hier frei Haus.

Man verlange ausdrücklich Marke „Medico" und nehme keinesfalls andere Füllungen.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 15. Preise für **nur Ia Marken** ab Platz von **10 Ztr.** an: [35012*

Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. **85** Pf.

„ **Ia Diamant** (110 bis 120 Stck.) . . . . **98** Pf.

„ **Ia Ilse u. Alw.** . . **95** Pf.

„ **Ia Anthrazit Cadé** . **2,20** M.

Koks, Steinkohlen usw. zu den **billigsten Tagespreisen.** Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Leihhaus

Berlin, Anklamerstr. 2

Charlottenburg, Friedrich Karlplatz 12. Hohe Beleihung von Gold-, Silbersachen u. Kleidungsstücken rc. *

Bock-Malz-Bier

vom Faß — in Flaschen.

Erster Ausstoß: **Mittwoch, 9. Januar.**

Berghrauerei Berlin N.,

3573L* **22 Bergstraße 22.**

Telephon: Amt III, No. 1412.

Schwitzapparate

für den Hausgebrauch.

Leicht, praktisch, zusammenlegbar, billig und gut. — Illustrierte Preisliste gratis. —

„Union"-Industrie-Ges., Berlin S., Friedrichstraße No. 207.

Auf Wunsch Teilzahlung. Vertreter gesucht.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2167R*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2162R*

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 16, Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Spottbilligstes! Winterpaletots, Winteranzüge, Bettenverkauf, Wäschestücke, Taschenuhren, Wanduhren, Räumungsverkauf Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. 191R*

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Reelle Arbeit. Besichtigung meines staunend großen Lagers erbeten. Auch Ratenzahlung. Nur Keller und Hinterräume. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Tor. 1788R*

Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 35 Mark an. Kauft beim Handwerker, lasset den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 726b*

Möbel-Lagerspeicher Brunnenstraße 182 stehen zum schleunigen Verkauf: Schreibtisch, Nußbaumbüfett, Paneelsofa, Taschensofa, Muschelschrank 28,—, Teppiche, Trumeau, Garderobenspind, Muschelbett 25,00, Wäschespind, Spiegel, Spiegelspind, Tische, Kommoden, Küchenmöbel, alles spottbillig. 2155R*

Leihhaus Prinzenstraße 28, 1 Treppe, Ecke Ritterstraße. Verfallene Pfänder, Gelegenheitskäufe, Goldsachen jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig. 1662R*

Die besten Arbeitsschürzen, unübertreffliche Manchester Anzüge für Bierfahrer, Rollkutscher usw. bei Herrmann Schlesinger, Turmstraße 58. *

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51.

Bronzegaskronen!! Hängelampen 9,00, Gasöfen 1½, Salongaskronen 15,00! Gasheizsparöfen, Petroleumöfen spottbillig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 2173R*

Schaufenstergeschäft 1. April 2000 M. verkäuflich, Anzahl. 1000 M., Rest kann stehen bleiben. Friedrichsfelderstr. 14.

Ringschiffchen (Singer) 35,00, Langschiffchen 25,00, beide fast neu, wegen Schneiderei-Aufgabe. Merkmann, Große Frankfurterstraße 20. †39

Restauration. Seltene Gelegenheit, großer Umsatz, unter günstigen Bedingungen bei geringer Anzahlung wegen Verzugs nach außerhalb. Rüdnitzerstraße 26. †39

Abreisehalber Plüschsofa, Wirtschaft, einzeln, Spottpreis, Müller, Gubenerstraße 6. †39

Nähmaschinen! Vergütet bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90, Lager.

Möbelfabrik Dresdenerstraße 8 (Kottbuser Tor). Wohnungs-Einrichtungen, Küchenmöbel, Polstermöbel, nachgedunkelte Mahagonimöbel, Möbeleintausch (Ratenzahlung). Scheidt, Tischlermeister. 1976R*

Vorsicht! Billige, brauchbare, beim Fachmann tadellose Bobbinringschiff-Singersysteme 5,00, 10,00. Teilzahlungen. Größte Auswahl. Landsbergerstraße 12. 772b

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14. 769b*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst). — Spezialhäuser: Borbagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247 (Hermannplatz.) 2175R*

Federbetten 11,00. Michel, Dresdenerstraße 38. 215/9*

Federbetten, breiter Stand, 20 Mark, auch Bettstelle. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 5/15*

Seifengeschäft mit Rolle billig zu verkaufen Glogauerstraße 30. †19

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 927b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Rixdorf, Bruses Festsäle, Kriebecksstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †116*

Zur Ausbeutung einer patentierten Neuheit (Massenartikel) werden einige Hundert Mark zu leihen gesucht. Gefällige Offerten unter R. 20 an Postamt O. 27. 764b

Pfandscheine kauft Pfandleihe Prinzenstraße 63. 5/14*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Poststraße 14. 5/16

Handwäscherei, chlorfrei, Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 10 Pfennig. Frau Stechow, Köpenick, Wilhelmstraße 14. Abholung Donnerstags. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Zweizimmer-Wohnungen mit Balkon, Bad, Garten im neuerbauten Hause, Lichtenberg, Herzbergstraße 26, sofort oder 1. April vermietbar. *

Zimmer.

Parteigenosse kann teilnehmen an möbliertem Zimmer, mit Badebenutzung monatlich 12 Mark. Schulz, SO., Lohmühlenstraße 38, Hof IV.

Zum 1. Februar zweifenstriges Klavierzimmer, Herren vermietbar, auch ohne Klavierbenutzung, Brunnenstraße 109, vorn IV links. †92

Freundliches Zimmer an zwei solide Parteigenossen sofort oder später zu vermieten. Borbagen, Grünbergerstraße 18, Quergebäude II rechts. †145

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle Urbanstraße 65, vorn, rechter Aufgang II links. 590b

Möblierte Schlafstelle, Hineingang Wallstraße 35, vorn III.

Junger Mann kann mit einwohnen. Fiedler, Rixdorf, Herrfurthstraße 82. †117

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Flickschneider, spottbillig, gutstehend, schnell, geübt, Aenderungen, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundschaft. Ebert, Fruchtstraße 31, porn. †39

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468R

Waschfrau, saubere, sucht Waschstellen außer dem Hause. Frau Hoppe, Manteuffelstraße 103. †19

Stellenangebote.

Tüchtige Marmorschleifer auf Bau und Möbel verlangt H. Knorr, Falkenbergerstraße 7. 710b

Kunstschmiede, selbständige, und Schlosser verlangt Schlosserei Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. *

Chromolithographen, tüchtig in großen Kreide- und Federarbeiten, verlangt Friedrichsgracht 61. 761b

Lederarbeiter für Tresors aus einem Stück außer dem Hause sucht Heinrich Lewy, Ritterstraße 45. 762b*

Barockvergolder, der auch versilbern kann, verlangt Behmer, Ritterstraße 75. 760b

Stanzer und Leimer auf Photographie-Rahmen und Spiegel verlangt Wolff, Dieffenbachstraße 33.

Farbigmacher verlangt Wolff, Dieffenbachstraße 33. 759b

Saubere Sargtischler verlangt Achenbachstraße 4 oder Brunnenstraße 117. 771b

Farbigmacher und Schleifer verlangt Julius Müller, Barminstraße 41.

Versilberer, ein Schachtler verlangt Meyer, Ebertystraße 20. 775b

Mamsells auf einfache Staubmäntel, Postenlieferer, Schaal, Kopenhagenerstraße 42. †98

Mamsells auf Jackets verlangt Haupt, Kleine Andreasstraße 16. 5/17

Verschnürerin auf Jackets verlangt Haupt, Kleine Andreasstraße 16.

Lehrfräulein für Damenschneiderei verlangt Frau Genthe, Reichenbergerstraße 161. †109

Frau zum Mittagtragen Wrangelstraße 15 III links.

Botenfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung Alt-Moabit 138. 5/8*

Botenfrauen sofort verlangt Potsdamerstraße 33 (Eingang Lützowstraße). 5/4*

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Mittenwalderstraße 6.

Fünfzig Arbeiterinnen zum Sortieren von neuen Papierabfällen verlangt Samuel Meyer, Lichtenberg, Herzbergstraße 26. 2168R*

Zum Vertrieb eines zu Hunderttausenden leicht abzusetzenden [215/8

10 Pfennig-Massenartikels

mit nur kleinem Muster, wird je ein Reisender für Nord- u. Süddeutschland gegen hohe Provision gesucht. Herren, welche Detailpapierhandlungen, Buchhandlungen, Buchbinderei u. Kurzwarengeschäfte bes., sichern sich d. Mitnahme dies. Artikels groß. Nebenverdienst. Gefl. Off. unter L. 633 durch Gerstmanns Annonc.-Bur., Berlin W. 9.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Ueber die Pianofabrik **Bell & Co., Andreasstr. 32** und **Grüner Weg 79,** die unter der Firma **Neugebauer Nachf.** Arbeitswillige sucht, ist nach 14wöchigem Streik die

Sperre dauernd

verhängt. 141/16*

Zuzug streng fernhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung, Töpfer!

Die gesperrte Firma **A. M. Berndt & Co.** in Wilmersdorf, Hildegardstraße 15, führt jetzt folgende Bauten aus:

Steglitz, Hubertus-, Ecke Schloßstraße;

Charlottenburg, Dernburgstr. 47 und **Suarezstr. 3;**

dieselben sind strengstens zu meiden, sämtliche Bauhandwerker werden ersucht dieses zu beachten. 212/3

Die Verbandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und **Differenzen sind gesperrt:**

Für **Drechsler:**

Emil Berthold, Stralauerstr. 12.

Arbeitskräfte für **Knopfarbeiter** und **Kammacher** werden nur vom **Arbeitsnachweise, Engel-Ufer 15** vermittelt.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.